

die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



<https://nps2009.org/actualite/international/iran-de-la-prison-pour-avoir-exige-des-salaires-impayes> Credit Photo: DR.

REPRESSION UND WIDERSTAND IM IRAN

die internationale

Ökologie 3

Der Klimawandel lässt sich nur auf der Straße bekämpfen, Daniel Tanuro	3
Klimakrise, Erklärung der IV. Internationale	6
Partei DIE LINKE: Welcher Kurs in der Klimapolitik? Kai Hasse	9

inprekorr

Dossier Iran

Iran: Wirtschaftliche Lage, Repression und Widerstand im Iran	21
--	-----------

Chile

Solidarität mit dem Volksaufstand in Chile, Erklärung des Büros der IV. Internationale	36
„Die Arbeiterklasse wird zum politischen Akteur“, Interview mit Karina Nohales und Javier Zuñiga	39

Geschichte

Mauerfall 1989 in Berlin, Interview mit Catherine Samary	47
---	-----------

Bolivien

Staatsstreich oder Volksaufstand? Pablo Stefanoni und Fernando Molina	51
Gegen den Putsch in Bolivien, Erklärung des Büros der Vierten Internationale	57

Frankreich

Geballte Wut, Léon Crémieux	59
Alle ohne Fahrschein bitte! Sophie Chapelle	64

Legende zum Titelbild

„Wir werden aushalten bis zum letzten Atemzug. Die Diebe sind frei und die Arbeiter sind im Knast“!

Nach der Beendigung des mehrwöchigen Haft-Tapeh-Streiks wurden Esmail Bakhshi und seine Mitstreiter*innen verhaftet, waren mehrere Monate im Gefängnis und wurden zu insgesamt mehr als 100 Jahren Gefängnisstrafe verurteilt, während dieser Zeit streikte die Haft-Tapeh-Belegschaft permanent und zog immer wieder zum Regierungssitz der Provinzverwaltung in der Stadt Shoosh (das Betriebsgelände Haft-Tapeh liegt in der Nähe von Shoosh), auf dem Bild unserer Titelseite sind die Streikenden mit dem oben sinngemäß übersetzten Plakat zu sehen.

IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (bfs/MPS, Schweiz). die internationale erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor*innen wieder.

Redaktion:

Edith Bartelmus-Scholich, Tom Bogen, Wilfried Dubois, Jochen Herzog, Dr. Matte, Paul Michel, Björn Mertens, Maximilian Sarra, Jakob Schäfer, Michael Weis
V.i.S.d.P. Michael Weis

Abonnements:

- Einzelpreis: EUR 5,-
CHF 6,-
EUR 25,-
- Jahresabo: EUR 35,-
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 40,-
- Solidarabo: ab EUR 15,-
- Sozialabo: EUR 10,-
- Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
- Auslandsabo: EUR 40,-

www.intersoz.org

Konto:

Neuer Kurs GmbH, Köln
Postbank Frankfurt
IBAN: DE97 5001 0060 0036 5846 04
BIC: PBNKDEFF

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:

die internationale
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
Vertrieb:
internationale-vertrieb@intersoz.org

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:
ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln,
iso@intersoz.org
- Österreich:
SOAL, Sozialistische Alternative,
office@soal.at
- Schweiz:
BFS/MPS, info@bfs-zh.ch,
https://sozialismus.ch/

DER KLIMAWANDEL LÄSST SICH NUR AUF DER STRASSE BEKÄMPFEN ...

... und nicht auf Klimagipfeln. Diese Erfahrung hat sich einmal mehr und noch nachdrücklicher als in der Vergangenheit durch die Ergebnisse des COP25 in Madrid bestätigt.

■ Daniel Tanuro

Das krachende Scheitern der Madrider Klimakonferenz wirft ein grelles Licht auf die Unfähigkeit des kapitalistischen Systems, die Klimabedrohung abzuwehren. Die Lösung liegt nicht in solchen Gipfelgesprächen, sondern in der außerparlamentarischen Mobilisierung, also in den Kämpfen der Menschen gegen ihre Ausbeutung und Unterdrückung.

In 25 Jahren ihres Bestehens haben die Klimagipfel keine wirksamen und gerechten Maßnahmen hervorgebracht, um die „anthropogene Zerstörung“ des Erdklimas zu verhindern, vor der die Wissenschaft seit Jahrzehnten mit zunehmend präziseren und dringlicheren Erkenntnissen warnt.

Die Folgen können wir tagtäglich erleben: Brände, Überschwemmungen, Wirbelstürme, Dürren etc. Seit dem Gipfel von Rio (1992) ist soviel Zeit verschwendet worden, dass es inzwischen nicht mehr möglich ist, die Klimaerwärmung zu vermeiden: Zwar sind die Mittel vorhanden, sie aufzuhalten, trotzdem breitet sie sich schnell um uns herum aus und droht, sich in eine schreckliche Katastrophe zu verwandeln. Das Leben von Abermillionen Menschen und anderen Lebewesen steht damit auf dem Spiel.

Über die Ursache für diese unfassbar Schrecken erregende und absurde Lage gibt es keine Zweifel: Die fossi-

len Energiekonzerne weigern sich, diese Brennstoffe im Boden zu lassen, die Banken und all die anderen großen Wirtschaftssektoren unterstützen sie darin und die Regierungen stehen willfährig zur Seite, weil sie alle nur die Profite und die Wettbewerbsfähigkeit des Kapitalismus vor Augen haben.

Die politisch Verantwortlichen wollen uns versichern, dass der nächste Klimagipfel in Glasgow endlich die „neuen Marktmechanismen“ verabschiedet wird, die 2015 in Paris grundsätzlich beschlossen worden waren und auf die sich die Unterhändler*innen in Madrid nicht verständigen konnten. Habt ein wenig Geduld, sagen sie uns, alles wird sich dann lösen, weil die Staaten dann über eine gute Ausgangssituation verfügen werden, um mit „Emissionsgutschriften“ zu handeln und so die Kluft zwischen ihren nationalen Verpflichtungen (die auf eine Erwärmung von 3,3 °C hinauslaufen) und dem 1,5 Grad-Ziel möglichst kostengünstig zu schließen.

Man muss sehr naiv sein, um solche Versprechungen zu glauben. Bereits im Kyoto-Protokoll war ein solcher „robuster“ Marktmechanismus aus der Taufe gehoben worden, dessen Bilanz eindeutig ist: 73 % der Emissionszertifikate waren weitgehend Attrappen und nur knapp 2 % entsprachen wirklich effektiven Reduktionen.¹ Zudem wurden viele dieser Zertifikate zulasten der Bevölkerung

des globalen Südens erworben und besonders der indigenen Stämme, die von ihrem Land vertrieben wurden. „Korrekturversuche“ an diesem Instrument haben die größten Betrugereien beseitigt², aber im Grundsatz nichts geändert.

Etwa 4,3 Milliarden Emissionszertifikate, die nach dem Kyoto-System generiert worden sind, sind nicht in den Handel gelangt. Das entspricht mehr als den jährlichen Emissionen in der EU. Davon besitzen China 60 %, Indien 10 % und Brasilien 5 %.³ Obwohl die einfache Generierung dieser Zertifikate durch eine Reihe von Tricks zu einem Preisverfall geführt hat, sind die unverkauften Zertifikate noch immer recht viel wert und die Besitzer weigern sich, darauf zu verzichten.

In Madrid forderten nun Brasilien, China, Indien und Australien, ihre alten „Kyoto“-Emissionszertifikate im Rahmen eines neuen Marktmechanismus weiter verkaufen zu können. Das mindeste wäre gewesen, dieses unverschämte Ansinnen zurückzuweisen, weil es diesen Ländern ganz einfach bloß darum geht, sich weiterhin unter dem Deckmäntelchen des Klimaschutzes betrügerisch zu bereichern. Stattdessen sind sich alle Regierungen darin einig, dass Reduktionen von CO₂-Emissionen durch fossile Energieerzeugung durch die CO₂-Absorptionen der Wälder „kompensiert“ werden können, was an sich schon ein enormer Betrug ist.

In Wahrheit jedoch ist Betrug ein Gestaltungsprinzip der neoliberalen Umweltpolitik. Denn nur dadurch kann der unüberwindbare Gegensatz zwischen der Endlichkeit der Erde und der unendlichen Profitgier des Kapitalismus überwunden werden. Die Klimapolitik wird nun mal immer eindeutiger und direkter von den multinationalen Konzernen gesteuert. Diese haben dabei ihre Taktik geändert: Statt die Realität weiter zu leugnen, akzeptieren sie sie scheinbar und beteuern ihre Bereitschaft zur verantwortlichen Mitarbeit, wobei sie sich dadurch bloß in die entscheidenden Positionen hieven, um weiter an der Uhr drehen und Kohle, Öl und Gas verbrennen und dabei stets neue Betrugsmechanismen erfinden zu können.

Auch der Ablauf des Madrider Gipfels zeugte von dieser wachsenden Einflussnahme. COP25 wurde noch mehr als seine Vorgänger von den Umweltverschmutzern gesponsert. So haben die beiden größten spanischen Energieerzeuger, Iberdrola und Endesa jeweils zwei Millionen Euro zur Finanzierung beigesteuert.⁴ Auf der anderen Seite wurden 200 ONG-Vertreter*innen aus dem Kongresszentrum verjagt und die Vertreter*innen der armen Länder von bestimmten Schlusskonferenzen ferngehalten.⁵

Manche setzen ihre Hoffnung auf die Gipfelgespräche zwischen EU und China im September 2020, also wenige Monate vor Glasgow. Dabei muss man komplett realitätsblind sein, um erwarten zu können, dass ein Abkommen zwischen diesen beiden imperialistischen Mächten – oder auch andere bilaterale Abkommen – den nächsten Klimagipfel zu einem gerechten und wirksamen Ausstieg aus der Klimakrise führen könnte.

Der „Green Deal“, den die EU beim COP25 auf den Weg zu bringen versprochen hat, lässt daran keinen Zweifel. Von einem Ochsen lässt sich nur Rindfleisch erwarten und auch die „nachhaltige Entwicklung“ ändert daran nichts: Dieser „Green Deal“ ist nichts weiter als ein grüner Kapitalismus im neuen Gewand, garniert mit einem Hauch von „gerechtem Übergang“, um die Gewerkschaften einzulullen. Um die Wettbewerbsfähigkeit zu schützen, wird man eine Importsteuer erheben, aber die EU wird weiterhin ihre subventionierten Agrarprodukte billig in den Süden exportieren und damit die heimischen Erzeuger ruinieren.

Die chinesische Regierung hat sich in Madrid zum Interessenswaller des globalen Südens aufgeschwungen und die Anhebung ihrer Klimaziele davon abhängig gemacht, dass die reichen Länder ihre Finanzierungs- und Kompensationszusagen für die „Verluste und Schäden“ in den armen Ländern einhalten. Dies ist ein bloß taktischer Winkelzug. Pekings Sorgen gelten wie bei jedem Imperialismus geostrategischen Überlegungen: Den Zugriff auf fremde Länder auszudehnen und das eigene Militärpotential zu stärken – und sich dabei jedwede Einmischung in innenpolitische Angelegenheiten (Menschenrechtsverletzungen) zu verbitten.

Die EU und China haben nur eines im Sinn, nämlich von der Klimaleugnung der US-Regierung zu profitieren, um sich die Marktanteile des „grünen Kapitalismus“ und damit die globale Hegemonie zu sichern. Die Kehrseite der Medaille liegt in der Auslagerung der umweltschädlichen Produktionszweige in die peripheren Länder, der Verpressung von CO₂ unter der Erde, dem sinnlosen Ausbau der Atomenergie, der Nichtanrechnung der grauen Emissionen⁶ und der beim internationalen Transport entstehenden Emissionen und dem Zugriff auf die CO₂-Absorptionskapazitäten der Böden und Wälder. Es ist kein Zufall, dass China seine Kohleproduktion wieder aufnimmt.

Mit zwei Mitstreitern schrieb Greta Thunberg kürzlich, dass „die Klimakrise nicht nur die Umwelt betrifft. Sie ist auch eine Krise der Menschenrechte, der Gerechtigkeit und der politischen Orientierung. Sie ist durch die ko-

lonialen, rassistischen und patriarchalen Unterdrückungssysteme genährt worden. Wir müssen sie alle beseitigen.“⁷ Auf dem Podium des COP erklärte die junge Schwedin, dass die Lösung nicht von den Gipfeln, sondern von den Völkern kommen werde. Genau diese Schlussfolgerung drängt sich nach einem Vierteljahrhundert kapitalistischer Klimamessen auf, dass nämlich nur der Kampf das Problem lösen wird und nicht die COP.

Die durch den Markt hervorgerufene Klimakatastrophe lässt sich durch keinen Marktmechanismus stoppen. Die Zerstörung der Gesellschaft und der Natur sind die beiden Seiten derselben Medaille. Die Gesellschaft und die Natur wieder instanzzusetzen setzt unabdingbar voraus, dass weniger produziert und transportiert und mehr geteilt wird, um die realen gesellschaftlichen Bedürfnisse und nicht die der Kapitalakkumulation zu befriedigen. Vor dieser Entscheidung stehen Gesellschaft und Zivilisation. Sie kann nur im Kampf gestellt und getroffen werden. Dabei muss der Feind klar benannt werden, nämlich das kapitalistische, produktivistische, rassistische, patriarchale und todbringende Ausbeutersystem.

16. Dezember 2019

■ Übersetzung: MiWe

1 “How additional is the Clean Development Mechanism?”, Öko-Institut E.V, Berlin 2016

2 Besonders die Branche, die das hochwirksame Treibhausgas Fluoroform herstellt, hat weit mehr Emissionen erzeugt als offiziell angegeben.

3 *Financial Times*, 15.12.2019.

4 *El Independiente*, 19.11.2019.

5 *Climate Home News*

6 Als solche werden Emissionen bezeichnet, die sich aus der Herstellung importierter Waren ergeben.

7 <https://www.project-syndicate.org/commentary/climate-strikes-un-conference-madrid-by-greta-thunberg-et-al-2019-11/>

Neu bei ISP

Daniel Tanuro

Klimakrise und Kapitalismus



Daniel Tanuro

Klimakrise und Kapitalismus

181 Seiten, 19,80 Euro

ISBN 978-3-89900-146-4

Neuer ISP Verlag GmbH

Belfortstr. 7, D-76133 Karlsruhe

Tel.: (0721) 3 11 83

neuer.isp.verlag@t-online.de

www.neuerispverlag.de

KLIMAKRISE

Erklärung der IV. Internationale

In der Woche vom 20. bis 27. September 2019 fanden historisch zu nennende Mobilisierungen zugunsten der Klimagerechtigkeit statt. Mit über 7,5 Millionen Demonstrierenden in 185 Ländern waren dies die bedeutendsten Mobilisierungen auf Weltebene seit denen gegen den Irakkrieg 2003.

Es taucht eine neue Generation auf, die kollektive politische Aktionen durchführt. Ihre Kraft und Entschlossenheit ziehen andere Sektoren der Gesellschaft mit sich, Gewerkschafter*innen, Wissenschaftler*innen, Eltern usw.

Die gesellschaftliche und Klimakatastrophe findet bereits statt

Die Erhöhung der Durchschnittstemperatur auf der Erde seit Mitte des 19. Jahrhunderts um 1,1 Grad hat bereits heute dramatische Auswirkungen. Die Vervielfachung und Verschärfung extremer Wetterphänomene – Brände, Überschwemmungen, Trockenheit, Orkane und Taifune – führt zur Verwüstung ganzer Regionen. Der Hunger ist seit drei Jahren wieder auf dem Vormarsch und erfasst 820 Mio. Menschen auf der Welt. Einem Viertel der Menschheit droht Wassermangel. Heute gibt es 2500 Konflikte um den Zugang zu Brennstoffen, Wasser, Nahrung und Boden.

Die Ungleichheiten in Sachen Umwelt verschärfen noch die sozialen, rassischen und Geschlechter-Ungleichheiten. Während die Reichen die Erde zerstören (die reichsten Menschen in den reichsten Ländern stoßen bis zu zweitausendmal mehr Treibhausgase aus als die Ärmsten in den ärmsten Ländern), sind es die Klassen der einfachen Bevölkerung, die Völker im Süden, die farbigen Menschen und die Frauen, die am meisten unter Klimakatastrophen zu leiden haben, weil sie in den am stärksten verschmutzten Zonen leben, zu wenig Trinkwasser haben oder mit der Verschlechterung der Bodenqualität kämpfen müssen.

Böden, Ozeane und Kältezonen: der Teufelskreis muss dringend durchbrochen werden.

Ein Viertel des zur Verfügung stehenden Landes ist bereits durch die industrielle Landwirtschaft und die Viehzucht

ausgelaugt; diese tragen auch zu einem Drittel zu den Treibhausgasen bei (laut Bericht des Weltklimarates vom 8. August 2019). Je schlechter die Böden werden, umso mehr steigert sich die Klimakrise. Und je stärker sich die Bodenqualität verschlechtert, umso weniger CO₂ nehmen die Böden auf; sie können also immer weniger zum Kampf gegen die Klimakrise beitragen.

Das Abschmelzen der Eiskappen, die Aufheizung der Meere und ihr Anstieg bedrohen ein Viertel der Weltbevölkerung, die in Küstengegenden, im Hochgebirge oder in arktischen Regionen lebt; besonders betroffen sind die autochthonen Völker (Bericht des IPCC vom 25. September 2019). Die Ausdehnung des Wassers wegen des Temperaturanstiegs und das Schmelzen der Eiskappen (Grönland, Antarktis) führen zu einem Anstieg der Meeresspiegel, der bis zum Ende des Jahrhunderts über einen Meter betragen könnte. Die Ozeane spielen im Kampf gegen die Klimaveränderung eine wesentliche Rolle; sie absorbieren ein Viertel des ausgestoßenen CO₂ und 90 Prozent der Wärme der Treibhausgasemissionen seit 1970. Aber ihre Aufheizung und ihre Versauerung – noch ganz abgesehen von der Zerstörung der Biodiversität – reduzieren ihre Aufnahmefähigkeiten und verschärfen also ebenfalls die Klimakrise.

Der Sonderbericht des Weltklimarates (SR 15) bestätigt, was die früheren Berichte, in denen das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Abkommens vorformuliert wurde, längst festgestellt hatten: Die Grenze der Erhöhung der Durchschnittstemperatur um 2 Grad kann keine sichere Grenze darstellen.

Mörderische Untätigkeit

Die Weltklimakonferenz (COP 25) sollte in Santiago de Chile stattfinden. Es wäre zynisch gewesen, sie unter Bedrohung durch eine Armee zu organisieren, die durch ihre Gewaltorgien unter der Pinochet-Diktatur traurige Berühmtheit erlangt hat. Sie wird nun vom 2. bis zum 13. Dezember 2019 in Madrid stattfinden.

Die selbsternannte „COP der Aktion“ bekundet – wie jedes neue internationale Treffen – die Absicht, „das

Engagement der Länder zu verstärken“. Das Klimaabkommen von Paris anlässlich der COP 21 hat entschlossene Maßnahmen auf Länderebene festgelegt und die Selbstverpflichtungen erhöht; doch selbst wenn sie umgesetzt würden, woran es sehr mangelt, führten sie immer noch zu einer tendenziellen Erhöhung der Durchschnittstemperatur von über 3 Grad. Es sollen also neue Verpflichtungen mit höherer Wirkung eingegangen werden, aber erst auf dem COP 26 in Glasgow 2020.

Die Klimawandel-Leugner Trump und Bolsonaro haben den Gipfel der UNO zum Klima im September 2019 boykottiert; beide haben schlimme Umweltverbrechen zu verantworten. Aber die schönen Worte der politischen Führungen der anderen Länder fallen kaum besser aus. Das Ziel einer „Kohlenstoffneutralität mit Null-Netto-Emissionen“, das Generalsekretär Antonio Guterres versprochen hat und das von gut sechzig Ländern angenommen wurde, darunter Deutschland, Kanada, Frankreich, Italien, Großbritannien und Japan, stellt eine gefährliche Verniedlichung der Lage dar. Die Kohlenstoffneutralität oder das „Null-Netto-Emissionen-Ziel“ bedeuten keineswegs Null CO₂-Emissionen. Die Emissionen können auch weiter wachsen, was sie gegenwärtig auch tun, sofern sie von „negativen Emissionen“ kompensiert werden, also von Absorptionen. Hinter dem Begriff „negative Emissionen“ verstecken sich Technologien, die genauso unspezifisch wie zerstörerisch arbeiten, etwa die CO₂-Verpressung oder die Umwandlung in Biomasse. Um mit letzterem den überschüssigen Kohlenstoff aufzunehmen und in Biomasse zu verwandeln, bräuchte man eine Fläche von der Größe Indiens. Dadurch würden die für die Nahrung und die Biodiversität nötigen Flächen unter Missachtung der Rechte der Völker und Bäuerinnen und Bauern geschädigt.

Die technologischen oder marktmäßigen Antworten auf die Krise sind gleichzeitig unwirksam, gefährlich und ungerecht, doch im Rahmen des kapitalistischen Systems werden allein sie in Betracht gezogen. Dieses System ist unfähig, eine wirksame Antwort auf die Klimakrise zu geben, weil es unfähig ist, das Problem an der Wurzel zu packen: den fossilen Energieträgern.

Um eine Chance von 50 Prozent zu haben, die Klimaerwärmung auf unter 1,5 Grad zu begrenzen, müssen die Kohlenstoffemissionen schon vor 2030 drastisch (– 58% im Vergleich zu 2010) reduziert werden. Aber 80 Prozent der Kohlenstoffemissionen sind den fossilen Energien geschuldet, die unter gegenwärtigen Bedingungen 85 % des Energiebedarfs decken. Es geht hier nicht um einen Übergang,

sondern um *eine energetische Revolution*. Aber das fossile Energiesystem und die Reserven an Erdöl, Gas und Kohle befinden sich in Händen von kapitalistischen Konzernen (oder Staaten) und stellen eine umfangreiche Kapitalmasse dar (das dortige Anlagevermögen entspricht einem Fünftel des weltweiten BIP!). Die Kapitalisten werden keinesfalls zustimmen, wenn sie so viel Kapital verlieren sollen, und die Regierungen in ihren Diensten werden sie auch nicht dazu zwingen.

Der einzige Ausweg liegt in den Mobilisierungen der Jugend und der Völker

Wir brauchen ein Programm mit ökosozialistischen Übergangsmaßnahmen, verbunden mit wirklicher Demokratie, sowie sozialer und Klimagerechtigkeit.

Wir müssen auf die Bedürfnisse antworten, indem wir die ökologischen Zwänge respektieren: weniger produzieren, mehr teilen.

Die entschädigungslose Enteignung und die Sozialisierung des Energiesystems und des Bankwesens unter Kontrolle der Lohnabhängigen und der Völker sind unabdingbare Voraussetzungen, um aus den fossilen Energieträgern und der Atomwirtschaft auszusteigen und zu einem – dezentralen, ökonomischen und sozial gerechten – System mit 100 % erneuerbaren Energien gelangen zu können. Man muss nicht nur einfach die Energiequellen austauschen, sondern auch mit dem Produktivismus brechen, der dem Kapitalismus inhärent ist. Man muss die unnützen und schädlichen Produktionen, die Energie-, Ressourcen- und Arbeitsverschwendung von der Werbung bis zur programmierten Obsoleszenz abschaffen. Eine bäuerliche und ökologische Landwirtschaft mit kurzen Wegen stellt eine Waffe für soziale und Klimagerechtigkeit dar. Sie setzt die Abschaffung der Agrarindustrie, die die Bauern ruiniert und die Böden zerstört, voraus. Der Transport ist für 20 Prozent der klimaschädlichen Abgase verantwortlich. Der Luft- und Containerverkehr müssen drastisch reduziert werden, der Autoverkehr muss tendenziell zugunsten des kostenlosen öffentlichen Nah- und Fernverkehrs verschwinden; dafür müssen die Städte und Verkehrswege umgebaut werden.

Auf globaler Ebene geht es darum, auf demokratische Weise zu entscheiden, was produziert wird und unter welchen Bedingungen. Die massive und kollektive Reduzierung der Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich und ohne Intensivierung der Arbeit muss von einem Umbau der Arbeitsorganisation und den Inhalten der Arbeit begleitet werden. Die Aufteilung muss auch die Ar-

beit an der sozialen Reproduktion einschließen, die heute großenteils unsichtbar ist und von Frauen gemacht wird. Das erfordert öffentliche Dienstleistungen im Gesundheitswesen, der Betreuung von Kleinkindern und älteren sowie abhängigen Menschen usw.

Die historische Verantwortung für die Treibhausgase ist ganz unterschiedlich zwischen den imperialistischen Ländern, die seit vielen Jahrhunderten ihre Industrie auf der Grundlage von fossilen Energieträgern entwickelt haben, und den abhängigen Ländern verteilt. Der seit 2010 versprochene „Grüne Fonds“, um den Übergang und die Anpassung der Länder des Südens zu finanzieren, lässt weiter auf sich warten. Die Berechnungen des emittierten Kohlenstoffs, auf denen die Verhandlungen beruhen, gehen überhaupt nicht auf diese „gemeinsame, aber unterschiedliche Verantwortung“ ein. Die Austausch-, Kommerzialisierungs- und Kompensationsmechanismen meinen, dass jede Tonne Treibhausgase an jedem Ort und unter allen gesellschaftlichen und historischen Bedingungen gleich viel wert ist. Weit davon entfernt, die Klimaschuld anzuerkennen, stellen sie die Grundlage für einen neuen Umweltimperialismus dar, der die Last der Reparaturen den ersten Opfern der Klimakrise auferlegt. Im Gegensatz dazu verlangt die Sühne der kolonialen Verbrechen die Streichung der Schulden, die Bewegungsfreiheit und Zuwanderung der Migrant*innen, sowie die Anerkennung der Rechte der autochthonen Völker.

Der Kapitalismus stürzt die ganze Welt in eine globale ökologische, soziale und wirtschaftliche, politische, demokratische und klimatische Krise, ja eine Krise der menschlichen Zivilisation. Trotzdem wird dieses System nicht von selbst zusammenbrechen. Es entwickelt sich immer stärker autoritär und militaristisch, es provoziert Kriege, ruiniert Millionen von Leben und zerstört die Biodiversität, die Erde und das Klima. Es wird dies auch weiterhin tun, solange es herrscht. Aber überall stehen die Völker auf, und in diesen Aufständen stehen die jungen Leute und Frauen an vorderster Front.

Das gleichzeitige Entstehen einer weltweiten Klimabewegung und einer neuen Welle des Feminismus stellt eine Antwort auf die Tatsache dar, dass das Kapital nicht nur die Arbeitenden erschöpft, sondern auch das gesamte Leben zerstört, sowohl das der Menschen wie auch der Natur, die beide unauflöslich miteinander verbunden sind. Dies stellt die Grundlage für das Zusammentreffen der 99 Prozent dar, um das System durch Sturz der Kapitalherrschaft und Errichtung einer demokratisch geplanten Wirtschaft und eines Gesellschaftssystems, das auf demokratischen, femi-

nistischen und ökologischen Prinzipien beruht, zu ändern. Eine demokratisch geplante Wirtschaft stellt das einzige Mittel dar, die Lohnabhängigen in den abzubauenen Fabriken (Bergwerke, Ölförderung usw.) zu schützen, indem man ihnen die Möglichkeit verschafft, ihren Arbeitsplatz zu wechseln, ohne Einbußen der Löhne oder der sozialen Sicherung hinnehmen zu müssen.

Dieses Zusammenwachsen kann nur im Feuer realer Mobilisierungen, Debatten, Selbstorganisation, Streiks und Blockaden entstehen.

Exekutivbüro der IV. Internationale

4. November 2019

■ Übersetzung: pbk



PARTEI DIE LINKE: WELCHER KURS IN DER KLIMAPOLITIK?

Eine kritische Analyse zur Klimapolitik der Linkspartei in Brandenburg und anderswo. Der hier vorliegende Beitrag ist eine um die Hälfte gekürzte Fassung des gleichnamigen Textes aus der Schriftenreihe „Ökosozialismus: Analyse + Perspektiven“*.

■ Kai Hasse

Die zunehmende Erhitzung unseres Planeten ist kaum noch zu leugnen. Eine aktuelle Veröffentlichung des IPCC weist darauf hin, dass auf den kontinentalen Landmassen bereits eine mittlere Temperaturerhöhung von 1,5 °C gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter festgestellt werden kann [1].

1. Klimakrise und die Politik

Das ist bereits für breite Massen erfahrbar. In Deutschland erleben wir nach 2018 mittlerweile das zweite Jahr in Folge mit extremer Trockenheit. 2019 erlebten wir den bisher heißesten Juni in Deutschland seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Auf dem Höhepunkt der Juli-Hitzewelle wurden an 25 Messstationen 40 Grad und mehr gemessen [2]. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) zitiert eine Studie, nach der in den Jahren 2030 bis 2050 mit 250 000 zusätzlichen Toten durch Hitzewellen zu rechnen ist. Nicht in dem gesamten Zeitraum von zwei Dekaden, sondern pro Jahr [2]. [...]

2. Die Partei DIE LINKE in der Klimafalle

Das ist die Konstellation, in der sich die Partei DIE LINKE befindet. Trotz der Dramatik der Situation hat sie bisher keine wirklich unabhängige linke Position zur Klimapolitik

entwickelt, sondern in vielen Teilfragen tragt sie den Grünen hinterher. Dass es noch schlimmer gehen kann, hat die Brandenburger Parteigliederung gezeigt. Von 2009 bis 2019 haben sich die dortigen Genoss*innen mit Haut und Haaren auf eine Koalition mit der SPD eingelassen und sich dabei frontal gegen die Klimabewegung gestellt. Es ist ein wichtiges Fallbeispiel, das dringend ausgewertet gehört, um daraus mögliche Lehren zu ziehen.

Das Fatale: Die Führungsspitzen der Linkspartei um Riexinger, Kipping oder Wagenknecht haben nie versucht, die Brandenburger Parteibasis gegen die klimapolitische Rechtsentwicklung der Potsdamer Landesregierung zu mobilisieren. Das wäre auch gar nicht möglich gewesen, denn der Bundesvorstand der „Linken“ hatte keine unabhängige Position, sondern unterstützte den Brandenburger Koalitionskurs mit der SPD als strategische Option. Das wurde offensichtlich, als Greenpeace-Aktivist*innen im Mai 2014 die Parteizentrale der Linkspartei in Berlin besetzten. Die Besetzer wollten damit gegen die Pläne der rot-roten Potsdamer Landesregierung zur Ausweitung des Braunkohle-Tagebaus protestieren. Eigentlich eine günstige Gelegenheit, um klar Position zu beziehen. Doch die Antwort der Linken-Führung fiel zwiespältig aus. Sie stellte sich zwar gegen den Braunkohleabbau in der Lausitz,

nahm aber gleichzeitig die Brandenburger Parteifreunde in Schutz. So erklärte die Linken-Bundeschefin Kipping, dass ja die gesamte Linke, also auch die Brandenburger Parteigenossen, bis 2040 aus der Kohleverstromung aussteigen wollten. Originalton Kipping: „Ich hätte es auch gern schneller. Aber ich muss auch sehen, dass es mit einer SPD auch in Brandenburg nicht schneller geht.“ [37] [...]

3. DIE LINKE in Brandenburg: Als Kohlepartei in Aktion

Wie konnte es dazu kommen, dass die Brandenburgische Linkspartei zu einer vehementen Unterstützerin der Braunkohle wurde? Tatsächlich war das nicht vorgegeben, denn noch in ihrem Landtagswahlprogramm 2009 forderte sie: „Wir wollen keine neuen Braunkohletagebaue.“ Doch nach der Landtagswahl 2009 ergab sich für die Partei die Möglichkeit einer Koalition mit der SPD. Die führenden Brandenburger Genoss*innen waren davon überzeugt, dass dies eine einmalige Gelegenheit sei, die unbedingt genutzt werden müsse. Trotz kritischer Töne aus der Parteibasis bildeten die Spitzenvertreter der Linken 2009 mit der SPD eine gemeinsame Koalition, die ungeniert die Verbrennung der Kohle auf ihre Fahnen schrieb. Klimaschutz war nicht mehr wichtig. Im rot-roten Koalitionsvertrag von 2009 klingt das so: „Braunkohle-Nutzung in Deutschland ist solange erforderlich, bis der Industriestandort Deutschland seinen Energiebedarf sicher und zu international wettbewerbsfähigen Preisen aus erneuerbaren Energien decken kann. Die Koalition hält an der Verstromung des wichtigen einheimischen Energieträgers Braunkohle als Brückentechnologie fest.“ [4] Das ist Hardcore-Kohlepolitik, wie es RWE nicht besser hätte formulieren können. Besonders verwerflich ist, dass die Brandenburger Linkspartei das Märchen von der Kohle als „Brückentechnologie“ mitunterschrieben hat. Dabei kann die nasse Braunkohle anders als Erdgas in Kraftwerken nicht bedarfsgenau geregelt werden. Zudem sind die Braunkohleemissionen mit etwa 1150 Gramm pro Kilowattstunde mehr als dreimal so hoch wie Erdgas (370 Gramm pro Kilowattstunde). [...]

2016 war es dann so weit, dass die Brandenburger Linkspartei offen die staatliche Repression gegen die Klimabewegung unterstützte. Fast 4000 Menschen mit Unterstützung des Netzwerks „Ende Gelände“ hatten vom 13. bis 15. Mai in einer Aktion zivilen Ungehorsams den Tagebau Welzow-Süd und das Kohlekraftwerk „Schwarze Pumpe“ in der Lausitz blockiert. Die rechtsradikalen Klimaleugner der AfD sprachen daraufhin von „Ökoterro-

risten“. Aber auch sächsische CDU-Landtagsabgeordnete, bezeichneten die Klimaaktivist*innen als „Terroristen“ und „Krawallbrüder“ [26]. Statt Solidarität zu üben und sich auf die Seite der Klimaproteste und des zivilen Ungehorsams zu stellen, verabschiedete die Fraktion der Linken gemeinsam mit der SPD eine Erklärung im Landtag, in der es heißt: „Die Ausschreitungen im Rahmen der Aktion „Ende Gelände“ am Pfingstwochenende 2016, bei denen die Demonstrations-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit zur Ausübung von Gewalt und Nötigung missbraucht wurde, verurteilt der Landtag.“ [27] Die Linksjugend [solid] fand dazu die richtigen Worte: „Es ist erschreckend, dass sich die Brandenburger Linksfraktion mit diesem Antrag zur Erfüllungsgehilfin des Braunkohlekurses der SPD in Brandenburg macht, anstatt solidarisch mit dem Protest für einen sozial-ökologischen Umbau zu streiten.“

Anfang 2019 ergaben Meinungsumfragen bereits den unvermeidbaren Absturz der brandenburgischen Linken bei der kommenden Landtagswahl. Das Ende der rot-roten-Koalition war damit vorgezeichnet. Doch die Potsdamer Parteiführung der Linken setzte ihre Linie der rechtssozialdemokratischen Anpassung fort. Kurz vor dem Koalitionsende verabschiedete sie noch schnell mit der SPD ein neues Polizeigesetz für Brandenburg. Es beinhaltet tiefe Eingriffe in demokratische Freiheitsrechte und könnte irgendwann auch einmal gegen Klimaaktivist*innen in Brandenburg eingesetzt werden. Dagegen regte sich bundesweiter Protest, auch von Mitgliedern der „Linken“ aus anderen Bundesländern. [...]. Doch weder der Vorstand der Brandenburger Linken noch die linke Fraktion ließen sich davon beirren und stimmten mit großer Mehrheit gemeinsam mit der SPD für das neue Polizeigesetz [38]. Immerhin votierte eine linke Abgeordnete gegen das Gesetz und ein Parlamentarier enthielt sich der Stimme.

4. Brandenburger Linke: Kohlearbeiter*innen werden vergessen

2019 war das ganze Desaster der Linken-Koalition mit der SPD bereits offensichtlich. Gleichzeitig lag bereits die Festlegung der Kohlekommission für einen Kohleausstieg bis 2038 vor. Welche Kohlepolitik schlug die Brandenburger Linke in dieser Situation ein und welche Politik verfolgte sie gegenüber den Kohlearbeitern? Ein Blick auf das Landtagswahlprogramm 2019 ist aufschlussreich. Dort heißt es unter dem Kapitel „Mit Energie und Leidenschaft – für die Lausitz“: „DIE LINKE ist sich der wirtschaftlichen Bedeutung der Braunkohle für die Lausitz bewusst.

Der Braunkohleabbau wird und muss aber zweifellos zu Ende gehen.“ [5] Das ist alles. Eine chamäleonartige Anpassung der Brandenburger Linken an das Ergebnis der Kohlekommission. Eine Darlegung der Klimaschäden, die durch die Kohleverbrennung hervorgerufen wird, findet man nicht. Alles wurde glattgebügelt dargestellt, ohne dass auch nur ansatzweise ein selbstkritischer Blick zurück stattfand. [...]

Welche Position bezog die Brandenburger Linke aber gegenüber den Kolleg*innen, die noch im Braunkohlebergbau arbeiten? Im Wahlprogramm findet man dazu nur noch eine kurze Anmerkung im Jargon der staatstragenden Regierungspartei [5]: „Der Einstieg in den Kohleausstieg und die damit verbundene Strukturentwicklung in der Lausitz ist einer der anspruchsvollsten Transformationsprozesse im Land, den wir gestalten und begleiten müssen. (...) Es gilt, für die jetzt in den Tagebauen, den konventionellen Kraftwerken und in den Zuliefererbetrieben Beschäftigten langfristig hochwertige Arbeitsplätze in der Region zu sichern und zu schaffen.“ Dann werden allgemeine Projekte der Umsiedelung von öffentlichen Verwaltungseinheiten vorgetragen, weitestgehend abgeschrieben aus der Liste der Kohlekommission. Dazu werden irrwitzige Visionen ausgemalt: Die Lausitz solle eine „5G-Modellregion“ werden und das Ziel sei eine „Gigabit-Gesellschaft“. Mit diesen Forderungen zeigte die Brandenburger Linke einmal mehr, dass sie immer noch nichts verstanden hat. Die Menschheit befindet sich heute ökologisch am Rande des Abgrunds. Für einen kapitalistischen Wachstumsfetischismus im Stil einer „Gigabit-Gesellschaft“ bleibt da schlicht kein Raum mehr. Im Gegensatz dazu findet sich keine Forderung, die die unmittelbaren Interessen der Lohnabhängigen in der Braunkohle und der Lausitz aufgreift. Die können sich nämlich an ihren 5 Fingern abzählen, dass sie sicher keinen Job in den umgesiedelten Verwaltungseinheiten oder in den neuen „Gigabit“-Unternehmen finden werden. Es wundert da nicht, dass sich die Kolleg*innen im Regen stehen gelassen fühlen.

Warum forderte die Brandenburger Linke eigentlich nicht, dass die Lausitzer Kohlearbeiter auch nach dem Ende der Braunkohle eine Weiterbeschäftigungsgarantie erhalten, bis für sie neue Arbeitsplätze gefunden werden? Immerhin hatte die Gewerkschaft Ver.di in einem Papier bereits eine Fortsetzung der Bezahlung für die Beschäftigten auch nach Stilllegung der Kohleanlagen vorgeschlagen [62]. [...] Eine unmittelbare Möglichkeit zur Weiterbeschäftigung der Kohlekolleg*innen wäre der Aufbau von

AUFBAU VON PUMPSPEICHERKRAFTWERKEN IN DER LAUSITZ

Eine mögliche Weiterbeschäftigung der Kolleg*innen im Brandenburger Kohlebergbau könnte darin bestehen, die alten Braunkohlegruben nicht einfach nur zu fluten, sondern sie zu Pumpspeicherkraftwerken umzubauen. Dabei könnten mehrere Wasserbecken auf unterschiedlichen Höhenniveaus in die ehemaligen Tagebaue eingebaut werden. Bei einem Stromüberschuss könnte das Wasser aus einem unteren in ein höheres Becken gepumpt werden. Damit würde die Energie des Stroms in Höhenenergie umgewandelt. Bei Bedarf, also Stromknappheit, würde das Wasser wieder in ein tieferes Becken abgelassen, wobei Turbinen angetrieben würden, die wieder Strom erzeugen. In einer nachfossilen Welt sind Energiespeicher dringend erforderlich. So könnte im Sommer gewonnener Solarstrom zwischengespeichert werden. Insbesondere im Winter gibt es aber Zeiten, in denen Lufthochdruck herrscht, gleichzeitig aber zäher Hochnebel vorhanden ist. Dann ist sowohl die Verfügbarkeit von Solar- und Windstrom gering. Mit ausreichenden Speicherkapazitäten ließe sich diese Situation zeitlich überbrücken. In Deutschland gibt es heute rund 40 eher kleinere Pumpspeicherkraftwerke. Alle zusammen haben eine Speicherkapazität von nur 40 GWh. Es gibt bereits ausgearbeitete Pläne, die vom Wuppertal-Institut unterstützt werden und die für die stillzulegenden rheinländischen Tagebaue Hambach und Garzweiler den Aufbau eines großen Pumpspeicherkraftwerks vorschlagen. Seine Speicherkapazität läge bei fast 400 GWh [63, 67]. Für die Lausitz wären ähnliche Kapazitäten vorstellbar. Mit der Umsetzung dieser Vorschläge ständen schnell riesige Speicherkapazitäten in Deutschland mit einem sehr hohen Wirkungsgrad zur Verfügung.

Pumpspeicherkraftwerken in den ehemaligen Kohlegruben in der Lausitz. Entsprechende ausgearbeitete Vorschläge existieren bereits für das Rheinland [63, 67]. [...]

5. Brandenburg: Arbeitsplätze im Straßenbahn- und Eisenbahnbau schaffen

Es gibt eine weitere Problemstellung im südöstlichen Brandenburg, die viel mit Arbeitsplätzen und Ökologie zu tun hat, nämlich die Krise des Lausitzer Eisenbahn- und Waggonbaus. Eigentlich sollte DIE LINKE Brandenburg hierauf ein zentrales Augenmerk richten. Denn eine Abkehr vom Individualverkehr erfordert den massiven

Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel. Und in der Lausitz gibt es eine jahrhundertelange Tradition des Eisenbahn- und Waggonbaus. Zu DDR-Zeiten gab es in Bautzen die Vereinigung Volkseigener Betriebe des Lokomotiv- und Waggonbaus, kurz VVB LOWA. Nach der Wende wurde das Unternehmen von der Treuhandanstalt an einen Finanzinvestor verschertelt und landete schließlich beim kanadischen Bombardier-Konzern. Das heute existierende Werk mit rund 1000 Beschäftigten ist innerhalb des Bombardier-Konzerns für die Konstruktion und den Bau von Stadtbahn- und Straßenbahnfahrzeugen zuständig. Ein weiteres Bombardier-Werk existiert in unmittelbarer Nachbarschaft, nämlich im sächsischen Görlitz. Der Görlitzer Bombardier-Standort mit zuletzt 1900 Beschäftigten hat eine hohe Kompetenz bei der Entwicklung von Triebfahrzeugen und Doppelstockwagen. Zusätzlich gibt es in Brandenburg in Hennigsdorf einen weiteren Bombardier-Standort, der auf den Bau von Fahrzeugen ausgerichtet ist. Alle Werke befinden sich in einer krisenhaften Situation. Der Bombardier-Konzern will massiv Personal abbauen und auf längere Frist evtl. sogar einzelne Werke schließen. Mit der IG Metall wurde ausgehandelt, dass bis zum 31. Dezember 2019 keine betriebsbedingten Kündigungen stattfinden [15]. Allerdings musste die Gewerkschaft schlucken, dass Bombardier bis dahin die Belegschaften um 1513 Beschäftigte per Abfindungsverträge oder Verrentung reduziert. Zudem wurde vereinbart, dass der Standort Görlitz auf einen reinen Wagenrohbau reduziert wird. [...]

Die Linke Brandenburg könnte den Eisenbahn- und Straßenbahnbau in der Region zu einem zentralen Thema machen. Warum eigentlich nicht die Vergesellschaftung der Eisenbahnwerke in Hennigsdorf, Bautzen und Görlitz fordern? Und ihre Zusammenfassung zu einem Unternehmen für Öffentliche Verkehrsmittel. Dazu passen könnte dann auch die von der Deutschen Bahn geplante Wartungshalle für ICEs in Cottbus. Für den deutschlandweiten Ausbau des ÖPNV sind die Werke in der Lausitz und in Hennigsdorf von strategischer Bedeutung. [...] Man denke nur an die Rüstungsausgaben, die in Deutschland immer weiter ansteigen. In den 5 Jahren von 2019 bis 2023 belaufen sich die laufenden und geplanten deutschen Militärausgaben auf 221,2 Mrd. Euro. Die Kosten für eine neue Straßenbahnlinie einschließlich der dafür erforderlichen Straßenbahnen liegen bei rund 240 Millionen Euro [68, 69]. Das bedeutet, dass man allein durch eine pauschale fünfjährige Kürzung der deutschen Militärausgaben um 50 % hierzulande 461 neue Straßenbahnlinien aufbau-

en könnte. Sie könnten in vielen kleinen und mittleren deutschen Städten aber auch auf dem Land in Brandenburg den ÖPNV deutlich verbessern. Das wäre ein qualitativer Sprung in Richtung eines autofreien und klimaschonenden Verkehrssystems. Und die Arbeitsplätze im Straßenbahn- und Eisenbahnbau in Brandenburg wären mehr als gesichert. [...]

6. Brandenburg: Ländliche Regionen werden vergessen

Die wirtschaftliche Entwicklung von Regionen hat erhebliche Folgen für den langfristigen Ressourcenverbrauch und die Treibhausgasemissionen. Wenn es in den Regionen zu einer Verringerung der Einkaufsmöglichkeiten, der ärztlichen Versorgung und vor allem zu einem Abbau von Arbeitsplätzen kommt, dann entsteht automatisch eine Zunahme des Verkehrs. Das bedeutet meist eine Zunahme des Autoverkehrs mit seinen Emissionen, da die öffentlichen Verkehrsmittel in Deutschland normalerweise nicht ausgebaut werden. Eine andere Folge ist der Wegzug vom Land in die Ballungszentren. Die Konsequenz: Die Wohnungen auf dem Lande werden abgerissen und dafür neue Wohnungen an anderer Stelle, nämlich in den Ballungszentren, gebaut. Das ist genau der Wahnsinn, den wir heute in Deutschland haben. Die Bauindustrie boomt. Doch sie verschlingt riesige Mengen an Rohstoffen. So frisst sie allein 25 % des deutschen Stahls [71] und 22 % aller Kunststoffe [72]. Gleichzeitig kommt, mengenmäßig betrachtet, die Hälfte aller in Deutschland entstehenden Abfälle aus dem Bausektor. Die Bauabfälle einschließlich des Bodenaushubs umfassen nach Angaben des Umweltbundesamtes aus dem Jahr 2017 rund 202 Millionen Tonnen. Mengenmäßig sind sie die wichtigste Abfallgruppe in Deutschland. Diese Materialmengen müssen dann wieder transportiert werden. In der Konsequenz verursacht die Bauindustrie damit einen sehr hohen Anteil der LKW-Transporte auf deutschen Straßen. So entstehen wieder verkehrsbedingte Treibhausgasemissionen. Das alles sind gute ökologische Gründe, warum linke Kräfte sich gegen eine Verödung der ländlichen Regionen stellen sollten. Dazu kommt natürlich das Schicksal der Menschen, die zur Landflucht getrieben werden.

Welche Position hat nun die Linkspartei in Brandenburg zur Frage der Regionalentwicklung bezogen? Im Landtagswahlprogramm von 2009 heißt es: „Wir wollen ein starkes, ein solidarisches Brandenburg für alle. Ein Brandenburg der Regionen, in dem es sich überall

gut leben lässt und wo die Maßstäbe für ein gutes Leben von unten wachsen.“ Was ist aus diesen guten Vorsätzen während und nach der zehnjährigen rot-roten Regierung geworden? Hat sich das Leben in den ländlichen Regionen in Brandenburg verbessert, konnte die Landflucht verringert werden oder sind dauerhaft abgehängte Landesteile entstanden?

Eine erste Antwort liefert der Zukunftsatlas, der vom Baseler Beratungsunternehmen Prognos regelmäßig herausgegeben wird [73]. Er bewertet alle deutschen Landkreise nach ihren Zukunftschancen. Dazu zählen Demografie, Arbeitsmarkt, Wettbewerb, Innovation sowie Wohlstand und soziale Lage. Gleich vier der 14 Kreise Brandenburgs landen im aktuellen bundesweiten Ranking von 2019 in der Kategorie mit den höchsten Zukunftsrisiken. [...]

Ein anderes Kriterium ist die ärztliche Versorgung der Bevölkerung auf dem Land. Ärzte auf dem Lande, die in Rente gehen, haben oft Schwierigkeiten, Nachfolger für ihre Praxen zu finden. Junge Nachwuchsmediziner wollen sich aber kaum noch in bestimmten ländlichen Regionen niederlassen. Wie sieht nun die Situation in Brandenburg aus? Das Bundesland ist auch heute noch das Land mit der geringsten Ärztedichte in Deutschland. Erschreckend ist auch der Mangel an Kinderärzten: Auf 100 000 Einwohner kommen in Brandenburg gerade mal 8 Mediziner für Kinder. Eine andere Zahl: Bei den Brandenburger Hausärzten sind 11 % bereits älter als 65 Jahre [75].

Das geht aus den Zahlen des Bundesarztregisters von 2018 hervor [76]. Demnach praktizierten hier Ende 2018 pro 100 000 Einwohner rund 186 Praxisärzte. Der verbreitete Eindruck, der Speckgürtel sei grundsätzlich besser versorgt als der Berlin-ferne Raum, stimmt so nicht. Barnim und Dahme-Spreewald etwa kommen auf 130 Ärzte pro 100 000 Einwohner. Die Prignitz bringt es auf 161, die Uckermark auf 152. Wenig überraschend dagegen ist, dass Städte wie Cottbus (243) und Frankfurt (226) besser als der ländliche Raum bestückt sind. Der Vergleichswert von Berlin sieht deutlich besser aus: (286) [77]. Immerhin hat es zwischen 2001 und 2017 eine Zunahme der Ärztedichte in den meisten Landkreisen Brandenburgs gegeben [75]. [...]

Die Qualität von ländlichen Regionen wird auch von der schulischen Bildungsinfrastruktur beeinflusst. Zu den abgehängten Regionen in Brandenburg gehört die Uckermark. Sie hat besonders stark unter der Zerstörung der ländlichen Infrastruktur nach dem Ende der DDR gelitten. Die Ergebnisse sind bis heute unübersehbar. So wird

der Uckermark in einer Studie von 2019 eine schlechte Bildungsinfrastruktur. [...]

7. Brandenburger Linkspartei: Wenig getan gegen Defizite im Nahverkehr

Der Ausbauzustand der Öffentlichen Verkehrsmittel bestimmt in einem hohen Maße das Lebensgefühl in den Regionen. Das hat auch die Linkspartei in Brandenburg so gesehen. So versprach die Partei in ihrem Landtagswahlprogramm von 2014 [34] an zahlreichen Stellen, dass sie den ÖPNV ausbauen will. [...] Da sich rund um Berlin ein wirtschaftlicher Speckgürtel entwickelt hat, nahm die Zahl der Pendler rasant zu. Doch die Öffentlichen Verkehrsmittel wurden demgegenüber sträflich vernachlässigt. Im Ergebnis ist die Taktrate des ÖPNV zu gering und die Regionalzüge sind in den Hauptverkehrszeiten bis zum Bersten überfüllt. So der Regional-Express RE1 von Cottbus über Berlin nach Brandenburg an der Havel. Es gab zunehmende Klagen und Proteste angesichts dieses Zustands. Und die lokalen Zeitungen waren voll von Berichten darüber. [...]

Diese Ignoranz gegenüber den realen Problemen der Menschen im Lande war sicher einer der Gründe, warum die rot-rote Potsdamer Koalitionsregierung in der Bevölkerung so massiv an Unterstützung verloren hat. Die Regierungsmitglieder in Potsdam waren von den Problemen der Menschen zu weit weg, um das überhaupt zu merken. Auf seine gestelzte Art brachte das der Brandenburger Wirtschaftsminister zum Ausdruck, wenn er „eine Diskrepanz zwischen dem Zustand, der sich an Statistiken und volkswirtschaftlichen Kennziffern ablesen lässt und dem von der Bevölkerung empfundenen Zustand“ feststellt [35]. [...]

8. Linke Verkehrspolitik und Angst vor radikaler Autokritik

Ein zentrales Thema in der klimapolitischen Auseinandersetzung ist heute der Autoverkehr. Er verursacht einen enormen Ressourcenverbrauch und rund 20 % der Treibhausgase gehen in Deutschland auf sein Konto – allein im Fahrbetrieb, die indirekten Emissionen durch die Ausbeutung und die Verarbeitung der Rohstoffe, die vielfach auf anderen Kontinenten stattfinden, noch nicht einmal mitgerechnet. Statt die Emissionen zu reduzieren, versuchen die deutschen Autokonzerne immer mehr und immer größere Fahrzeuge in den Markt zu drücken. So lag die Zahl der Neuzulassungen von Geländewagen (SUV) 2017 bereits bei 23,8 % [33]. Ein neuer Rekord-

wert, doch der SUV-Anteil steigt immer weiter. Von den Autokonzernen ist keine Einsicht zu erwarten. So antwortete ein Daimler-Vorstandsmitglied auf die Kritik an den SUVs: „Wenn wir sie nicht anbieten, verkaufen sie andere.“ [40] Es ist notwendig, dass dieser katastrophalen kapitalistischen Logik Einhalt geboten bzw. dass eine Umkehr erzwungen wird. Damit die Menschheit auf der Erde überleben kann, muss nicht nur die Kohleverbrennung schnellstens beendet werden, sondern es bedarf auch eines Ausstiegs aus dem massenhaften Autoindividualverkehr. Die Alternative kann aus Klimaschutz- und Ressourcengründen nur eine weitgehende Umstellung auf einen deutlich ausgebauten öffentlichen Personenverkehr sein.

Wie sieht nun die Position der Linkspartei zum wichtigen Thema Verkehrspolitik aus? [...] Die meisten Forderungen in den Wahlprogrammen der Partei DIE LINKE wenden sich gegen den immer weiter zunehmenden Verkehr, der das Leben der Menschen durch Lärm und Abgase insbesondere in den Städten immer stärker beeinträchtigt. Entsprechend ist die Programmatik zu dem Thema in den meisten Punkten richtig und sinnvoll. Allerdings sind die Programme auch von vielen Positionen durchsetzt, die angesichts der Klimakatastrophe in eine falsche Richtung weisen oder nur sehr halbherzig sind. So steht im Bundestagswahlprogramm von 2009, dass DIE LINKE für eine „ökologische Verkehrswende“ kämpft und dass sie „für den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel“ eintritt. Das ist richtig, aber leider nicht ausreichend. Es müssen insbesondere in den Städten Maßnahmen getroffen werden, die den automobilen Verkehrsfluss zurückdrängen. Dazu gehören autofreie Innenstädte. Nach einer Umfrage wird dies von 60 % der Bevölkerung unterstützt [22]. Diese Forderung ist allerdings in den Wahlprogrammen der Linkspartei nicht zu finden. Wer die Debatten in der Partei kennt, weiß, dass das kein Zufall ist: Eine neurotische Parteihierarchie fürchtet, dass sie damit Wähler verlieren könnte. Doch das Gegenteil dürfte der Fall sein, denn das Thema gewinnt politisch an Fahrt. So hat in den Niederlanden die Stadt Houten (50 000 Einwohner) bereits eine autofreie Innenstadt. Und noch 2019 soll die Osloer Innenstadt ebenfalls vom Verkehr befreit werden. Die Grünen haben die Bedeutung der Forderung längst verstanden. So haben sie im Sommer 2019 unter großer öffentlicher Zustimmung für Frankfurt eine autofreie Innenstadt gefordert. Für die Partei DIE LINKE hat das bittere Folgen, denn durch ihre anpasslerische Leisetreterei gerät

sie insbesondere bei der klimapolitisch sensibilisierten Jugend politisch ins Abseits. Man muss sich nur einmal die Frage stellen, was für ein positives Feedback die Partei hätte bekommen können, wenn sie zur Kommunalwahl in Hessen plakatiert hätte: „Für eine autofreie Frankfurter Innenstadt“. Aber dazu hätte es eine mutigere Parteiführung gebraucht.

Auch die in den Wahlprogrammen dokumentierte langjährige Eierei der Linkspartei um den ÖPNV-Nulltarif ist angesichts des immensen Reichtums der deutschen Gesellschaft schwer erträglich. So konnte sich die Partei in ihrem Bundestagswahlprogramm 2009 den Nulltarif nur „langfristig“ vorstellen. 2013 wurde daraus „perspektivisch“. Also alles unter Vorbehalt, wobei unklar ist, worauf eigentlich gewartet werden soll. Sollte damit die Finanzierung gemeint sein, ist es besonders irritierend. Denn der Fahrkostenanteil beim ÖPNV macht nur 12 Mrd. Euro aus (Zahlen nach VDV für 2017 [29, 30]). Zum Vergleich: In 2017 wurden in Deutschland allein für den Bau, den Betrieb und den Erhalt der Straßen 30 Mrd. Euro ausgegeben [31]. Erst im Bundestagswahlprogramm 2017 hat die Linkspartei offensichtlich so viel Mut gesammelt, dass aus dem zeitlichen Vorbehalt zumindest „unser Ziel“ gemacht wurde. Aber auch da klingen noch Selbstzweifel mit. Erst nachdem im September 2019 hunderttausende Schüler*innen für Klimaschutz auf die Straße gingen, wurde dann daraus in einem Infoblatt des Parteivorstands [41] die deutlichere Aussage: „Wir bauen den öffentlichen Nahverkehr aus und machen ihn kostenfrei.“ Es stellt sich die Frage, wie der Parteivorstand das meint: Erst den Ausbau und dann kostenfrei? Im selben Text steht dann: „Sofortmaßnahme: Kinder und Jugendliche haben freie Fahrt und die Jahrestickets kosten nicht mehr als 365 Euro.“ [41] Der Nulltarif ist demnach nicht als Sofortforderung gemeint.

Im Jahr 2017 – immerhin 25 Jahre nach der Konferenz von Rio – findet dann die Erkenntnis, dass der „wachsende Verkehr eine Hauptursache für den Klimawandel“ ist, endlich Eingang in das linke Bundestagswahlprogramm. Die Konsequenz davon, ein klares Bekenntnis zum Ausstieg aus dem Autoindividualverkehr, sucht man allerdings weiter vergebens. Und das obwohl die Grünen seit 2016 gefordert haben, dass ab 2030 keine Autos mit Verbrennungsmotoren mehr zugelassen werden sollen, was danach eigentlich auch von der Linkspartei übernommen wurde. Der klimapolitisch notwendige Rückbau von überdimensionierten Straßen taucht zwar auf, steht aber unter dem illusorischen Vorbehalt „bei

Unterschreitung von Mindestnutzungsfrequenzen“ [...] Den Satz hätte man sich eigentlich sparen können, denn die Zahl der Autos nimmt von Jahr zu Jahr immer mehr zu. Und die überörtlichen Asphaltpisten in Deutschland, die mittlerweile die stolze Länge von 229 800 Kilometer zählen, sind im Berufsverkehr fast immer überfüllt.

In der Praxis ticken viele Parteioberen sowieso ganz anders als die vielen schönen Worte in den Programmen. So der Linken-Fraktionschef im Bundestag, Dietmar Bartsch, der sich im August 2019 in einer Presseerklärung darum sorgte, dass „ein Drittel des Bundesstraßennetzes und jeder sechste Autobahnkilometer (...) substantziell marode“ sind. Maßnahmen gegen die steigende Zahl von Autos und Lastwagen, die die Ursache für diesen Verschleiß sind, kommen Bartsch dabei nicht in den Sinn. Er will in seiner öffentlichen Stellungnahme nur eins: „Wenn Straßen kaputt sind, müssen sie schnellstmöglich erneuert werden.“ [23] Der Mann hat offensichtlich von Klimapolitik nichts verstanden. [...]

Auch die hessische Linkspartei ist nicht ganz frei von klimapolitischen Halbheiten. Statt eines echten Votums gegen den Individualverkehr stimmte sie auf ihrem 10. Landesparteitag im November 2017 für folgenden Forderung: „Der motorisierte Individualverkehr in Deutschland muss um ein Prozent pro Jahr zurückgehen.“ [10] Aber damit hätten wir 2050 immer noch 70 % der Autos. Die Klimakatastrophe ist mit so einer Politik nicht zu verhindern. [...]

Die hier aufgeführte Betrachtung von kritischen Elementen der Linkspartei in der Klimapolitik mag vielleicht kleinlich erscheinen. Denn immerhin ist die Partei DIE LINKE auf vielen Demonstrationen und Veranstaltungen der Klimabewegung präsent. Doch es geht in der Klimapolitik um eine Überlebensfrage. Und die Analyse zeigt eins auf: DIE LINKE ist kein Vorreiter in der Klimapolitik. Bisher eher die Nachhut. Insbesondere grundsätzliche Kritiken am Autoverkehr kommen erst in die linke Programmatik, wenn sie von einer größeren Strömung in der Gesellschaft getragen werden. Ein Beispiel ist das zögerliche Herangehen an den Nulltarif. Auch die Forderung gegen die Neuzulassung von Verbrennungsmotoren ab 2030 wurde erst aufgenommen, nachdem die Grünen damit vorweg gegangen sind. Genauso verhielt es sich mit der Forderung nach autofreien Innenstädten. Sie tauchte im Forderungskanon der Linken erst auf, nachdem die Grünen sie popularisiert hatten. Es ist irritierend, dass ausgerechnet die Grünen den Schrittmacher geben müssen, denn diese

DER ENERGIEVERBRAUCH VON LI-IONEN-ELEKTROAUTOS

Die 47,1 Millionen Pkws [45], die Anfang 2019 auf Deutschlands Straßen unterwegs waren, haben in 2018 630,8 Mrd. Kilometer zurückgelegt. Nimmt man die Gesamtkilometer aller Kfz, also auch LKW und Busse, so kommt man sogar auf 736 Mrd. gefahrene Kilometer [44]. Der Stromverbrauch eines Elektroautos beträgt nach realistischen Messungen des Verkehrsinstituts der Technischen Universität Dänemark 183 Wh/km [46]. Getestet wurden dabei die eher kleineren Autos Citroën C-Zero, Mitsubishi i-MiEV und Peugeot iOn. Der Stromverbrauch größerer E-Fahrzeuge (SUVs) dürfte sogar noch deutlich darüber liegen. Aber selbst, wenn man diese vereinfachte Annahme von 183 Wh/km trifft, kommt man auf einen Energieverbrauch für die 47,1 Millionen deutschen Elektro-Pkw von: $630,8 \text{ Mrd km} \cdot 0,183 \text{ kWh/km} = 115,4 \text{ TWh}$ Berücksichtigt man zusätzlich noch die Wirkungsgrade für Stromtransporte, das Lade-Equipment und das Laden der Batterie mit Verlusten von 14 %, so erhält man: $115,4 \text{ TWh} / 0,86 = 134,2 \text{ TWh}$. Wegen der zugrunde gelegten kleinen E-Autos dürfte dies eine eher konservative Rechnung sein.

Partei hat den Rubikon zu einer systemtragenden Partei seit langem überschritten. [...]

9. Die Linkspartei und der Glaube an das Elektroauto

Aber könnte man mit Elektroautos nicht eine bessere Verkehrswelt schaffen? Bernd Riexinger, Bundesvorsitzender der Linken, scheint dies zu glauben. In einem Interview antwortete er auf die Frage, ob er sich Sorge mache, dass die deutschen Autokonzerne beim Elektroauto abgehängt werden könnten: „Ich hoffe darauf, dass die deutschen Hersteller weiterhin genug davon verstehen, wie man Autos und eben auch Elektroautos baut, so dass sie die Produktion schnell genug hochfahren können und nicht abgehängt werden. Dann wird das Volks-Elektroauto vielleicht doch aus Deutschland kommen.“ [8] Hinter dieser Vorstellung vom Elektroauto als Lösung für die CO₂-Emissionen im Verkehrssektor steckt die Ideologie vom Grünen Kapitalismus. Danach reicht es, angeblich grüne Technologien einzuführen, und die Ökologiefrage ist gelöst. Das kapitalistische Wachstum kann dann ungebremst weitergehen. Das ist

die Position der Grünen, die deswegen auch voll auf das Elektroauto setzen.

Doch E-Autos sind keineswegs emissionsfrei, sondern sie starten mit einem gewaltigen ökologischen Rucksack. Eine jüngere Studie im Auftrag des schwedischen Umweltministeriums legt dar, dass für die Batterieherstellung eines Tesla Model S mit 85 kWh rund 17 Tonnen CO₂ freigesetzt werden. Das nicht zuletzt deswegen, weil die Batterien in China oder in Polen hergestellt werden, wo vornehmlich Kohlestrom eingesetzt wird. Die Bilanz der Studie: Ein Fahrzeug mit einem benzingetriebenen Motor vom Typ Golf müsste 8 Jahre gefahren werden, bevor er die Umwelt so stark belastet wie allein die Akku-Produktion für einen Tesla Model S. Die Rechnung ist transparent und es gibt zahlreiche andere Analysen, die dies bestätigen, so z.B. eine Studie des Trancik Lab vom Massachusetts Institute of Technology [19].

Ein weiteres Problem der E-Autos: Erneuerbare Energien sind nicht unerschöpflich. 2017 wurde in Deutschland 548 TWh Nettostrom erzeugt. Davon wurden 211 TWh (38,5 %) aus erneuerbaren Energien gewonnen [43]. Würde man alle heutigen Pkw durch kleinere Elektroautos ersetzen, also keine großen SUVs, würde man dafür 134 TWh Strom benötigen. Allein damit wären schon 64 % des im Jahr 2017 erzeugten Ökostroms verbraucht. Noch nicht einmal der Treibstoff für Lastwagen, Traktoren, Baufahrzeuge, Schiffe oder Flugzeuge sind in der Zahl enthalten. Und natürlich benötigen wir zukünftig auch erneuerbaren Strom, um unsere Häuser im Winter zu wärmen und Industriegüter sowie Lebensmittel zu produzieren.

Die Zahlen zeigen eine einfache Wahrheit: In der zukünftigen Welt hat die Menschheit keinen Zugriff mehr auf unendlich erscheinende Mengen an fossilen Energieträgern, die in Jahrmillionen durch die Sonne und geologische Prozesse auf der Erde erzeugt und konzentriert wurden. Erneuerbare Energien stehen natürlich zur Verfügung. Aber sie müssen recht mühsam dezentral eingesammelt werden. Und in Deutschland und auch anderen Industrieländern stehen sie aus Platzgründen nur begrenzt zur Verfügung. Nach Berechnungen von verschiedenen Instituten im Auftrag des Umweltbundesamtes kommt man in Deutschland auf eine maximal gewinnbare Energiemenge in Form von Strom von 1 052 TWh. Diese Zahl dürfte sogar zu optimistisch sein, denn es gibt einen massiven Widerstand gegen die Aufstellung von Windkraftanlagen. Neben der Gewinnung erneuerbaren Stroms aus Wind und Sonne können zusätzlich auch noch kleinere

ABSCHÄTZUNG DES MAXIMALEN POTENZIALS DER ERNEUERBAREN ENERGIEN IN DEUTSCHLAND ZUR STROMERZEUGUNG

Potenzial der Photovoltaik [47]	248 TWh
Potenzial der Windenergie an Land, 2 % der Landesfläche, [48]	390 TWh
Potenzial der Offshore-Windenergie in Nord- und Ostsee, [49]	390 TWh
Potenzial der Wasserkraft, [50]	24 TWh
Summe Stromgewinnung mit erneuerbaren Energien in Deutschland	1052 TWh

Energiemengen als Solar- und Erdwärme in die Rechnung miteinbezogen werden.

Dagegen steht ein Endenergieverbrauch in Deutschland im Jahr 2017 von 2 591 TWh [51]. Legt man die gewinnbare Energie von 1 052 TWh zugrunde, dann können maximal 40 % dieser Menge in Deutschland mit Sonne, Wind und Wasser erzeugt werden. Maßnahmen zur Energieeinsparung sind damit unvermeidlich. Dazu gehört eine bessere Isolierung der heutigen Häuser. Eine wichtige Heizquelle können dann Wärmepumpen sein, die aber für ihren Betrieb wieder Strom benötigen. Gleichzeitig muss die Produktion kurzlebiger und nicht reparierbarer Güter drastisch eingeschränkt werden, denn ihre industrielle Herstellung frisst große Energiemengen. Und für einen ausufernden Individualverkehr dürfen zukünftig keine Energien mehr verschwendet werden. Stattdessen müssen öffentliche Verkehrsmittel massiv ausgebaut und für die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen eingesetzt werden.

Statt dass wir die Treibhausgasemissionen zurückfahren und den Energieverbrauch reduzieren, müssen wir heute Auseinandersetzungen mit den Konzernen und ihren Vertretern in der Politik führen. Der Verkehrsfachmann und Autor eines aktuellen Buches über Elektroautos, Winfried Wolf [19], hat darauf hingewiesen, dass die Autoindustrie immer dann, wenn sie in der Diskussion politisch unter Druck geriet, eine neue Taktik eingeschlagen hat. So in der Folge des Kyoto-Abkommens, als die EU versuchte, die CO₂-Emissionen zu senken. Das Ergebnis war eine „freiwillige Selbstverpflichtung“ des Verbandes der europäischen Autoindustrie ACEA. Eine CO₂-Senkung sollte durch eine „Verdieselung“ des Fahrzeugbestandes und durch Bio-Sprit erreicht werden. Das wurde dann auch mit massiven staatlichen Subventionen umgesetzt. Als das ganze Diesel-Lügenreichthum zusammenkrachte, erfand

die Autoindustrie ein neues Märchen: Von nun an soll das Elektroauto das Klima retten. So einfach geht es: Nur der Motor wird ausgetauscht, aber die Profitmaschine der Autoindustrie läuft weiter.

Wie steht nun die Partei „Die Linke“ zum Elektroauto? Leider geht nicht nur Riexinger sondern momentan wohl auch eine Mehrheit DIE LINKE dem interessengetriebenen E-Auto-Märchen der Konzerne auf den Leim. Im Bundestagswahlprogramm von 2013 fand sich noch der Hinweis „Elektroautos sind keine nachhaltige Alternative: Ihre Produktion belastet die Umwelt über die Maßen.“ (S. 67, [16]) Das war allerdings zu einem Zeitpunkt, als die deutsche Autoindustrie auf den Diesel als dem angeblichen „Klimafreund“ setzte. Das Elektroauto war bei VW noch abgemeldet. Danach kam 2015 der Dieselskandal, der insbesondere den VW-Konzern erschütterte. Das Unternehmen setzt seitdem in einem Teilsegment massiv auf Elektroautos, insbesondere um mögliche Strafzahlungen an die EU und den chinesischen Staat zu vermeiden. Seitdem propagiert auch die deutsche Bundesregierung das Elektroauto zunehmend als Lösung des Klimaproblems im Verkehrssektor. Und die Linkspartei?

Im Bundestagswahlprogramm 2017 wurde der noch 2013 vorhandene kritische Hinweis auf Elektroautos klammheimlich entsorgt [17]. Geblieben ist nur noch eine Ablehnung von allgemeinen Kaufprämien für Elektroautos (S. 88). Einzelne Landesverbände haben sogar noch eine deutlich geringere Schamgrenze. So forderte die hessische Linkspartei auf ihrem 10. Landesparteitag im November 2017 „die Förderung der Elektromobilität und alternative Antriebstechnologie (z.B. Brennstoffzellen) in Hessen“ [9]. Und 2019 heißt es zustimmend im Landtagswahlprogramm der Thüringer Linkspartei: „Eine Veränderung unserer Mobilität ist aus sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Gründen dringend erforderlich. [...] In den Städten nehmen Carsharing und Elektromobilität zu. Elektroautos werden in wenigen Jahren normal auf unseren Straßen sein.“ [18] Ein weiteres Beispiel lieferte DIE LINKE in Nordrhein-Westfalen. Sie forderte in ihrem Landtagswahlprogramm von 2017 eine „Image- und Werbekampagne für die Photovoltaik, den Einsatz von Wärmepumpen und die Nutzung von Elektroautos“ sowie eine „Verbesserung der Infrastruktur für die Elektromobilität“ [54]. Es ist offensichtlich: Die Linkspartei setzt in ihrer großen Mehrheit weiter auf die Automobilisierung, auch wenn es gewisse Beschränkungen in den Städten geben soll. Und wenn es nicht mehr der Verbrennungsmotor sein darf, dann eben das E-Auto. Automobilkritische

Klimaaktivist*innen haben es bei dieser Frage innerhalb der Linken nicht einfach. [...]

[10]

11. Die Linkspartei und die Konversion der Autoindustrie

Ein absolut blinder Fleck in allen bisherigen Parteiprogrammen und Erklärungen der Linkspartei ist die Frage, was aus der heutigen Autoindustrie werden soll. Denn aus klimapolitischen Gründen muss die deutsche Autoproduktion massiv reduziert werden. Eigentlich eine zentrale Frage für eine Partei, die einerseits vorgibt, die Interessen der Lohnabhängigen zu vertreten und die andererseits zumindest für eine Verringerung der Autozahl eintritt. Es handelt sich dabei um kein kleines Problem, denn in den deutschen Automobilfertigungsstätten einschließlich Zulieferern arbeiteten in 2017 rund 820 000 Menschen und es wurden 5,7 Millionen Autos im Inland produziert [33]. Auch die Klimabewegung darf sich nicht um diese wichtige Fragestellung herumdrücken. Wenn man sie nicht richtig beantwortet, schafft man einen politischen Raum für die Autokonzerne, die dann versuchen werden, die Belegschaften gegen die Klimabewegung zu mobilisieren. Anders ausgedrückt: Wenn die Klimabewegung die Automobilarbeiter*innen nicht gewinnt, könnten sie von der AfD abgeholt werden. Tatsächlich sind die Sorgen der Lohnabhängigen um ihre Arbeitsplätze in den Automobilwerken mehr als gerechtfertigt. Die wirtschaftliche Rezession ist Ende 2019 in den Unternehmen bereits massiv zu spüren. Dazu kommen einschneidende Produktionsänderungen, die ebenfalls viele Arbeitsplätze kosten werden: Einerseits die Umstellung auf Elektroautos und andererseits die Einführung arbeitsplatzfressender digitaler Rationalisierungsstrategien. Dies schürt ganz enorm die Ängste der Belegschaften.

Doch es gibt eine schlüssige Antwort, die sowohl Klimapolitik als auch Arbeitsplätze verbindet. Die Öffentlichen Verkehrsmittel müssen zu einer wirklichen Alternative gegenüber dem heute noch dominanten Individualverkehr ausgebaut werden. Das ist eine gewaltige Infrastrukturaufgabe. Eine überschlägige Rechnung zeigt, dass dies den Bau von mehreren zehntausend Eisenbahnen, Straßenbahnen und auch urbanen Seilbahnen erfordert. Dazu kommen O-Busse, neue Gleisanlagen und eine sichere Fahrradinfrastruktur. Es ist unmöglich, dass diese große Zahl von Straßen- und Eisenbahnen von den wenigen heutigen Bahnherstellern (z.B. Bombardier, Siemens)

gefertigt werden, denn in diesem Sektor sind bisher nur 50 000 Beschäftigte tätig. In Deutschland gibt es nur eine Branche, die dies von ihrer Größe und ihren technischen Fähigkeiten leisten kann: die heutige Automobilindustrie. Deren Produktion muss auf Fahrzeuge für den Öffentlichen Personenverkehr umgestellt werden (Konversion) und sie sollte zusammen mit den heutigen Bahnherstellern zu einer großen Mobilitätsbranche zusammengefasst werden. Das ist unvorstellbar, ohne sie dabei in öffentliches Eigentum zu transferieren, denn die Spitzen und Eigentümer der heutigen Automobilunternehmen würden das Vorhaben ansonsten massiv sabotieren.

Alle Arbeitsplätze in der heutigen Automobilindustrie werden für die anstehenden Konversionsaufgaben benötigt. Das sollte die Klimabewegung klar kommunizieren. Und bereits vor der Lösung der Gesamtaufgabe sollten die Linkspartei, die IG Metall und Klimaschützer fordern, dass die Autoindustrie staatliche Aufträge zur Fertigung öffentlicher Verkehrsmittel erhält. Das wird auch die Arbeitsplätze sichern, die heute von der kapitalistischen Krise und von Rationalisierungen bedroht sind. Damit die Autokonzerne dabei keine schnelle Profitmacherei betreiben, bedarf es zwingender Vorgaben. So müssen sichere Veto- und Kontrollrechte für die Belegschaften und Vertreter*innen der Klimabewegung bei der Abwicklung dieser Aufträge vorgegeben werden. Die Partei DIE LINKE hat mit ihren vielen Kontakten in die Gewerkschaften hinein eine große Verantwortung, dass Gewerkschafts- und Klimabewegung zusammenfinden. Aber die Erfahrungen zeigen leider, dass man sie zu einer solchen Politik wird schieben müssen.

12. „Wir wollen keine Verbotspartei sein“

In vielen Landesverbänden der Linkspartei gibt es starke Vorbehalte gegen eine radikale Klimapolitik. Insbesondere aus Kreisen der Hauptamtlichen, der Landtags- und Bundestagsabgeordneten oder aus den Vorständen, hört man immer wieder gebetsmühlenartig, dass man keine „Verbotspartei“ sein will. Dahinter steckt die panische Angst, dass man womöglich Wähler verprellen könnte und dass die bürgerliche Presse einen Shitstorm gegen DIE LINKE lostreten könnte. Doch wie will man eine neue Heißezeit auf unserem Planeten verhindern ohne neue Regeln und auch Verbote?

Beim Straßenverkehr gibt es heute überall Regeln und Verbote: Vor einem Kindergarten gilt Tempo 30 und vor einer roten Ampel muss man warten. Niemand mit klarem Verstand käme deswegen auf die Idee von einer „Verbotskultur“ zu sprechen oder Deutschland eine „Ver-

kehrsregeldiktatur“ zu nennen. Beim Klimaschutz sind Verbote und Regeln aber umso wichtiger. Wir werden das Überleben der Menschheit auf unseren Planeten nur sichern können, wenn wir nicht nur die Produktion massiv umstellen, sondern auch die Regeln unseres Umgangs mit der Natur und mit den Ressourcen neu justieren. Selbst die SPD-Umweltministerin Schulze oder der bayerische Ministerpräsident Markus Söder fordern heute ein Verbot von Plastiktüten [6]. Der CSU-Entwicklungshilfeminister Müller fordert ein Müllexportverbot nach Südostasien und die EU-Kommission hat Einwegbesteck und Plastikstrohhalm verboten. Und die Grünen haben sogar ein Verbot für die Neuzulassungen von Verbrennungsmotoren gefordert, lange vor der Partei DIE LINKE. Hat es ihnen wahlpolitisch geschadet? Sicher nicht. Alle Welt propagiert also im Bereich der Ökologie administrative Einschränkungen.

In zentralen Kreisen der Linkspartei ist man dagegen der fixen Idee verfallen, dass man ja keine Verbote fordern dürfe. Dabei geht es dann nicht mehr um die Durchsetzung politischer Ziele, sondern nur noch um den möglichen Verlust von Wählerstimmen. Wenn man einen Blick auf die Wahlergebnisse der hessischen Linken wirft, sieht man, dass sie bisher immer nur knapp über die 5 %-Hürde gekommen ist. Diese knappen Ergebnisse haben dazu beigetragen, dass in der Parteiführung eine fast schon neurotische Angst entstanden ist, nicht mehr in den Landtag einzuziehen. Insbesondere für viele Landtagsabgeordnete und ihre Mitarbeiter*innen könnte dies wohl auch ein existenzielles Problem sein. Und es ist gerade dieser Kreis, der einen besonders großen Einfluss in der kleinen Partei hat. [...]

Generell gilt: Eine linke Organisation darf sich nicht an den politisch rückständigsten Schichten der Lohnabhängigen orientieren, sondern sie muss deren objektive Interessen in der Auseinandersetzung mit dem Kapital vertreten. Und dazu gehört der Erhalt der lebendigen Biosphäre unseres Planeten. [...]

Die Angst, Wähler*innen zu verprellen, kann auch zu ziemlich karikaturhaften Positionen in der Umweltfrage führen. Als Anfang August 2019 nach der Aufdeckung eines neuen Fleischskandals Tierschützer forderten, die Fleischpreise mit einer Steuer zu belegen, setzte die agrarpolitische Sprecherin der Linken im Bundestag Kirsten Tackmann dagegen: „**Eine Fleischsteuer trifft besonders sozial Benachteiligte.**“ [20] Man kann nun tatsächlich mit Fug und Recht bezweifeln, dass eine höhere Steuer auf Fleischprodukte etwas gegen die Mas-

sentierhaltung, den viel zu hohen Fleischkonsum und die Tierquälerei in den Mastställen ausrichten kann. Aber die soziale Frage und den Fleischkonsum in einem Atemzug zu benennen, ist doch etwas skurril. Insbesondere, wenn man bedenkt, dass 250 Gramm Hackfleisch aktuell bei einer Supermarktkette für 1,11 Euro im Angebot zu haben sind [21].

13. Linkspartei und Klimapolitik: Was tun?

[...] Klimaaktivist*innen sollten die Realität so sehen, wie sie ist. Das bedeutet in Bezug auf die Linkspartei: Die Partei ist in der Ökologiefrage zaudernd und zögerlich. In ihrer ökologischen Programmatik gibt es zahlreiche unbearbeitete weiße Flecken: So das Thema Ressourcenknappheit, die Wegschweißproduktion, die Kunststoffproblematik oder auch das notwendige Schrumpfen der industriellen Produktionsmenge. Die klimapolitische Avantgarde repräsentiert DIE LINKE leider nicht. In Brandenburg hat sie sogar eine offen feindliche Position gegen Klimaaktivist*innen bezogen, nur um Regierungsposten zu erhalten. Aber es kann den linken Kräften in Deutschland nicht egal sein, welche Position die linke Partei in der Klimapolitik bezieht. Man muss sie dazu bringen, auch radikalere Forderungen, z.B. gegen das E-Auto, zu unterstützen. Eine leichte Arbeit wird das nicht sein. Die ökologisch orientierten Kräfte innerhalb und außerhalb der Partei sollten dabei eng zusammenarbeiten. Im Zentrum sollte neben klaren inhaltlichen Antworten die Mobilisierung der Menschen gegen die Klimakatastrophe stehen. Das verspricht den meisten Erfolg und verhindert eine zu enge Fixierung auf den Parlamentarismus und ein rein parteitaktisches Herangehen an die ökologischen Fragen.

* Die Schriftenreihe „Ökosozialismus: Analyse + Perspektiven“ analysiert aktuelle ökologische und politische Fragestellungen und erscheint in loser Folge. Die Schriften sind im Netz zu finden auf den Seiten des Netzwerks Ökosozialismus (oekosozialismus.net) sowie teilweise auf der Homepage der Sozialistischen Zeitung (www.sozonline.de). Die formulierten politischen Positionen stehen nicht notwendigerweise für die Gesamtheit der Herausgeber. Dies gilt insbesondere für namentlich gekennzeichnete Artikel und Hefte. Zur Kontaktaufnahme mit dem Ökosozialistischen Netzwerk: MeierKlaus13@yahoo.de

Verwendete Quellen:

- [1] IPCC-Sonderbericht, Climate and Land, 08.08.2019
 [2] Süddeutsche Zeitung, Mehr Licht, 27./28. Juli 2019

[4] GEMEINSINN UND ERNEUERUNG: EIN BRANDENBURG FÜR ALLE. Koalitionsvertrag zwischen SPD Brandenburg und Die Linke Brandenburg für die 5. Wahlperiode des Brandenburger Landtages, Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 5. Wahlperiode des Brandenburger Landtages 2009 bis 2014

[5] Linke Brandenburg, Wahlprogramm Landtagswahl 2019, Abschnitt 4_ Arbeit & Wirtschaft in sozialer Verantwortung

[6] Verbote brauchen einen guten Plan, Süddeutsche Zeitung, 14./15.08.2019

[8] DIE LINKE und das Thema Elektroauto, ingenieurversteher 18. Juli 2017

[9] Gemeinsam für ein soziales, ökologisches, friedliches und buntes Hessen – Politikwechsel jetzt! Beschluss 10. Landesparteitag 11.–12. November 2017

[10] [Klimaschutz jetzt! Sozial gerecht! Beschluss 10. Landesparteitag 11.–12. November 2017, www.die-linke-hessen.de/site/über-uns/landesparteitage/10-landesparteitag.html]

[15] Bombardier: Nach harten Verhandlungen ist eine Zukunftssicherung für Standorte und Beschäftigung in Deutschland erreicht, 28.03.2018, www.igmetall-bbs.de

[18] Für ein zukunftsfähiges Thüringen. Für eine offene und solidarische Gesellschaft.

Wahlprogramm zur Landtagswahl 2019

[19] Winfried Wolf: Mit dem Elektroauto in die Sackgasse, Promedia Verlag, Wien 2019

[20] Kosten für mehr Tierschutz sozial gerecht finanzieren, 07.08.2019, www.linksfraktion.de/presse/pressemitteilungen/detail/kosten-fuer-mehr-tierschutz-sozial-gerecht-finanzieren/

[21] Zeit online, Ist Fleisch zu billig? 07.08.2019

[22] 60 % der Deutschen wollen „Autofreie Städte“, 04.10.2018, bicli.de/blog/posts/autofreie-staedte/

[23] Marode Fernstraßen: Infrastruktur zulasten zukünftiger Generationen kaputtgespart, Im Wortlaut von Dietmar Bartsch, 23. August 2019

[26] Ende Gelände: Pressemitteilung vom 9. Juni 2016

[27] Landtag Brandenburg 6. Wahlperiode, Drucksache 6/4291

[31] Christian Böttger: Explorative Studie im Auftrag von Netzwerk Europäischer Eisenbahnen (NEE) e.V., Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, Berlin November 2017

[33] VDA Verband der Deutschen Automobilindustrie, Jahresbericht 2018, Die Automobilindustrie in Daten und Fakten, www.vda.de, Berlin November 2018

[34] Programm der Partei DIE LINKE.Brandenburg zur Landtagswahl 2014, Beschluss der 2. Tagung des 4. Landesparteitages am 5. Juli 2014 in Cottbus

[35] Süddeutsche Zeitung: Eigentümliche Stimmung, Brandenburg vor der Wahl, 20.08.2019

[37] Bundes-Linke macht Front gegen ihre Landespartei, Der Tagesspiegel, 02.06.2014 -report.de/strom/#strommix-2017-deutschland

[38] rbb24: Linke fordern Linke zum Stopp des Polizeigesetzes auf, 11.03.2019

- [40] Mit Tempo 250 in den Abgrund, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.09.2019
- [41] Klimagerechtigkeit Das Klima retten, die Wirtschaft umbauen und das Leben besser machen, Die Linke, 16. September 2019, www.die-linke.de
- [43] Strommix 2017: Stromerzeugung in Deutschland [Netto], <https://strom>
- [44] Kraftfahrtbundesamt: Verkehr in Kilometern – Inländerfahrleistung, Tabelle Jahresfahrleistungen nach Fahrzeugarten, 2014 bis 2018
- [45] Kraftfahrtbundesamt: Jahresbilanz des Fahrzeugbestandes am 1. Januar 2019
- [46] E-Autos verbrauchen viel mehr Strom als angegeben, heise online, 22.1.2016
- [47] Studie Umweltbundesamt: Energieziel 2050, Juli 2010
- [48] Bundesverband Windenergie: Potenzial der Windenergienutzung an Land 2011
- [49] IWES: Energiewirtschaftliche Bedeutung der Offshore-Windenergie für die Energiewende, 2014
- [50] BMU: Langfristszenarien und Strategien für den Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland, 2012
- [51] Umweltbundesamt: Entwicklung des Endenergieverbrauchs nach Sektoren, Stand 07/2018
- [54] Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai 2017, beschlossen auf dem Landesparteitag am 5./6. November 2016 in der Zeche Zollverein in Essen
- [62] Gutachten: Sozialverträgliche Ausgestaltung eines Kohlekonkurses, enervis im Auftrag von ver.di, September 2016
- [71] Fakten zur Stahlindustrie in Deutschland, 2014, Wirtschaftsvereinigung Stahl, Stahlinstitut VDEh Düsseldorf, www.Stahl-online.de
- [72] Politikbrief Kunststoffe, VCI, Verband der Chemischen Industrie September 2018
- [73] <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/zukunftsatlas-2019>
- [75] Brandenburg hat bundesweit die niedrigste Ärztedichte, rbb 24, 03.05.2019
- [77] Brandenburg ist Schlusslicht bei der Ärztedichte, 04.05.2019, MOZ.de





IRAN: WIRTSCHAFTLICHE LAGE, REPRESSION UND WIDERSTAND

Seit Jahren verschlechtert sich die wirtschaftliche Lage der Menschen im Iran dramatisch. Proteste werden brutal niedergeschlagen, aber die Krise des Regimes ist damit nicht zu lösen. Unser Dossier richtet den Blick vor allem auf die sich neu organisierende Bewegung der Arbeiter*innen und die humanitären Auswirkungen der blutigen Repression.

Ein Dossier mit 5 Beiträgen

Ein Meer aus Blut
– Mehr als 100
Tote in Shahryar
SEITE 22

Zur aktuellen Lage
der iranischen
Werkstätigen
SEITE 23

Erklärung der 46
SEITE 30

Solidarität mit der
Revolte des Volkes
im Iran
SEITE 32

Neue Krise für das
Regime
SEITE 32

EIN MEER AUS BLUT – MEHR ALS 100 TOTE IN SHAHRYAR

Der nachfolgende Bericht geht auf die Proteste gegen die Spritpreiserhöhungen ein und stammt aus der links-unabhängigen persisch-sprachigen Internet-Seite „akhbar-rooz“ im Ausland **www.akhbar-rooz.com**.

Die Internet-Seite Kalemeh/Wort/¹ stützt sich auf „zuverlässige Quellen“ vor Ort und berichtete am 01.12.2019, dass das Vorgehen der eingesetzten Sonderkommandos und der zivil operierenden Sicherheitskräfte in Shahryar² und Umgebung besonders umfangreich und brutal gewesen war. Laut Angaben dieser Internetseite betrug die Zahl der getöteten Protestierenden in Shahryar mindestens 5 Personen, im Kreis Kahanz zwischen 17 bis 20 Personen, in den Kreisen Ferdoussiye, Amiriyeh und Vahidiyeh 10 bis 13 Personen, im Kreis Malard 8 Personen, Ghaleh Hassan-Khan 8 bis 10 Personen, in Yosoufabad-Seyfari 6 Personen, auf der Verbindungsstraße nach Sawe 10 bis 12 Personen, in Islamshahr 8 bis 10 Personen, auf dem Weg zwischen Malard und Shahryar in den Ortschaften Lama-bad, Esfandabad und Beke ca. 12 bis 14 Personen und in Akbarabad und Vajiheabad mehr als 20 Personen.

Diese Personen sind entweder durch gezielte Kopfschüsse oder bei dem massiv eingesetzten Feuerstoß der Maschinengewehre ums Leben gekommen. Demnach haben bei den Protesten in Shahryar und Umgebung mehr als 100 Menschen ihr Leben verloren. Einem anderen Bericht zufolge sind 16 Menschen bei den aktuellen Protesten in Roodhan durch den Schusswaffeneinsatz der Sicherheitskräfte getötet worden. Reporter*innen der Internetseite Kalemeh vor Ort zitierten das diensthabende Personal von dem Teheraner Zentralfriedhof „Behesht-Zahra“; die Leichen von 156 bei den Protesten getöteten Personen wurden bei der Leichenhalle dieses Friedhofes abgegeben und 80 Leichen der Getöteten sind in die Provinzen geschickt worden.

Einer anderen Reportage der Internetseite Kalemeh ist zu entnehmen: In den Tagen 25./26./27 Aban 1398 [diese Angaben des Iranischen Kalenders entsprechen in unserem Kalender den 16./17./18. November 2019] wurden 40 getötete Protestierende gemeinsam mit 300 Verletzten in das Krankenhaus „Emam-Hossein“ in Nassim-Shahr von Shahryar auf der Verbindungsstraße nach Sawe gebracht. Deshalb hatte das gesamte Krankenhauspersonal – Krankenschwestern, Pfleger, Ärzt*innen und andere Beschäftigte – die Anweisung, in diesen Tagen den Krankenhausbetrieb rund um die Uhr aufrechtzuerhalten, damit die akute medizinischen Versorgung gewährleistet ist. Kalemeh berichtet weiter: Gestützt auf genaue Daten und Zahlen war Kopfschuss die Todesursache bei allen Getöteten. Die zum Teil schweren Verletzungen im Bereich der Arme, der Beine, des Rückens oder der Wirbelsäule wurden verursacht durch den Gebrauch von Schusswaffen, Knüppeln oder anderen Schlaginstrumenten. Am ersten der drei oben erwähnten Tage wurden 50 chirurgische Operationen und am zweiten Tag 74 Operationen durchgeführt. Aber am dritten Tag kamen Einheiten der Pasdaran („Wächterarmee“) mit entsprechenden Transportfahrzeugen wie Bussen und Minibussen zum „Imam-Hossein“-Krankenhaus, bedrohten das diensttuende Personal, kontrollierten alle Handys samt Fotos und Videos und nahmen anschließend alle Verletzten und Getöteten mit.

Die Informationen, die nach und nach die Außenwelt erreichen, zeugen von einem unvorstellbaren Verbrechen, das das islamische Regime gegen die protestierenden Menschen im Iran begangen hat. So, wie sich die Faktenlage täglich ändert, sind die bisher bekannt gewordenen Opferzahlen wohl nur eine Zwischenbilanz dessen, was während der Novembertage tatsächlich im Iran passiert ist.³

1. Dezember 2019

■ Übers. aus dem Persischen : Ali B.

1 Die Internet-Seite „Kalemeh“, die hier zitiert wird, steht einigen reformerischen Kräften des Regimes nahe. Diese Kräfte sind bemüht, nicht völlig an Glaubwürdigkeit zu verlieren, und berichten deshalb über die Ereignisse, die der Bevölkerung sowieso bekannt sind. Da sich das Regime in einer tiefen Krise befindet, wird diese Seite von den Zensurbehörden sowohl kontrolliert als auch geduldet. Die Reformideen dieser Kräfte zielen darauf ab, das Regime zu retten. [Anm. d. Red.]

2 Shahryar gehört zu den eher kleineren iranischen Städten, liegt in der Nähe der Stadt Sawe, ist Bezirksstadt in der gleichnamigen Provinz Sawe in Zentraliran ca. 200 km südwestlich von Teheran. [Anm. d. Red.]

3 Bekanntlich hatte das Regime die Internetverbindungen innerhalb des Landes und mit dem Ausland für mehrere Tage total gesperrt und lockert die Sperrung in ganz kleinen Schritten. Trotzdem steht es unter erheblichem Druck der sozialen Medien. Und so erfährt die iranische Gesellschaft täglich grausame Neuigkeiten. Unter diesem Druck ist der innere Zirkel des Teheraner Machtapparats gezwungen zu reagieren. Gerade in den ersten Dezembertagen musste das staatlich streng kontrollierte Fernsehen offiziell zugeben, dass die Polizei auf die Protestierenden „schießen musste“ und dass ca. 7000 „vom Ausland gelenkte Personen“ (!?) verhaftet worden sind. [Anm. d. Red.]

ZUR AKTUELLEN LAGE DER IRANISCHEN WERKTÄTIGEN

Im Normalfall ist für die bürgerlichen Medien der Iran nur im Zusammenhang mit dem Atomdeal von Interesse (schließlich geht es hier um beträchtliche Geschäfte gerade auch für das deutsche Kapital). Nur äußerst selten wird ein Blick auf die Lage der Menschen geworfen und das auch nur dann, wenn spektakuläre Bilder zur Verfügung stehen. **Ali Behroki**

Das islamische Regime im Iran kam vor 40 Jahren (Februar 1979) nach einem antimonarchistischen Volksaufstand an die Macht. Die meisten werktätigen Menschen, die durch ihre monatelang anhaltenden Kämpfe erst den Machtwechsel ermöglicht hatten, mussten sehr bald einsehen: Das „neue“ Regime hat nicht die Wahrung und die Weiterentwicklung ihrer Grundrechte im Sinne. Binnen weniger Wochen brachten es die neuen Machthaber fertig, die „islamische Rechtsprechung“ – nach dem Verständnis der schiitischen Geistlichkeit! – durchzusetzen, was seitdem Leitlinie für alle staatlichen Maßnahmen ist. Diese „islamische Rechtsnormen“ (Scharia) basieren auf drei

Säulen: a) die Vorschriften, die im Koran stehen und das Verhalten der Gläubigen regeln; b) die Urteile und Sprüche des Propheten Mohammad, die seine engsten Anhänger nach seinem Tod gesammelt und als heilige Überlieferungen des Propheten (Sunnah) der Glaubensgemeinschaft hinterlassen haben und c) Die Interpretationen der obigen Gebote und Verbote durch die „Rechtsgelehrten“, die dem Zeitgeist und den Befindlichkeiten der jeweiligen Glaubensrichtung entsprechend unterschiedlich und abweichend ausfallen.

Kontrolle

Bedrohlich ja lebensgefährlich wird es, wenn dieses Konglomerat aus Überzeugung, Glaube und religiösem Eifer die islamischen „Gelehrtenstuben“ verlässt und den politischen Raum dominiert. Denn jeder andersdenkende Mensch wird kraft der Staatsgewalt als Ungläubiger, Gotteslästerer, und Ketzer gebrandmarkt und bestraft. Bei härteren Auseinandersetzungen werden die Kritiker*innen als „Agenten des Auslands“ bezeichnet, die man dann sehr leicht und nach Belieben bestrafen kann! Dafür liefern die aktuellen Ereignisse in Iran ein trauriges Beispiel. Über 90 % der dortigen Bevölkerung sind einem autoritär handelnden Regime ausgeliefert, dessen „Rechtsnormen“ aus einer Zeit stammen, die 1400 Jahre zurückliegt.

Zur Machterhaltung brauchte das Regime von Anfang an eine lückenlose Kontrolle des gesellschaftlichen Lebens. Dieses „Kontrollsystem“ wurde im Laufe der Jahre verfeinert und intensiviert. Aus Platzgründen gehen wir hier nur auf eine Methode der Herrschaftssicherung des Regimes ein: In alle relevanten Bereiche der täglichen Arbeit (Produktions- und Dienstleistungsbetriebe, Gesundheits- und Bildungswesen usw.) werden Personen eingeschleust, die für die dort konkret zu leistende Arbeit nicht qualifiziert sind, aber zugleich gut bezahlt und religiös-ideologisch instrumentalisiert werden. Ihr offizieller „Job“ besteht darin, vom Regime gelenkte Kontrollinstanzen mit schönen Namen wie „islamische Vereinigung“, „islamischer Betriebsrat“ „höchster Arbeiterrat“ usw. zu übernehmen. Wenn diese Institutionen nicht vorhanden sind, werden sie von diesen Abgesandten gegründet. Ihre offizielle Aufgabe besteht darin, das tägliche Gebet zu organisieren und für islamische Zucht und Ordnung am Arbeitsplatz zu sorgen! Tatsächlich jedoch haben sie den Auftrag, den Tagesablauf der Beschäftigten genauestens zu observieren und auffällige Aktivitäten der Kolleg*innen den „Sicherheitsorganen“ zu melden.

Die willkürlichen Festnahmen folgen prompt. Sie finden in den Betrieben, auf offener Straße oder nachts in

den Wohnungen der Betroffenen statt. Bei der Verhaftung werden die Festgenommenen vor den Augen der Belegschaft oder der eigenen Familienangehörigen auf übelste Weise beschimpft, beleidigt und verprügelt. Bei dieser „polizeilichen Maßnahme“ wird nicht nur die „Bestrafung“ der Gefangenen beabsichtigt, es geht vielmehr darum, ihren Ruf, ihre Persönlichkeit, ihr Ansehen und letztendlich ihren Willen zu zerstören.

Trotz der massiven physischen und psychischen Repression haben die aufgeklärten und fortschrittlichen Kräfte der Werktätigen niemals in den letzten 40 Jahren aufgehört, sich für die berechtigten Interessen der iranischen Arbeiter*innenklasse einzusetzen und ihre Rechte einzufordern.

Organisierung des Widerstands

In den letzten Jahren ist es den iranischen Kolleginnen und Kollegen nachweislich gelungen, vom Regime unabhängige Vertretungsorgane zu gründen, die sich für die Interessen der Lohnabhängigen einsetzen und die im Land grassierende Wirtschaftskriminalität anprangern. Weil die Aktivist*innen sich offen und ehrlich für die Belange der Belegschaft einsetzen und weil sie sich von den Schikanen des Regimes nicht einschüchtern lassen, genießen die neu geschaffenen Organisationen längst die betriebsübergreifenden Sympathien von Tausenden Beschäftigten, prekär Beschäftigten und Erwerbslosen im ganzen Land.

Bei den aktuellen Arbeitskämpfen ist eindeutig der Trend zu erkennen, dass die neu geschaffenen Organisationen a) von dem überwiegenden Teil der Belegschaft des jeweiligen Betriebs getragen werden und b), dass sie durchaus in der Lage sind, sich überregional zu vernetzen und koordinierte Aktionen durchzuführen. Bei den jüngst durchgeführten Streiks machten sich Qualität und Wirkung der neu errungenen Phase der Organisierung deutlich bemerkbar. Wenn z. B. führende Köpfe eines Streiks verhaftet wurden, gingen gleichzeitig in 20 bis 30 Städten Kolleg*innen auf die Straße, verurteilten die rechtswidrigen Verhaftungen und forderten die Freilassung der Gefangenen. Neben den Massenfestnahmen der streikenden Arbeiter*innen in Haft-Tapeh und Ahwaz nahm das islamische Regime während der letzten Wochen und Monaten landesweit Hunderte Frauen und Männer fest. Ihr „Verbrechen“? In offenen Briefen und ähnlichen Protestaktionen äußerten sie sich solidarisch mit den berechtigten Forderungen der Festgenommenen und kritisierten die dubiosen „Verkaufs- und Privatisierungsmaßnahmen“ des Regimes!

Das Regime regiert weiter ungeniert mit harter Hand und ignoriert die klugen und sachlich begründeten Forderungen aus der Arbeiterschaft, die ausschließlich darauf abzielen, auf die unerträglich gewordenen Missstände hinzuweisen.

Die Antwort auf die Frage, warum immer mehr iranische Frauen und Männer – trotz konkret bestehender Angst vor Verfolgung, Verhaftung und Folter – sich politisch engagieren, ist auf die vom islamischen Regime verursachte wirtschaftliche, politische, soziale und kulturelle Misere zurückzuführen, von der alle Schichten der arbeitenden Bevölkerung im Iran betroffen sind.

Nährboden der Unzufriedenheit

Auf der einen Seite liegt gemäß dem in der „Verfassung der islamischen Republik“ verankerten Regelwerk die alleinige Entscheidungsgewalt über politische, wirtschaftliche, militärische, juristische und sonstige Angelegenheiten des Landes in der Hand der Obersten Führers (Rahbar) des Regimes, dessen Machtbefugnisse mit „Gottes Gnade“ und schiitischen Grundsätzen begründet werden. Auf der anderen Seite sieht dieselbe Verfassung „gewählte“ Ämter und Organe wie Parlament und Präsident vor, die nach einem extrem eingeschränkten Wahlsystem zwar „gewählt“ werden, aber bei ihren Aktivitäten oft auf unüberwindbare Grenzen stoßen: die ständigen Einmischungen und Einflussnahmen der Geistlichkeit.

Aus diesem der Verfassung des Regimes innewohnenden Widerspruch (zwischen religiösen und weltlichen Komponenten) bilden sich im Zuge der Zuspitzung der allgegenwärtigen Krise in den engsten Machtzirkeln des Regimes handfeste Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten. Inzwischen bekämpfen sich „gemäßigte“, „moderate“ und „fundamentalistische“ Fraktionen, Gruppierungen und Flügel immer öfter vor den Augen der Öffentlichkeit und werfen der Gegenseite Unfähigkeit und Korruption vor. Bei den Flügelkämpfen an der Spitze des Regimes geht es vor allem darum, wer von welcher Gruppierung mehr an Macht und Pfründen teilhaben kann. Es geht aber auch darum, mit welchen Mitteln und Methoden das bis zu den Ohren in der Krise steckende System der islamischen Republik zu retten sei. Iran gehört zu den erdöl- und erdgasreichsten Ländern der Erde. In diesem Land befinden sich die wichtigsten Sektoren der Wirtschaft wie Erdölindustrie, Export und Import, die Bauindustrie, das Telekommunikationssystem ... als staatlich geführte Bereiche der Wirtschaft in der Hand der führenden Militärs (Pasdaran), der schiitischen Würdenträger und der dem

Führer nahstehenden Personen. Trotz aller Flügel- und Fraktionskämpfe haben die religiösen, politischen und militärischen Instanzen des Regimes wirtschaftspolitisch die neoliberalen Direktiven der Weltbank befolgt und lautstark das Zauberwort der Privatisierung als Mittel zur Rettung der von ihnen selbst in den Ruin getriebenen iranischen Volkswirtschaft gepredigt.

Vor ca. 20 Jahren, beim Übergang von 20. ins 21. Jahrhundert, haben die höchsten Instanzen des Regimes neue Wirtschaftspläne beschlossen und zur Durchsetzung freigegeben. Der dritte Wachstumsplan, beschlossen für die Jahre 1999-2004, widmete sich der „Regulierung der Konzerne und der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaftsaktivitäten“. Im Zuge dieser Planung wurden in der ersten Phase größere Staatsbetriebe, wie die Tabakindustrie, Zuckerrohrplantagen und zuckerproduzierende Betriebe, Post- und Kommunikationswesen sowie Teile der produzierenden und verarbeitenden Bereiche der Ölindustrie zur Disposition gestellt und somit in die Privatisierung „entlassen“.

Alle bisherigen Regierungen – ob die von dem „Reformer“ (Khatami 1997-2005), oder dem „radikalen Hard-Liner“ (Ahmadinedschād, 2005 bis 2013) oder dem „Gemäßigten“ (Roohani, seit 2013) – waren eifrig bemüht, diese Pläne durchzusetzen. Was solche Maßnahmen wirtschaftlich im Iran angerichtet haben, wird weiter unten im „Fall Haft-Tapeh“ etwas konkreter ausgeführt. Aber Anfang März 2019 überraschte eine Nachricht die iranische und Teile der internationalen Öffentlichkeit, die hier erwähnt werden soll. Nach den ersten Berichten der iranischen Medien verbreitete am 09.03.2019 „Radio France Internationale“ folgende Meldung: Vor der 3. Kammer eines Teheraner Sondergerichts läuft das größte Verfahren in der jüngsten Geschichte des Landes wegen Wirtschaftskriminalität und Devisenveruntreuung. Aus der 700 Seiten dicken Akte gehe hervor, dass den Vorstandsmitgliedern der vor 10 Jahren (2008/2009) privatisierten petrochemischen Handelsfirma vorgeworfen wird, „Briefkasten-Firmen“ gegründet und illegale Konten zum Devisentransfer betrieben zu haben. Die Namen der meisten Angeklagten sind bekannt. Hauptangeklagter mit dem Namen Reza Hamzeh-Loo ist der Vorstandsvorsitzende der privatisierten Firma. Ihm wird zur Last gelegt, gemeinsam mit der Angeklagten Marjan Sheykholeslami – sie war für „Auslandsgeschäfte“ zuständig und hält sich zurzeit (ohne Kopftuch!) in Kanada auf – insgesamt 6,656 Milliarden EURO (das ist kein Tippfehler!) veruntreut und unterschlagen zu haben. Laut Aussagen des Sprechers der Teheraner Staatsanwaltschaft haben der iranische Ölminister gemeinsam mit dem Vorstandsvorsitzenden der

nationalen iranischen petrochemischen Industrie die ehemaligen und jetzigen Vorstandsmitglieder der privatisierten Firma verklagt. Dies hier ist ein Beispiel von vielen Fällen der umfangreichen Finanz- und Wirtschaftskriminalität im Iran von heute, die in letzter Zeit öfter bekannt werden. Auffallend ist jedoch, dass bei den betroffenen Firmen solche Posten wie „Vorstandsmitglieder“, „Vorsitzende“, „Geschäftsführer“ usw. in der Regel von den Kindern der höchsten Würdenträger des Regimes besetzt sind!

Die Folgen der Privatisierung: ■ Haft-Tapeh

Die Zuckerproduktionsanlage Haft-Tapeh liegt im Südwesten Irans, in der Provinz Khuzestan zwischen den Städten Shoosh und Ahwaz. Neben den Raffinerie- und Herstellungsanlagen gehört eine 24 000 ha große Rohrzuckeranbaufläche zu diesem Gesamtkomplex. Die Gründung der Zuckerfabrik geht auf Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre des letzten Jahrhunderts zurück. Bei der Inbetriebnahme äußerten sich die in- und ausländischen Fachleute u. a. über die Anbaukapazitäten der Anlage; die Bodenqualität sei für den Rohrzuckeranbau besonders gut geeignet. Sie schätzten, dass pro Hektar ca. 90 Tonnen Rohrrohr geerntet werden könnten. Einige Jahre später stellte sich jedoch heraus, dass die Ernte pro Hektar bei 137 t Rohrrohr lag. Auf etwa zehntausend Hektar der Anbaufläche wurde Rohrrohr angebaut.

Während des achtjährigen Iran-Irak-Krieges (1980-88) war auf der iranischen Seite Khuzestan eines der heftig umkämpften Gebiete mit dem entsprechendem Zerstörungsgrad. Auch Haft-Tapeh wurde von der irakischen Luftwaffe angegriffen und beschädigt. Nach dem Krieg wurde die Anlage notdürftig repariert in Betrieb genommen. Doch seit der Jahrhundertwende erfasste das Fieber der neoliberalen Wirtschaftspolitik auch die iranische Zuckerindustrie. Es fing mit der Senkung der Zolltarife für die Einfuhr des weißraffinierten und des Rohrzuckers an. Im Verlauf von zwei Jahren (2005/06) wurden die Zölle für die Einfuhr der jeweiligen Sorte von 150 % bzw. 130 % auf 10 bzw. 4 % gesenkt. Im Wirtschaftsjahr 2006 erreichte dann die Zuckereinfuhr einen noch nie dagewesenen Rekord in der iranischen Geschichte.

Bei der Zuckereinfuhr wurde die Rolle des iranischen Staates immer bedeutungsloser und der private Sektor gewann immer mehr an Gewicht. In den Jahren 2009/10 wurden 2527 t Zucker für den Marktwert von einer Milliarde Dollar eingeführt, die inzwischen vollends in „privater Hand“ lagen. Die Menge lag mehr als 800 Tonnen über dem Eigenbedarf! Der iranische Markt war überschwemmt

und die einheimischen Produzenten hatten keine Chance, zu konkurrieren. Wie viele Großbetriebe geriet auch Haft-Tapeh in Turbulenzen. Die Krise machte sich bemerkbar, indem die Löhne der Beschäftigten monatelang nicht ausgezahlt wurden und die vom Regime unabhängige Gewerkschaft schon damals immer wieder Protestaktionen und Streiks durchführte. Die Reaktion des Regimes lautete, nur „Privatisierung“ und ein „neues Management“ seien die „Rettung“ für Haft-Tapeh. Im Laufe der Jahre 2014/15 wurde immer offener über die „Verkaufspläne“ spekuliert und der entsprechende Geschäftsabschluss fand im Herbst 2015 statt. Zu dieser Zeit hatte Haft-Tapeh 1886 festangestellte Arbeiter*innen und Angestellte sowie 824 Saisonal-Beschäftigte.

Gemäß der vom Regime verordneten „Regulierung der Konzerne“ kamen nur „religiös, politisch und fachlich geeignete Personen“ für die Übernahme staatlicher Einrichtungen infrage. Nun, nach vollendetem Verkauf, wurde bekannt, dass bei der Übergabe der Preis der Betriebsanlage von Haft-Tapeh auf (umgerechnet) 213 Millionen Dollar festgelegt wurde, die Käufer eine Anzahlung von zwei Millionen Dollar (ein Prozent des Gesamtwertes!) geleistet haben und der Restbetrag in Ratenzahlungen über acht Jahre zu zahlen sei. Nicht nur bei der Gewerkschaft von Haft-Tapeh, sondern auch bei großen Teilen der iranischen Zivilgesellschaft wurden solche und ähnliche Fragen laut gestellt und trotz Zensur über Internet weit verbreitet: Welche Qualifikationen brachten denn die neuen Käufer mit? Was hatten sie mit der erworbenen Anlage vor? Wie ist so ein merkwürdig niedriger Preis und die noch merkwürdigere Zahlungsweise zu erklären?

Als das Alter von zwei Hauptinteressenten, deren Unterschrift unter dem „Kaufvertrag“ steht (28 sowie 31 Jahre) und die Namen der „neuen Führungsmannschaft“ von Haft-Tapeh bekannt wurden, wussten die Beschäftigten von Haft-Tapeh und ihre landesweit aktiven Unterstützer*innen auch etwas Genaueres über die Herren zu berichten: Die Neuen sind „Söhne der ganz oben sitzenden Notabeln“, drei von fünf neuen Vorstandmitgliedern tragen denselben Familiennamen und zwei sind Söhne der Schwester (also die Neffen) eines Würdenträgers. Und noch etwas Wichtiges: Sie sind alle fachfremd, haben mit der Zuckerproduktion nie etwas zu tun gehabt, aber haben erstens vor, die Plantagenfläche unter sich aufzuteilen und zum Verkauf anzubieten, und zweitens wollen sie mittels des millionenschweren Geschäftsabschlusses an mehr Devisenvergünstigungen herankommen! Hier die Namen der fünf neuen „Haft-Tapeh-Aktionäre“: a) Omid Assad-Beygi, früher Gene-

ralbevollmächtigter der Firma Aryak jetzt Hauptaktionär und Generalbevollmächtigter von Haft-Tapeh, b) Mehrdad Rosstami-Chegeni, Vorstandschef von Haft-Tapeh und c) die drei Vorstandsmitglieder Ehsanollah Assad-Beygi, Amir Hossein Assad-Beygi und Siyamak Nassiri-Afshar.

Aufgrund der mehr als fragwürdigen Art der Privatisierung und aufgrund der immer schlechter werdenden Arbeits- und Lebensbedingungen der Belegschaft und ihrer Angehörigen sah sich die Gewerkschaft von Haft Tapeh gezwungen, zum Streik aufzurufen. Dieser Streik sollte nicht nur zu einem der längsten Arbeiterstreiks der letzten 40 Jahre werden. Auf die kettenartigen Proteste der iranischen Werktätigen wird weiter unten kurz einzugehen sein. Doch hier erst kurz einen Blick auf andere Gewerkschaften, die die sozialen Bewegungen dieses Landes entscheidend prägen.

■ **Stahlwerk Ahwaz**

Fast gleichzeitig mit dem Streik von Haft-Tapeh beschloss eine Vollversammlung der Belegschaft des Stahlwerks von Ahwaz (Provinzhauptstadt von Khuzestan) zum Streik aufzurufen. Die 4000 Beschäftigten folgten dem Aufruf. Das Stahlwerk von Ahwaz ist Irans zweitgrößte Industrieanlage ihrer Art. Seit 10 Jahren ist die Fabrik privatisiert und die Beschäftigten leiden extrem unter deren Folgen. Binnen 10 Jahren haben die Besitzer dreimal gewechselt. Die ersten Herren – höhere Kommandeure der Wächterarmee (Pasdaran), die für den Schutz des Regimes zuständig ist – gaben nach verlustreichen Jahren, den Betrieb an ein Bankenkonsortium weiter und die Banken wiederum verkauften die Anlage kurze Zeit später an eine Privatperson. Von dieser Privatperson ist nur so viel bekannt, dass sie neben dem Stahlwerk zusätzlich die iranische Fluglinie „Sagros“ sowie den Fußball-Club von Khuzestan besitzt und Luxushotels auf der Insel Kish (zollfreie „Sonderwirtschaftszone“) betreibt.

Und die Lage der Beschäftigten? Während ihres Streiks, der auch mehrere Wochen dauerte, führten sie in ihren Streikkommuniqués u.a. folgende Punkte aus: „Immer wieder werden die Löhne und Gehälter der Betriebsangehörigen mehrere Monate lang nicht ausgezahlt, der ‚Arbeitgeber‘ versäumt, rechtzeitig die für die Produktion notwendigen Rohstoffe und Materialien zu besorgen, so steht sehr oft ein Teil der Maschinen still, die Hygiene- und Sicherheitseinrichtungen sind in desolatem Zustand, sodass die Gefahr von Infektionen und Unfällen sehr groß ist. Keiner kümmert sich um unsere Renten- und Sozialversicherung und die Löhne sind so niedrig, dass wir angesichts der hohen

Inflation nicht in der Lage sind, uns und unseren Familien ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Deshalb streiken wir!“ Nach mehr als vier Wochen wurde der Streik vom Regime „beendet“, indem es mehr als 40 Streikende – oft nachts in ihren Wohnungen und vor den Augen ihrer Familie – verhaftete. Viele der Festgenommenen sind immer noch in Haft.

Bei einem Blick auf den Zeitraum Dezember 2017 bis November 2019 wäre es nicht übertrieben, zu behaupten, dass in dieser Zeit die kettenartig und kontinuierlich landesweit stattfindenden Arbeitskämpfe und sozialen Bewegungen in Form und Inhalt eine neue Qualität erreichten und die beiden Streiks von Haft-Tapeh und Ahwaz dabei objektiv die führende Rolle übernommen haben. Die Streiks von der Zuckerfabrik Haft-Tapeh und der Metall-Fabrik Ahwaz fanden etwa zwischen Dezember 2019 und Januar 2019 statt und dauerten jeweils mehr als 40 Tage. Nach der gewaltsamen Beendigung der Streiks und den Schauprozessen gegen ihre führenden Köpfe kehrte für einige Monate (Frühling/Sommer 2019) unter erheblichem Druck eine gewisse Ruhe ein.

Doch im Herbst 2019 brachen landesweite Unruhen aus (siehe Extra-Bericht in diesem Heft!). Im November 2019 standen für fast zwei Wochen nicht nur in den Zentren des Landes, sondern in den entlegenen ländlichen Gebieten zehntausende Menschen auf der Straße und forderten das Regime existentiell heraus. Von einigen Analyst*innen wurden die November-Unruhen zurecht als „Aufstand der Hungernden“ bezeichnet. Denn in dem eigentlich reichen Land Iran leben von dem 80 Millionen zählenden Volk laut offiziellen Statistiken zwischen 50 und 60 Millionen – Arbeiter*innen, Lehrer*innen, Rentner*innen, Krankenschwestern/Pfleger*innen – unter dem Existenzminimum.

Zur Vervollständigung der aktuellen Lage der iranischen Gewerkschaftsbewegung ist es hier erforderlich, den Namen und die Bedeutung einer Einzelgewerkschaft kurz zu erwähnen.

■ Vahed

„Die Gewerkschaft der Beschäftigten der Verkehrsbetriebe von Teheran und Umgebung“ (Vahed) wurde im Jahre 1968 gegründet und ist somit eine der ältesten Gewerkschaften Irans seit 1945. Im Jahr 1979 wurde sie aufgrund ihrer Ersetzung durch den vom islamischen Regime geschaffenen „islamischen Arbeitsrat“ praktisch aufgelöst. Erst 2005 wurde sie – den Einmischungs- und Einschüchterungsversuchen des Regimes zum Trotz! – von den Aktivist*innen neu gegründet. Sie ist Mitglied der „In-

ternationalen Transport Workers Federation – ITF). Die Vahed-Gewerkschaft besitzt eine eigene Internet-Seite. Des Weiteren gibt sie eine Monatszeitschrift mit dem Namen Peyk (Bote) heraus. Die Zeitschrift berichtet über die Gewerkschaftsaktivitäten und klärt die beschäftigten und die arbeitslosen Kolleg*innen über ihre Rechte auf. Sie finanziert sich durch Beiträge ihrer 2000 Mitglieder. Die bekanntesten Vahed-Mitglieder sind Ebrahim Madadi, Reza Shahabi und Davood Razavi. Der Kollege Ebrahim Madadi sitzt erneut im Gefängnis und büßt eine fünfjährige Haftstrafe ab, und dem Kollegen Davood Razavi drohen ebenso hohe Gefängnisstrafen, er ist noch „frei“ und wartet auf den neuen Gerichtstermin. Kollege Reza Shahabi hat lange Gefängnisjahre hinter sich und steht unter ständigem Druck der Sicherheitsorgane.

... und der landesweite zivile Ungehorsam

Die Geschichte der gewerkschaftlichen Strukturen von Haft-Tapeh geht auf das Jahr 1974 zurück, nach deren Ersetzung (1979) durch den „islamischen Arbeitsrat“ waren sie über 30 Jahre praktisch nicht existent. 2007 versuchte die Betriebsbelegschaft die Neugründung, was vom Regime untersagt wurde, fünf Gewerkschaftsaktivisten u.a. Ali Nejati wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt, ihnen wurde außerdem für drei Jahre jegliche gewerkschaftliche Tätigkeit verboten. Nur ein Jahr später führte die Belegschaft eine offene Abstimmung über das Schicksal ihrer Gewerkschaft durch, eine Mehrheit von 78 % der Kolleg*innen stimmte für die Gründung ihrer Gewerkschaft. In den letzten 10 Jahren machte sie durch Proteste und Streiks – gegen Entlassungen das Ausbleiben der Löhne und Blanco-Einstellungen der Kolleg*innen (d. h. ohne Vertrag und bei Bezahlung unter Tarif!) – immer wieder auf sich aufmerksam.

Aber erst bei den Kämpfen in der Zeit vom Herbst 2017 bis Ende 2018 erwiesen sich Haft-Tapeh und Ahwaz als Epizentren des sozialen Lebens, das landesweite Auswirkungen hatte.

Während dieser Monate fanden in mehr als 100 Städten Protestaktionen statt, die alle die Misswirtschaft, die Korruption, die Finanzkriminalität auf den höchsten Etagen des Regimes auf der einen Seite und auf der anderen Seite die Arbeitslosigkeit, die Teuerung und die um sich greifende Armut zum Thema hatten.

Die wichtigsten Protestaktionen dieser Zeit

Im Sommer 2018 protestierte in mehreren Wellen die Bauernschaft in Zentraliran (Großraum Isfahan) gegen

Wasserklau und mutwillige Zerstörung der Wasserreservoirs. Im Rahmen einer spekulativen „Bebauungs- und Modernisierungsmaßnahme“ ließ das Regime in einem Zeitraum von ca. 20 Jahren im sowieso wasserarmen Land über 30 kostspielige Staudämme errichten. Dies führte zur Austrocknung von mehreren Flüssen und Seen – und somit zum Ruin von tausenden kleinbäuerlichen Betrieben.

In landesweiten Protestaktionen wie Straßenblockaden und gut organisierten Arbeitsniederlegungen brachten die LKW-Fahrer*innen 2018 mehrmals ihre tiefe Unzufriedenheit zum Ausdruck. Ihre Sprecher*innen erklärten den Grund ihrer Proteste u. a. so: Die Verkehrspolizei sei korrupt, benehme sich wie Wegelagerer und kassiere beliebig hohe Gebühren und Strafen. Die Besorgung von Ersatzteilen für ihre Fahrzeuge zum regulären, offiziell festgelegten Preis sei ein Märchen und in Wirklichkeit nicht möglich. „Für einen Reifen auf dem von privaten Importeuren belieferten Schwarzmarkt müssten wir unser ganzes Jahreseinkommen hinblättern. Dieser Zustand ist nicht länger auszuhalten.“

Die für die Verhältnisse in einem diktatorischen Land gut vernetzte und vom Regime unabhängige „Berufsgenossenschaft/Vereinigung“ der iranischen Lehrer*innen organisierte im vergangenen Jahr mehr als ein Dutzend Mal Streiks, Protestversammlungen und Demonstrationen vor dem Regierungssitz in der Provinz und in der Hauptstadt, ihre Aktionen stießen bei den meisten Schüler*innen auf Verständnis und wurden von ihnen tatkräftig unterstützt. Ihre berufsbezogenen Forderungen in Kurzform: „Die ausgebliebenen Gehälter sollen endlich gezahlt werden. Die Schulen und das Lernmaterial sind in miserablen Zustand. Keine Privatisierung des iranischen Schulwesens!“ Und die wichtigsten Parolen der Lehrer*innen bei ihren Streiks und Demonstrationen: 1.) Der Platz des Lehrers ist nicht im Gefängnis! 2.) Bildung ist keine Ware! 3.) Schulbildung für alle Kinder Irans!

Mitte März 2019 – kurz vor dem Beginn des iranischen Neujahrs (21. März) – rief die Lehrgewerkschaft zum dreitägigen landesweiten Streik auf, der Streik fand auch in den entlegenen Gegenden des Landes statt und ging mit der Erklärung zu Ende: „Unsere Forderungen sind berechtigt, im Interesse der iranischen Jugend und machbar. Wir erwarten, dass die Verantwortlichen darauf eingehen, sonst ist es unser Recht und unsere Pflicht, die iranische Gesellschaft auf die Misere erneut aufmerksam zu machen.“

Auch die iranischen Frauen und die iranische Jugend (Schüler*innen und Studierende) gingen im vergangenen Jahr mehrmals auf die Straße und das medizinische Perso-

nal protestierte mit Blockaden der Krankenhauseingänge und Warnstreiks a) gegen die gnadenlose Ausbeutung des Krankenhauspersonals und b) gegen die Vermarktung des medizinischen Versorgungssystems. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, zum einen auf die sozio-ökonomisch prekäre Lage der iranischen Frauen und zum anderen auf ihre politisch hervorragende Rolle hinzuweisen, die sie bei den sozialen Kämpfen spielen.

In den wichtigsten dienstleistenden Berufszweigen wie Lehrer*innen und Pfleger*innen sind sie mit einer enorm hohen Zahl präsent und dank ihrer guten Ausbildung in entscheidenden Positionen dieser Berufe tätig. Dementsprechend sind sie an allen Kämpfen und Streiks führend beteiligt. Außerdem sind sie als Frauen in dem System der islamischen Republik zusätzlichen Benachteiligungen ausgesetzt. Nach der „islamischen Rechtsprechung“ sind sie in der Familie als Tochter dem Willen des Vaters und als Ehefrau dem des Ehemannes untergeordnet. Sie erben halb so viel wie ihre männlichen Geschwister und vor Gericht ist ihre Stimme halb so viel wert wie die eines Mannes. Und in der Öffentlichkeit haben sie strenge Kleidungsvorschriften zu befolgen.

Seit dem Bestehen der islamischen Republik führen die iranischen Frauen einen unermüdlichen Kampf gegen die ungerechten und frauenfeindlichen Bestimmungen – sie gehen große Risiken ein und zahlen dafür einen hohen Preis. Gerade in den letzten Monaten bereicherten phantasievolle Aktionen der iranischen Frauen die laufenden Massenproteste. Besonders in den Sommermonaten (2019) stellten sich junge Frauen immer wieder an den Verkehrsknotenpunkten der Großstädte auf provisorisch hingestellte Podeste, nahmen ihr Kopftuch als Zeichen ihres Protestes ab, befestigten es an einem Stück Holz und schwenkten es wie eine Fahne hin und her. Sie harrten solange aus, bis weibliche und männliche „Sittenwächter“ auftauchten, sie verhafteten und ins Gefängnis steckten. Viele von ihnen sitzen noch im Gefängnis oder warten auf ihren Prozess. Diese jungen Frauen genießen in der iranischen Gesellschaft viel Sympathie und Respekt und werden liebevoll als „Töchter der Revolution“ bezeichnet.

Die Lehren von Haft-Tapeh u. Ahwaz

Gerade im Herbst und Winter 2018/2019, als die unruhige Zeit ihren Höhepunkt erreichte, konnten die Rufe und Parolen der Streikenden von Haft-Tapeh und Ahwaz auch über die Werkstore hinaus auf die Straßen getragen werden. Für mehrere Wochen hielten die Streikenden täglich erst eine Vollversammlung vor dem Betriebsgelände ab,

zogen dann durch die Straßen der Stadt und erklärten der Bevölkerung laut und deutlich die Gründe ihrer Streiks und was sie forderten. Ihren Erklärungen, die nach und nach im ganzen Land in aller Munde waren, konnten u. a. Folgendes entnommen werden: die Privatisierung ihrer Betriebe widerspreche sogar den von der Regierung selbst festgelegten Normen und Vorschriften, seien deshalb illegal und müssten rückgängig gemacht werden. Die „neuen Besitzer“ seien Söhne der Herren von ganz oben, sie seien unqualifiziert und unfähig und nur mit dem Stehlen des Betriebseigentums beschäftigt. Außerdem seien staatliche Einrichtungen Volkseigentum, also müsse das Volk mitentscheiden, was damit geschehe. Diese Taktik der Streikleitung erwies sich als wirkungsvoll. Immer mehr Menschen aus der Stadtbevölkerung marschierten mit den Streikenden, ihre Forderungen verbreiteten sich rasch und stießen in der Provinz Khuzestan und bald im ganzen Land auf offene Ohren.

Das Dramatische in der iranischen Gesellschaft ist, dass nicht nur die Arbeiterinnen und Arbeiter unter wirtschaftlicher Not und politischem Druck leiden, dass nicht nur die Jugend und die Frauen immer wieder wegen Chancenlosigkeit und der in der Verfassung verankerten Benachteiligung ihren Unmut und Zorn zum Ausdruck bringen. Die iranischen Rentner*innen und Pensionär*innen stellen inzwischen einen beachtlichen Teil des Unzufriedenheitspotentials des Landes dar. Weil sie im „Versorgungssystem“ des Regimes besonders vernachlässigt werden, haben sie längst ihre eigenen, vom Regime unabhängigen Verbände und Vereinigungen gegründet, gehen notgedrungen öfter, als ihnen lieb ist, auf die Straße und werfen den staatlichen Organen Ineffizienz, Korruption und Vetternwirtschaft vor. Auf ihren Plakaten machen sie das mit solchen oder ähnlichen Parolen deutlich: Nach mehr als 30-40jährigem Berufsleben ist es menschenunwürdig unter dem Existenzminimum zu leben. Die bescheidenen Renten und Pensionen werden meist Monate zurückgehalten und nicht ausgezahlt.

So bildete sich während der Streikwochen eine breite Unterstützungsfrente heraus und agierte landesweit: Junge, Alte, Frauen, Beschäftigte, Erwerbslose, Anwält*innen, Hochschuldozent*innen (bei den beiden letztgenannten Berufsgruppen oft mit Namen und Unterschrift!). Die Anwält*innen erklärten offen, dass die Streikforderungen berechtigt seien, Hochschuldozent*innen veröffentlichten Analysen und Argumente dafür, dass die Übergabeverfahren nicht im Sinne der Firmensanierung sind, nicht der Stärkung der Wirtschaftskraft dienen und nicht im

Interesse der dort Beschäftigten geplant und durchgeführt werden, sondern in erster Linie der unproduktiven Art der Gewinnsteigerung der Elite dienen.

Wie so oft in den letzten 40 Jahren seiner Herrschaft ignorierte das islamische Regime alle Kritik und Warnrufe und reagierte mit massiver Repression, die in eine Welle von Verhaftungen der Streikaktivist*innen und ihrer Unterstützer*innen mündete.

In Haft-Tapeh wurden mehr als 20 Kolleg*innen verhaftet, einige wurden freigelassen, einige sind noch in Haft, hier als Beispiel drei Namen: Esmail Bakhshi, der Sprecher und die führende Persönlichkeit des Streiks, wird weiter gefangen gehalten, Ali Nejati, Gründungsmitglied der Haft-Tapeh-Gewerkschaft, seit Jahren mit schwerem Herzleiden in Rente, wurde verhaftet, ist immer noch in Haft und bekommt keine medizinische Versorgung, Sepideh Gholyan, Studentin, war während des Streiks in Haft-Tapeh, berichtete dort als Journalistin über den Streik, wurde nachts zuhause überfallen, vor den Augen ihrer Familie misshandelt und verschleppt und sitzt immer noch im Gefängnis.

Beim Stahlwerk Ahwaz sind von den verhafteten Kollegen immer noch viele im Gefängnis, einige der Streikenden wurden fristlos entlassen und bekamen für mehrere Jahre Einstellungs- und Berufsverbot.

Nach der gewaltsamen Beendigung des Streiks und „Befriedung“ der Betriebe wird nun landesweit Jagd auf Menschen gemacht, die sich der Unterstützung des Streiks verdächtig gemacht haben. Zum Beispiel wurden Elnaz Alayari und Amir Hossein Mohammadi sowie Amir Amirgholi als Mitglieder der Redaktion der Zeitschrift *Gâm* (Schritt) verhaftet und sitzen immer noch im Gefängnis, weil sie über die Streiks von Haft-Tapeh und Ahwaz berichtet haben.

Neben den wegen der aktuellen Streikbewegung im Gefängnis sitzenden Kolleg*innen befinden sich Hunderte weitere iranische Arbeiter*innen, Lehrer*innen, Studierende, Frauen-, Umwelt- und Menschenrechtsaktivist*innen in Haft- (Siehe Amnesty Bericht 2018).

Dezember 2019



ERKLÄRUNG DER 46

Der folgende Text ist die Gemeinsame Erklärung von 46 iranischen sowie internationalen zivilgesellschaftlichen Vereinigungen und Menschenrechtsorganisationen von Asien, Afrika, Osteuropa, Eurasien und dem Nahen und Mittleren Osten zur Verteidigung der Freiheit von friedlichen Versammlungen und zur Verurteilung der brutalen Aggression der Regierung gegen die Teilnehmer*innen der aktuellen Proteste. **Akhbar-rooz.com**

Die iranischen Behörden sollen der Aggression gegen die Protestierenden im ganzen Land ein Ende setzen!

Die ausgedehnten Proteste im Iran fingen ab dem 15. November 2019 an. Anlass war die Erhöhung der Benzinpreise um das Dreifache. Die Protestierenden forderten eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und zwar in einer Zeit, in der Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ungleichheit sowie die alle Lebensbereiche umfassende Korruption das Land im Griff halten. Auf Grund vorliegender Berichte fanden Protestaktionen an mehr als 500 Orten, in 120 Städten in 28 Provinzen statt, u.a. in Esfahan, Teheran, Shiraz und Täbriz. Sie gehören zu den größten Massenerhebungen der letzten 30 Jahre.

Die Militär- und Sicherheitskräfte begegneten diesen Protesten mit brutalster Aggression. Laut Berichten wurden bis zum 02.12.2019 mindestens 208 getötete Protestierende gezählt. Es gibt aber auch Quellen, die von einer viel höheren Zahl getöteter Protestierender ausgehen.

Die neuen Proteste formierten sich in einer Zeit, in der eine Welle von Einschränkungen und Zensurmaßnahmen der iranischen Behörden die sozialen Medien überrollten und die iranische Gesellschaft einer zügellosen Unterdrückung ausgesetzt war. Im vergangenen Jahr hatten die iranischen Sicherheitsorgane eine große Zahl von Umweltaktivist*innen, Kämpfer*innen der Frauenbewegung, Aktivist*innen der Zivilgesellschaft – insbesondere Mitglieder der Vereinigungen und Organisationen der Arbeiter*innen und der Lehrer*innen – sowie

Menschenrechtsaktivist*innen wegen Gründung von und Mitgliedschaft in solchen Organisationen (was ja zu ihren verbrieften Grundrechten gehört) verfolgt, verhaftet und auf unterschiedlichste Art und Weise ermordet. Auffallend ist gleichzeitig, dass die verantwortlichen Stellen der islamischen Republik bis heute wegen der Verletzung der Menschenrechte nie belangt werden und immer verschont bleiben; sie setzen die mannigfaltigsten Methoden ein, um die Stimmen des Protests zum Schweigen zu bringen. Auf Grund vorliegender Berichte haben die eingesetzten Einheiten der Militärs und der Polizei auf die Protestierenden scharf geschossen und Hunderte von ihnen verwundet. Die offiziellen iranischen Stellen selbst berichten von 7000 Verhaftungen. Die Regierung warnt die Iraner*innen dieser Tage per SMS vor den Folgen einer Teilnahme an Protestaktionen. Weiter ist eine erhebliche Zahl solcher Menschen, die an Protestaktionen teilgenommen hatten, von den Behörden vorgeladen worden, in den dafür vorgesehenen Zentren zu erscheinen, um über die Einzelheiten ihrer Teilnahme an den Protesten auszusagen.

Da der iranische Sicherheitsrat (Shark) während der Proteste zwischen dem 16.11.2019 und dem 21.11.2019 den Internetzugang massiv eingeschränkt hatte, sperrte er 95% der Iraner*innen vom Internet aus. So hatten sie auf dem Höhepunkt der Proteste nur im national zugelassenen Internet und auf intern genehmten Internetportalen sehr begrenzte Kommunikationsmöglichkeiten.

Unter solchen Umständen wurde es der internationalen Gemeinschaft unmöglich gemacht, an ungefilterte Nachrichten über Proteste zu gelangen. Darüber hinaus blieben die operierenden Sicherheitsorgane davon verschont, unangenehme Fragen zu beantworten.

Mit dem Beginn der sozialen Proteste wurden die Unterdrückungsmaßnahmen wie willkürliche Festnahmen und Tötungen von Tag zu Tag härter und brutaler. Besonders dann, als der Führer der islamischen Republik Ayatollah Khamenei grünes Licht für ein gnadenloses Vorgehen gegen die Proteste signalisierte.

Angesichts dieser gefährlichen und beängstigenden Verhältnisse wenden wir – die unterzeichnenden Vereinigungen und Organisationen dieser Erklärung – uns an die iranische Regierung mit folgenden Forderungen:

- Sofortige Freilassung aller verhafteten Protestierenden sowie der zivilgesellschaftlichen Aktivist*innen. Anerkennung und Respektierung des Rechts auf Versammlungsfreiheit, sowie des Rechts auf die Gründung und freie Aktivität bei Vereinigungen gemäß der Erklärung

der Menschenrechte der UNO und internationalen Vereinbarungen (ICCPR), der Deklaration der Stiftung der Verteidiger der Menschenrechte und der Beschlüsse 27/31, 27/5, 22./6 der Menschenrechtskommission dieser Organisation.

■ Sofortige Beendigung der brutalen Unterdrückung der Protestierenden mit der Zusicherung, dass die iranischen Sicherheitskräfte sich bei ihrem Einsatz gemäß den Richtlinien der Menschenrechte der UNO verhalten und die Normen der international anerkannten Menschenrechte respektieren.

■ Wir fordern, dass die Hintermänner und Vollstrecker der Tötung der Protestierenden vor ordentliche Gerichte gestellt und entsprechend verurteilt werden.

■ Der Internetzugang für alle Iraner*innen muss gewährleistet sein und der freie Informationsaustausch zwischen Iran und dem Rest der Welt muss sobald wie möglich wiederhergestellt werden.

Unterschriftenliste der zivilen Vereinigungen und Menschenrechtsorganisationen

1. Freiwillige Aktivist*innen
2. CIVICUS : World Alliance for Citizen Participation
3. Abdul Rahman Brumand-Stiftung für Menschenrechte im Iran¹
4. Gulf Centre for Human Rights (GCHR)
5. The World Movement for Democracy
6. Cultura Democratica AC (Argentina)
7. Centro para la Apertura y el Desarrollo de América Latina (CADAL)
8. Menschenrechtskampagne im Iran
9. World Youth Movement For Democracy
10. Vereinigte Menschenrechtsaktivist*innen im Iran
11. Kurdistan Human Rights-Geneva (KMMK-G)
12. Kazakhstan International Bureau for Human Rights and Rule of Law
13. Andalus Institute for Tolerance and anti-Violence Studies (Egypt and the MENA region)
14. Siyamak-Poorzand-Stiftung*
15. Vereinigung der Verteidiger*innen der Menschenrechte im Iran
16. Einheit für den Iran
17. Zentrum der Menschenrechtsurkunden Irans
18. Women's Learning Partnership
19. Freedom House
20. Asia Democracy Network (ADN)
21. Ensemble Contre la Peine de Mort (ECPM)
22. Organisation der Menschenrechte im Iran

23. You for Democracy (Tbilisi-based NGO)
24. Die Dritte Arena²
25. Menschenrechtsnetzwerk Kurdistan
26. World Organisation Against Torture (OMCT)
27. Menschenrechtsgruppe Belutschistan
28. Kampagne der Belutschistan-Aktivist*innen
29. Legal Resources Centre from Moldova
30. Metro Center For Journalists Rights & Advocacy (Iraqi Kurdistan Region)
31. Educational Society for Malopolska (MTO) (Poland)
32. Inpact Iran
33. Pan African Human Rights Defenders Network
34. DefendDefenders (East & Horn of Africa Human Rights Defenders Project)
35. Joopi-Stiftung
36. Institut der Fähigen
37. Alle Menschenrecht für alle im Iran
38. Vereinigung zur Verteidigung der Menschenrechte der Azerbeidschaner im Iran
39. Hromadske Radio (Ukraine)
40. Human Rights Watch
41. SURSUM CORDA Association ("Hearts Up"-Poland)
42. Boris Nemstov Foundation for Freedom (Russia)
43. Forum 2000 (Czech Republic)
44. Article 20 Network
45. Minority Rights Group International (MRG)
46. Free Russia Foundation

04.12.2019

Quelle: <https://www.akhbar-rooz.com/>

1 Anmerkung der Redaktion: Die Personennamen unter den Punkten 3 und 14 sind ermordete und verstorbene Oppositionelle im Iran.

2 Die Namen unter den Punkten 24, 32, 35 und 36 haben sich Gruppen gegeben, die im Iran nur unter konspirativen Bedingungen aktiv sein können.

SOLIDARITÄT MIT DER REVOLTE DES VOLKES IM IRAN

Seit dem 15. November sind Tausende Iraner*innen auf den Straßen. In Reaktion auf die Spritpreiserhöhung um 300 %, was einen Anstieg aller Preise zur Folge hat, demonstrieren sie gegen das Regime. Seit über einem Jahr ist die iranische Währung mehrfach abgewertet worden. Die Kaufkraft der Bevölkerung befindet sich in freiem Fall.

Am 16. November hat das Regime das Internet abgeschaltet. Die Bevölkerung wurde so vom Rest der Welt isoliert. Die Informationen aus dem Iran sind eingeschränkt. Auf diese Weise versucht Teheran, den Aufruhr, der durch das Land braust, zu vertuschen.

Amnesty International berichtet, dass die brutale Repression gegen die Demonstrierenden in über zwanzig Städten mindestens 143 Todesopfer forderte: darunter 40 in der Provinz Chuzestan (wo es eine starke arabische Minderheit gibt), 34 in Kermanshah (mit hohem kurdischem Bevölkerungsanteil) und 20 in der Region Teheran.

Die meisten der von den Sicherheitskräften Erschossenen sind junge Menschen. Sie wurden am Kopf oder in die Brust getroffen. Darüber hinaus wurden Tausende inhaftiert. Die Zahlen steigen schnell.

Den berechtigten wirtschaftlichen und demokratischen Forderungen begegnet das Regime mit äußerster Härte. Es droht damit, den Volkswiderstand in einem Blutbad zu ertränken. Auch die Bewegung der Frauen gegen das Kopftuchtragen war unterdrückt worden.

Mehr denn je kommt es heute auf die Solidarität mit den seit Jahren anhaltenden Kämpfen im Iran an:

- gegen die steigenden Lebenshaltungskosten, die Erwerbslosigkeit und die Korruption;
- für die Meinungs- und Organisationsfreiheit;
- für die Frauenrechte, u. a. für die Abschaffung der Kopftuchpflicht;
- für die Abschaffung der Todesstrafe (die heute vor allem bei Homosexuellen und Regimekritikern angewandt wird);

- für die Freilassung der politischen Gefangenen;
- für Gewerkschaftsfreiheit und die Freilassung inhaftierter Gewerkschafter*innen.

Paris, den 26. November 2019

*Confédération française démocratique du travail
Confédération générale du travail
Fédération syndicale unitaire
Union syndicale Solidaires
Union nationale des syndicats autonomes*

NEUE KRISE FÜR DAS REGIME

In einem verzweifelten Versuch, Proteste zu unterdrücken, hat Teheran das Internet blockiert. **Yasmine Mather**

In den vergangenen fünf Tagen haben Tausende Iraner*innen gegen den Anstieg des Ölpreises protestiert, nachdem das „Wirtschaftskordinierungskomitee“ des Landes in einem offiziellen Statement folgende Beschränkungen bekanntgab: Jeder Kraftfahrzeugführer darf pro Monat 60 Liter Benzin zu 15 000 Rial/Liter (1,17 €/l) tanken, jeder zusätzliche Liter kostet ihn danach jedoch 30 000 Rial. Diese Ankündigung war ein Schock für iranische Autofahrer*innen, die bis zu dieser Woche bis zu 250 Liter Benzin zu 10 000 Rial/Liter erwerben konnten.

Laut Aussage der Regierung würden die durch Benzin generierten Steuern als Barauszahlungen für einkommensschwache Haushalte genutzt. Der iranische Präsident, Hassan Rouhani, erklärte am 16. November, dass 75 % der Bevölkerung aktuell „unter Druck“ wären und die zusätzlichen, durch den Anstieg des Benzinpreises erzielten Einnahmen nicht etwa in die Staatskasse flössen, sondern dieser Bevölkerungsgruppe zugutekämen.

Allerdings bestand da von Anfang an ein Problem: Niemand glaubt Aussagen, laut denen sozial benachteiligten Menschen geholfen werden soll, wenn sie von einer Regierung geäußert werden, die sich auf ein von Korruption und Vetternwirtschaft zerfressenes System stützt. Täg-

lich leiden Iraner*innen aufgrund einer Kombination von Sanktionen und wirtschaftlichem Missmanagement unter einem Mangel an Nahrung, Medizin und grundlegenden Gütern, sie hören von multimilliardenschweren Korruptionen und von Geld, das skrupellose Kapitalisten außer Landes schaffen – viele von Letzteren enge Verbündete der einen oder anderen Fraktion des Regimes.

Sowohl der iranische Ölminister als auch der Botschafter des Irans in Großbritannien behaupteten, dass die Maßnahmen von Vorteil für „die Umwelt“ seien. Doch auch wenn der dichte Verkehr im Iran zweifellos stark zur Umweltverschmutzung beiträgt, wer will solchen Behauptungen Glauben schenken, wenn sie von einer Regierung kommen, die bezüglich atomarem Abfall und atomarer Strahlung keine verantwortungsbewusste Position bezieht? Eine Regierung, deren mangelnde Umweltpolitik dem Süden des Landes katastrophale Wetterbedingungen beschert hat? Eine Regierung, die untätig zusieht, wie große Seen austrocknen [das Drama der Seen im Südosten: Urmia, Bachtegan, Maharlu, Hamun], weil Flusswasser zum höchsten Bieter umgeleitet wird?

Neoliberalismus

Natürlich sind auch die Auswirkungen der von den USA über den Iran verhängten Sanktionen, dem daraus folgenden Rückgang der iranischen Ölexporte und dem Wertverlust der iranischen Währung nicht zu unterschätzen.

Laut IWF dürfte die iranische Wirtschaft in diesem Jahr aufgrund von Sanktionen um 9,5 % schrumpfen. Allerdings darf man dabei nicht vergessen, dass mehrere aufeinander folgende Regierungen des Irans absolut Willens waren, sich jedem Diktat des IFWs und des weltumspannenden Kapitals zu unterwerfen. Etwas früher in diesem Jahr erhielten Hunderttausende Iraner folgende, von staatlichen Behörden herausgegebene Mitteilung: „Sehr geehrter Haushaltsvorstand, Ihre Zuschüsse wurden gestrichen.“

Diese Nachricht bezog sich auf die von der Regierung vielen Familien in bar ausgezahlten monatlichen finanziellen Beihilfen. Die Regierung erklärt nun, dass sie in Zukunft sämtliche Einkommen und Vermögenswerte eines Haushalts sowie dessen Möglichkeiten, Geld auszugeben, wie etwa in Form von unternommenen Auslandsreisen, berücksichtigen werde, um festzustellen, ob ein Haushalt für derartige Zuschüsse noch immer in Betracht kommt.

Die Wirtschaftsberater der Regierung, hauptsächlich begeisterte Anhänger des neoliberalen Kapitalismus, argumentierten, dass diese praktisch flächendeckend verteilten

Almosen kein optimales Sicherheitsnetz für einkommensschwache Familien darstellten. Im Februar 2018 verkündete Ali Larijani, Sprecher des iranischen Parlaments (Madschles), dass Ali Chamenei [Ajatollah und oberster islamischer Religionsführer] persönlich „strukturelle Reformen“ für den iranischen Staatshaushalt gefordert hätte. Und auch hier ist wieder deutlich ein Widerspruch zu erkennen, indem das gesamte Regime (einschließlich all seiner Fraktionen) einerseits das Diktat des globalen Kapitalismus hinsichtlich Wirtschaftsfragen brav befolgt, während es andererseits gebetsmühlenartig antiamerikanische Slogans wiederholt.

Teile der iranischen Opposition wiederum beweisen ungläubliche Dummheit und Ignoranz, indem sie westliche Regierungen und Menschenrechtsorganisationen auffordern, die Demonstrierenden im Iran zu unterstützen. Ihnen scheinen einige Fakten nicht klar zu sein:

Es handelt sich hier zum großen Teil um wirtschaftliche Proteste, die nur aufgrund der gewalttätigen Reaktion des iranischen Staates politisch geworden sind.

Vom Westen verhängte Sanktionen sind zu einem großen Teil schuld an der Verarmung der einfachen Iraner*innen; Regierungsbeamten nahestehende Personen haben von diesen Sanktionen hingegen oftmals profitiert.

Iranische Regierungen („reformistische“ genauso wie konservative), die jedes Diktat von IWF und Weltbank bis aufs i-Tüpfelchen befolgten, wurden eine nach der anderen angewiesen, Subventionen abzuschaffen, damit sie als wahre Fahnenträger für eine neoliberale Wirtschaft anerkannt werden könnten.

In Anbetracht dieser Tatsachen kann niemand ernsthaft glauben, dass sich diese Regierungen und ihre „Menschenrechtsorganisationen“ auch nur im Geringsten Gedanken darüber machen, dass unschuldige Iraner*innen getötet werden. Wer heckte denn wohl als Erster das Konzept der Abschaffung staatlicher Zuschüsse aus? Wurden von diesen Regierungen und „Menschenrechtsorganisationen“ überhaupt irgendwo auf dieser Welt jene Menschen unterstützt, die ob der von der Abschaffung der Zuschüsse ausgelösten wirtschaftlichen Not auf die Straße gingen?

Die harsche Wirklichkeit sieht so aus, dass die meisten Iraner*innen nicht mit ihrem Geld über die Runden kommen. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu und Universitätsabsolvent*innen können keine Arbeit finden, die ihren Qualifikationen entspricht – viele von ihnen haben drei oder vier befristete Arbeitsstellen im Niedriglohnssektor, zu denen oftmals auch Jobs wie das Taxifahren à la Uber gehören. Es ist ganz klar, dass die Erhöhung der

Benzinpreise gerade auch für sie erhebliche Auswirkungen haben wird. Zurzeit kostet ein Barrel Rohöl 62 \$ [auf dem Weltmarkt], und obwohl der Iran einer der größten Ölproduzenten weltweit ist, verfügt er nur über eine begrenzte Kapazität in puncto Raffinerien. Darüber hinaus ist es aufgrund der Sanktionen sehr schwierig, für Ölanlagen Ersatzteile zu bekommen.

Nun mag das Haushaltsdefizit der Rouhani-Regierung zwar wirklich wenig Spielraum gelassen haben, aber selbst unter diesen Umständen musste die Ankündigung einer solch drastischen Erhöhung des Benzinpreises zwangsläufig zu Protesten führen – und ganz offensichtlich hatten der Staat und seine Sicherheitskräfte schon im Voraus Vorbereitungen für die unvermeidlichen Demonstrationen usw. getroffen.

Internet

Am 16. November hatten Iraner*innen bereits hunderte Videos von den Protesten hochgeladen, von Autos, die Straßen blockierten, bis hin zu Demonstrant*innen, die Slogans skandierten und Bilder von Chamenei verbrannten. Am folgenden Morgen versuchte die Regierung, das Internet abzuschalten, was ihr aber nicht komplett gelang. Am 19. November schließlich, 65 Stunden, nachdem die Abschaltung angeordnet wurde, wurden die letzten noch verbliebenen Netzwerke blockiert, und die Verbindung mit der Außenwelt verringerte sich weiter, bis sie nur noch etwa 4 % betrug.

Die Unfähigkeit der iranischen Regierung, das Internet komplett abzuschalten, hat ein paar wichtige Fragen aufgeworfen. Ganz allgemein gesprochen brauchen Regierungen für solche Aktionen die Hilfe von Internetdienstleistern (ISPs), und einige Länder, wie z. B. China, die eine sehr starke Kontrolle über die ISPs ausüben, schalten das Internet in diversen Regionen regelmäßig ab.

Wenn eine Regierung ISPs befiehlt, ihre Dienste zu deaktivieren, kann diese Internet-Abschaltung auf mehrere Arten geschehen. ISPs können Geräte wie Router und Server herunterfahren oder vom Netz nehmen oder sie können das Internet-Domainnamensystem (DNS) ändern, in dem die IP-Adressen verwaltet werden. Dieser sogenannte „Digital-Kill“ kann dazu dienen, ausgewählte Regierungsdienste offenzuhalten.

Jedes Gerät im Internet, einschließlich Servern für Websites und soziale Medien, hat eine IP-Adresse, und das DNS fungiert quasi als Straßenkarte, auf der mit Hilfe der Adresse ein bestimmter Standort gefunden wird. Wenn ein User auf eine Website zugreifen will, wird das, was der

Nutzer bzw. die Nutzerin in den Web-Browser seines/ihrer Computers eingegeben hat, in die für Maschinen verständliche Adresse übersetzt, die für den Zugriff auf die gewünschte Website nötig ist. Wenn ein ISP oder eine Regierung nun diese Straßenkarte stoppt, wird damit ganz einfach verhindert, dass das Internet Adressen finden kann.

Es ist also wichtig, aus der Art, wie die iranische Regierung versucht hat, das Internet abzuhängen, Lehren zu ziehen. Viele linksgerichtete Aktivist*innen hegen Illusionen, was die Mobilisierungsmacht sozialer Medien anbelangt. Uns muss jedoch klar sein, dass, wenn und falls ein Staat es für nötig erachtet, zu verhindern, dass Linke sich per soziale Medien oder E-Mail organisieren, es für Regierungen in fortschrittlichen kapitalistischen Ländern ein Leichtes ist, genau das zu tun, und zwar sogar außerhalb ihrer Staatsgrenzen.

Es steht außer Zweifel, dass die aktuellen Proteste weite Kreise ziehen, und allen Berichten zufolge kommen die meisten Demonstrant*innen aus den ärmeren Teilen der Gesellschaft. Trotz der Abschaltung des Internetzugangs habe ich Videos von Demonstrationen in mehreren Städten gesehen. Überraschenderweise gab es aber nur wenige Berichte über Proteste in Teheran, obwohl Kleinstädte im Umland der Hauptstadt Schauplatz gewalttätiger Zusammenstöße waren. Videos, die in sozialen Medien gepostet wurden, lassen vermuten, dass seit dem 16. November bis zu 200 Demonstranten getötet wurden.

Die Abteilung für Sicherheit des iranischen Innenministeriums beschuldigte einige Internet-User, Gerüchte und Lügen über die Proteste zu verbreiten. Am 18. November behauptete Rouhani, dass es nur einige wenige Demonstrationen gegeben hätte – was eindeutig eine Lüge ist. Darüber hinaus warnte er Autofahrer, die große Straßen blockiert hatten, dass Material von Überwachungskameras verwendet würde, um sie strafrechtlich zu verfolgen.

Als die ersten Videos von Demonstrationen erschienen, erklärten Chamenei-Unterstützer aus den Reihen der konservativen Fraktionen des Regimes, dass Chameneis Wunsch, die Atomwaffenverhandlungen mit den USA wieder aufzunehmen, der Grund für die von der Rouhani-Regierung gestartete „unklugen“ Initiative gewesen sei – angeblich hätte Ali Chamenei keinerlei Kenntnis von den jüngsten Entwicklungen gehabt. Behauptungen zufolge soll Hassan Rouhani gehofft haben, dass die Proteste zeigten, wie Sanktionen die Wirtschaft schädigten, und dass sie den obersten Führer ermutigen würden, das Gespräch mit den USA und deren Verbündeten zu suchen.

Derartige Behauptungen wurden am Morgen des 17. November widerlegt, als Chamenei in einer Fernsehansprache seine Unterstützung für den Anstieg des Benzinpreises bestätigte. Er erklärte, dass die meisten Iraner*innen im Vergleich mit anderen Völkern der Region ein „komfortables Leben“ führten. Natürlich ist es schwierig zu begreifen, was Chamenei mit „komfortables Leben“ meinte. Diese Aussage gab jedoch zu Spekulationen Anlass, dass er den Iran mit Syrien verglich und dass dies eine (nicht sehr verschleierte) Drohung war, dass der Notstand ausgerufen und damit für die Revolutionsgarden der Weg zur Macht bereitet würde.

Amerikanische Reaktion

Amos Harel, ein Journalist, der für die *Haaretz* schreibt, stellte, wie auch eine ganze Anzahl anderer Kommentatoren, die folgende Frage: „Die Proteste im Iran sind doch genau das, was Trump will. Warum also schweigt er jetzt?“

Amos zufolge scheint die Trump-Regierung zumindest im Augenblick das Interesse an der Situation verloren zu haben. Der Präsident ist viel mehr damit beschäftigt, Tweets gegen die Demokraten abzusetzen, die dabei sind, ein Amtsenthebungsverfahren gegen ihn auf den Weg zu bringen, weshalb er für Angelegenheiten, die den Iran betreffen, schlichtweg keine Zeit mehr hat.

Das bedeutet jedoch nicht, dass Unterstützer*innen eines Regimewechsels nach US-Manier im Iran die Füße stillgehalten hätten.

Sogenannte „Experten“ haben in von Saudiarabien, den USA und Israel finanzierten Fernsehsendern endlos Kommentare dazu abgegeben. Ihren Kommentaren zuzuhören ist, als ob man Gras beim Wachsen zusieht. Sie verfügen über keinerlei echte Informationen bezüglich dessen, was im Iran tatsächlich vor sich geht. Sie wiederholen einfach nur ständig ihre irrelevanten, überholten Ansichten und unterstützen weiterhin nicht nur Sanktionen, sondern, wie im Fall verbohrt Royalisten, auch einen Krieg gegen den Iran, so, als ob die Sanktionen für die verheerende Wirtschaftssituation, die zu steigender Armut und Elend geführt hat, keinerlei Rolle gespielt hätten.

Wie ich bereits sagte, gibt es Hunderte von Videos über die Proteste im Iran, die zeigen, wie Menschen „Tod für Chamenei“ rufen, und Videos, auf denen Sicherheitskräfte das Feuer auf Demonstrant*innen eröffnen. Aber ich habe nur ein einziges Video gesehen, in dem Menschen Pro-Schah-Slogans rufen. In dem Video sind ca. 20 Leute zu sehen, die nicht gerade sehr enthusiastisch wirken – man könnte fast meinen, diese Menschen wären dafür bezahlt

worden. Und keiner der Umstehenden stimmt in diese Slogans ein. Es ist alles äußerst bizarr. Die Royalisten posteten dieses eine Video jedoch immer und immer wieder und tun so, als ob viele Demonstrationen für den Schah stattfinden würden.

Halten sie die Leute wirklich für so dumm? Mal von allem anderen abgesehen, ist ihnen denn nicht klar, dass sie, die Anhänger eines „Regimewechsels von oben“, von den Menschen als die Schuldigen angesehen werden, die bestehende Sanktionen unterstützen und nach noch mehr Sanktionen rufen? Die deswegen genauso verhasst sind wie Rouhani und der Rest des Regimes?

Gegenwärtig ist es schwierig vorherzusagen, was mit diesen landesweiten Protesten passieren wird. Falls die iranische Regierung gehofft hat, dass eine Zensur in Form der Behinderung des Internets eine Ausbreitung der Aufstände verhindern würde, dann wurde sie bereits eines Besseren belehrt. Falls sich jedoch andererseits CIA-Agenten unter jene gemischt haben, die „friedliche Proteste“ in Gewalt und Zerstörung umschlagen lassen, könnte sich der Iran auf einen Bürgerkrieg zubewegen – ein Krieg zwischen dem islamischen Regime und reaktionären Kräften [Kräfte, die sich auf das alte Schah-Regime beziehen sowie deren Verbündete], in den dann auch echte Demonstrant*innen gegen das Regime hineingezogen würden.

aus *Weekly Worker* vom 23. November 2019

■ Übersetzung: Antje Hink



SOLIDARITÄT MIT DEM VOLKSAUFSTAND IN CHILE

Erklärung des Büros der Vierten Internationale

Seit dem 18. Oktober erleben wir die stärkste Erhebung des Volkes seit der Zeit der Unidad Popular (Volkseinheit) in Chile (1970–1973). Im Kontext großer Bewegungen gegen Neoliberalismus, Autoritarismus und Korruption weltweit – in den letzten Monaten Aufstände in Frankreich, Puerto Rico, Hongkong, Libanon, Chile, Ecuador, Honduras, Nicaragua, Haiti, Irak, Sudan und Algerien – ist der chilenische Volksaufstand von enormer Bedeutung und Symbolik.

Die brutale Repression der Piñera-Regierung, die auf Ausnahmezustand und Ausgangssperre basiert, sowie die Mobilisierung der Armee mit Techniken, die an die des Pinochet-Regimes erinnern, haben die Mobilisierung nicht gestoppt, sondern weiter genährt und die Empörung im Land und die Isolation der Regierung verallgemeinert. Zusammen mit dem Sieg der Volksmobilisierung unter Führung der indigenen Völker vor wenigen Wochen in Ecuador stellt die chilenische Erhebung Lateinamerika erneut an die Spitze der Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus.

Die zentrale Rolle der Jugend bei der Auslösung der Bewegung

Die Bewegung begann als Reaktion auf die Erhöhung des U-Bahn-Tarifs durch die rechte Regierung von Präsident Sebastián Piñera am 4. Oktober. Am 7. Oktober mobilisierten die Oberschüler*innen unter dem Motto „Evadir, no pagar, otra forma de luchar“ ([Schranken] überspringen, nicht zahlen – eine andere Art zu kämpfen“) und fuhrten, ohne zu bezahlen. Diese Ausdrucksform der Rebellion hat nach Jahren sozialer Unruhen, aber auch der Resignation und Depression bei Teilen der Bevölkerung, den Funken an die Zündschnur gelegt. Das „despertamos“ („wir wachen auf“) ist einer der präsentesten Slogans in den Mobilisierungen. Einen besonderen Hinweis verdient die Tatsache, dass die Kämpfe der Schüler*innen – insbesondere die Kämpfe, die 2006 und 2011 stattfanden – eine

Schlüsselrolle bei der Radikalisierung der Jugend und beim molekularen Prozess der erneuten Mobilisierung der Gesellschaft gespielt haben, der mit der gegenwärtigen Bewegung ausgebrochen ist.

Am 14. Oktober wurde der Aufruf zur Missachtung der Sperren beim Zugang zu den Gleisen im Personentransport bereits massenhaft befolgt und U-Bahn-Stationen wurden geschlossen. Am 18. brach der direkte Konflikt mit den Kräften der Regierung aus, mit den ersten Auseinandersetzungen mit den Carabineros und den ersten „cacerolazos“ (Demonstrationen mit Schlagen auf Töpfe). Am selben Tag verfügte Piñera (der auch einer der reichsten Männer des Landes ist) als Reaktion auf die Brände in U-Bahn-Stationen und einigen Supermärkten den Ausnahmezustand, mit dem die Bewegungs- und die Versammlungsfreiheit eingeschränkt wurde, was die Stimmung noch mehr anfachte. In diesem Moment war Santiago gelähmt, und die Bewegung breitete sich auf die Regionen aus. Dann verhängte die Regierung eine Ausgangssperre. Die Massen hielten sich nicht an die Verbote, und eine wilde Repression begann.

Die Brutalität der Repression

Nach Angaben des Nationalen Instituts für Menschenrechte in Chile wurden in nur 15 Tagen 1574 Menschen mit Verletzungen in Krankenhäuser eingeliefert, darunter 473 von Schrot, 40 von Kugeln, 30 von Luftdruckmunition und 305 von nicht identifizierten Schusswaffen; 157 hatten Augenverletzungen. Das Institut hat 179 Klagen eingereicht, darunter fünf wegen Mordes und 18 wegen sexueller Gewalt. Darüber hinaus wurden im ganzen Land 4271 Festnahmen verzeichnet. Andere Quellen haben bereits am 27. Oktober 42 Tote gezählt und 141 bei den Protesten Verschwundene. Diese Zahlen geben einen Eindruck von der Intensität der Repression. Trotzdem verstärkt die Empörung des Volkes nur die Mobilisierung, die nach dem Generalstreik am 23. und 24. Oktober mit

dem Marsch am 1. November einen weiteren Höhepunkt erreicht hat.

Rebellion gegen den Neoliberalismus in seinem ersten Testlabor

Wut, Unzufriedenheit und Angst haben sich über viele Jahre angestaut. Friedliche Proteste wurden ignoriert. Chile ist das Pionierland bei der Umsetzung des neoliberalen Modells und durch eine seiner strukturellen Konsequenzen geprägt: eine brutale soziale Ungleichheit als Folge einer stark rückläufigen Verteilung des Nationaleinkommens (das andererseits nahe bei dem der OECD-Länder liegt). Es ist dem Internationalen Währungsfonds und den Bedingungen der Freihandelsabkommen unterworfen, was den Weg für die untergeordnete Integration des Landes in den Weltmarkt und die Interessen multinationaler Unternehmen festlegt. Dieses Modell hat den Extraktivismus¹ und das Agrobusiness mit all ihren zerstörerischen Umweltfolgen ausgeweitet. Chile galt jahrelang als Beispiel für „das Gute, das der Neoliberalismus den Ländern bringt, die sich entwickeln wollen“. In der Hoffnung, sich in das Paradies des Konsums zu integrieren, wandern Tausende Lateinamerikaner*innen nach Chile aus.

Die neoliberale Ordnung hat alle sozialen Rechte und die Elemente, die das Leben und seine Reproduktion ermöglichen, privatisiert und in Waren verwandelt: Gesundheit, Bildung, Wohnen, soziale Sicherheit, Straßenverkehr, Strom, Wasser usw. Alles wurde privatisiert und der Marktlogik unterworfen. Bei unzureichenden Gehältern bleiben den Menschen nur zwei Wege, sich die notwendigen Waren zu beschaffen und sich als Verbraucher in diesen wachsenden Markt zu integrieren: entweder doppelt so hart zu arbeiten oder sich zu verschulden. So oder so ist es eine Zeitbombe.

Institutionelle Krise

Das Ende von Pinochets Militärdiktatur und seine Ersetzung durch demokratische Regierungen haben den Neoliberalismus nicht beendet. Die Regierungen der Concertación [zwei Koalitionen, zusammengesetzt aus Sozialistischer Partei, Christdemokratie, Kommunistischer Partei, sozialliberalen Organisationen und dem Zentrum], der Nueva Mayoría [der „neuen Mehrheit“] und der Rechten haben den Kern des während der Diktatur errichteten sozialen, wirtschaftlichen und verfassungsmäßigen Regimes beibehalten. Die Werk tätigen, die Student*innen, die Frauen, die Rentner*innen und die indigene Bevölkerung haben jahrelang darum gekämpft, dieser Ordnung ein Ende zu setzen. Diejenigen, die Änderungen versprochen, um mit den Stimmen des Volkes gewählt zu werden – Concertación

und Nueva Mayoría –, haben die Hoffnungen des Volkes, es werde in der Demokratie die von der Diktatur genommenen Rechte zurückgewinnen, auf der ganzen Linie verraten.

Die Distanz zwischen dem Volk und den politischen Parteien, die den Übergang zur Demokratie leiteten, nahm von Tag zu Tag zu. Heute trennt sie ein Abgrund. Das Modell der begrenzten Demokratie sah Mechanismen vor, die die Scheidung zwischen Volk und politischer Elite vertieft haben.

Heute erhebt sich das Volk nicht nur gegen den Neoliberalismus und seine Folgen, sondern auch gegen das 1990 eingeführte politische Regime, das die politische Macht des Pinochet-Militärs unverändert beibehalten hat. Heute manifestiert sich der Hass auf diese dreißig Jahre einer Demokratie, deren Zweck darin bestand, die Reichen zu bereichern und die Menschen atomisiert, zersplittert, durch Arbeit, Konsum und Drogen entfremdet zu halten. Die Zersplitterung des Volks wird durch gesetzliche Mechanismen und durch das ebenfalls von der Diktatur geerbte Modell der Arbeitsbeziehungen intensiviert. Eine neue Verbindung von Kräften zu verhindern, die die Entwicklung des Klassenkampfes ermöglichen könnte, ist ein strategisches Ziel der herrschenden Klasse.

Korruption und Missbrauch durchziehen den Staatsapparat, die Unternehmen sowie katholische und evangelische Kirchen. Carabineros, Militärs, Senator*innen und Abgeordnete haben Milliarden von Pesos gestohlen; Geschäftsleute bezahlen Abgeordnete, um Gesetze zu ihren Gunsten zu diktieren, und das ist aufgedeckt worden. Wichtige Persönlichkeiten der Kirchen haben Kinder sexuell missbraucht. Und das Land hat es herausgefunden. Wut und Misstrauen gegenüber allen Institutionen nehmen zu.

„No son 30 pesos, son 30 años“ (Es geht nicht um 30 Pesos, es geht um 30 Jahre), so lautet eine der zahlreichen Parolen, die über die sozialen Medien verbreitet wurde. Sie bezieht sich auf die 30 Pesos Preiserhöhung für die U-Bahn gegenüber den 30 Jahren „Übergang zur Demokratie“ durch den Deal zwischen den Parteien und dem Militärregime bei der Volksabstimmung zur Reform der Verfassung von 1989. Gerade diese verhandelte und überwachte Demokratie auf den diktatorischen Säulen der immer noch gültigen, geheiligten pinochetistischen Verfassung ist einer der Gründe für die enorme aufgestaute Unruhe. Dies erklärt die Bedeutung der ausgeweiteten Forderung nach einer verfassungsgebenden Versammlung unter breiten Teilen der Volksbewegung.

Selbstorganisation des Volkes

Zweifellos haben die Volkskämpfe der letzten Jahre in Chile den Boden vorbereitet, auf dem sich neue Formen der

Selbstorganisation des Volkes entwickeln. Der Aufstand der Schüler*innen um das Recht auf öffentliche Bildung im Jahr 2006 (die „Rebellion der Pinguine“²), die anti-extraktivistischen sozio-ökologischen Kämpfe, die Kämpfe der indigenen Bevölkerung um ihre Rechte, der Aufstand der Student*innen und Gymnasiast*innen gegen Diskriminierung und Belästigung, die Frauenstreiks am 8. März 2018 und 2019 haben die objektiven und subjektiven Bedingungen für den gegenwärtigen sozialen Ausbruch geschaffen, der von den werktätigen Klassen, den in ihren lokalen und regionalen Komitees organisierten Frauen und den verarmten Mittelschichten und den ärmsten Sektoren angeführt wird. Es ist, als seien die unterschiedlichen Erfahrungen in den einzelnen Sektoren in den letzten Jahren in eine nationale Bewegung gegen das unterdrückerische und ausbeuterische Regime eingeflossen.

Piñera hat einen Großteil seines Kabinetts entlassen, doch hatte das Manöver wenig Wirkung, und er kann sich in hohem Maße nur wegen der Passivität eines sehr großen Teils der parlamentarischen Opposition halten. Aber die Radikalisierung des Prozesses und der wachsende Antagonismus zur Exekutive öffnen eine Dynamik der Selbstorganisation in Stadtvierteln und Orten, der sogenannten „cabildos populares“. Die Massivität und die Dauer der Proteste scheinen zusammen mit der Dynamik der Selbstorganisation die Grundlage für eine gemeinsames Wiedererwachen der chilenischen Arbeiter- und Volksbewegung zu legen, die sich nach den schrecklichen Schlägen der Diktatur, der neoliberalen Atomisierung und der damit einhergehenden prekären Arbeitsverhältnisse noch nicht rekonstruieren konnte. Die intensive Politisierung dieser Tage lässt die Idee unter den Menschen wachsen, dass es notwendig ist, die gegenwärtige Verfassung abzulösen, und dass die dafür notwendige verfassungsgebende Versammlung eine des Volkes sein muss, d. h. nicht auf eine von der Selbstorganisation der Menschen losgelöste Repräsentanz beschränkt sein darf. Die Volkskonstituante muss sich daher auf eine nationale Debatte unter Arbeiter*innen, in Versammlungen auf örtlicher Ebene und in Stadtteilen, unter Ureinwohner*innen, Frauenorganisationen, Jugendorganisationen und Gewerkschaften stützen.

Solidarität mit dem Kampf des Volks in Chile!

Seitens der IV. Internationale wollen wir der chilenischen Volksbewegung unsere ganze Solidarität senden, die brutale Unterdrückung von Piñera anprangern und seinen Rücktritt als Vorbedingung zu einem wirklichen politischen Wandel in Chile fordern. Wir meinen, dass die Mo-

bilisierung des Volkes einen echten demokratischen Bruch mit dem Erbe der Diktatur ermöglicht und eine wichtiger Punkt ist, um die neoliberale Politik in dem Land zu stoppen und zu überwinden, in dem sie zum ersten Mal umgesetzt wurde.

Wir unterstützen insbesondere die antikapitalistischen, ökosozialistischen und feministischen Sektoren der chilenischen Volksbewegung, die die fortschrittlichsten Prozesse der Selbstorganisation fördern und sich bemühen, ein antikapitalistisches und revolutionäres Programm zu schaffen, mit dem sich ein auf den Bruch ausgerichteter Block sammeln lässt, der zugleich radikal und einheitlich ist, und das Elemente der Orientierung und einen strategischen Horizont für den laufenden Prozess geben kann.

- Solidarität mit dem chilenischen Volk!
- Schluss mit der Repression!
- Nieder mit Piñera!
- Vorwärts zur Selbstorganisation und zur Volksmacht!
- Für eine Volkskonstituante, die auf der Selbstorganisation des Volkes beruht!
- Unsere ganze Unterstützung für die antikapitalistische, ökosozialistische, feministische und revolutionäre Linke in Chile!

8. November 2019, Büro der Vierten Internationale

■ *Übersetzt von Björn Mertens*

Quelle: Solidaridad con el levantamiento popular en Chile, <https://www.anticapitalistas.org/comunicados/solidaridad-con-el-levantamiento-popular-en-chile/>

- 1 Extraktivismus: auf Rohstoff-Export und häufig auf Raubbau begründete Nationalökonomie, oft zum Nachteil lokaler indigener Gemeinschaften und der Biodiversität (Anm. d. Üb./Red.).
- 2 „La Revolución Pingüina“ – langandauernde Proteste von Schüler*innen in ganz Chile, vor allem April bis Juni sowie September/Oktober 2006, u. a. für kostenlosen Transport und Abschaffung von Zulassungstests zu Universitäten; führte zu einer politischen Krise der Regierung von Präsidentin Michelle Bachelet (2006 bis 2010 sowie 2014 bis 2018). Die Bezeichnung „Pinguine“ spielt auf die dunkelblau-weiße Uniform der chilenischen Primar- und Sekundarschüler*innen an. (Anm. d. Üb./Red.)

„DIE ARBEITERKLASSE WIRD ZUM POLITISCHEN AKTEUR“

Interview mit **Karina Nohales** und **Javier Zuñiga**

Alex G.: Wie steht es um die Proteste in Chile? Wie sind sie einzuschätzen? Gestern haben wir von den Entlassungen im Ministerkabinett und von der Aufhebung des Ausnahmezustands erfahren. Was bedeutet das? Wie reagiert Präsident Piñera auf die Bewegung?

Javier Zuñiga: Ich denke, dass die Haltung von Piñera und seiner Regierung derzeit von der Analyse ausgeht, dass es nicht gelungen ist, durch den politisch motivierten Ausnahmezustand die Mobilisierung einzudämmen. Die Proteste haben sich ausgeweitet und ein hohes Niveau erreicht. Ein gutes Beispiel dafür sind die riesigen Kundgebungen von Freitag, den 25. Oktober. Die treibenden Kräfte der Mobilisierung haben sich durch die repressive politische Antwort offenbar nicht bremsen lassen. Piñera versucht, zum Teil auf die Unzufriedenheit zu reagieren, die sich an der Erhöhung der Metropreise entzündet und dann auf weitere soziale Probleme ausgedehnt hat. Die Bevölkerungsschichten, die in der Bewegung aktiv sind, beginnen tiefgreifende Veränderungen zu fordern. Die Wechsel im Kabinett sind Teil des Versuchs, Konzessionen zu machen, die vor allem der Kommunikation dienen. Aber das reicht nicht aus, um die Bewegung aufzuhalten. Der Wechsel im Kabinett hat keinen Konsens herbeigeführt.

Karina Nohales: Meiner Ansicht nach findet in Chile ein Volksaufstand statt, eine Erhebung gegen das politische System – das ist das Ergebnis von 30 Jahren der sogenannten paktierten Demokratie. Es begann mit der Mobilisierung der Jungen gegen die Erhöhung der Metropreise, dann hat es sich auf ganz Santiago und das gesamte Land ausgeweitet. Es wurden aber keine spezifischen Forderungen entwickelt, vielmehr handelt es sich um eine Kritik am gesamten politischen System und den Parteien, die sich an dieser paktierten

Demokratie beteiligt haben. Piñera passt seine Reaktionen an, je nachdem, wie sich die Bewegung entwickelt: Wenn sie gegen den Preisanstieg bei der Metro protestiert, nimmt Piñera die Erhöhung zurück und schickt mehr Militär auf die Straße; wenn sie die wirtschaftlichen Missbräuche und die sozialen Ungleichheiten anprangert, kündigt Piñera ein wirtschaftliches Maßnahmenpaket an. Doch keine seiner Antworten hat funktioniert. So nahmen die Proteste unterschiedliche Formen an: Zu Beginn waren sie explosiv, verstreut über die Regionen; am Dienstag, den 22. Oktober, kam es dann zu einem Rückgang; doch ab Mittwoch nahmen die Proteste ihre jetzige massive, auf die Stadtzentren konzentrierte Form an. Auch in den Regionen gehen die Mobilisierungen weiter.

Alex G.: Was bedeutet die militärische Repression aus historischer Sicht? Welche Methoden der Selbstverteidigung und des Selbstschutzes gibt es?

Karina Nohales: Die Regierung hat nur acht Stunden zugewartet, bis sie das Militär auf den Straßen von Santiago einsetzte und den Ausnahmezustand ausrief. Das ist eine schwerwiegende Entscheidung, denn sie zeigt, wie instabil die Bourgeoisie ist, mit allem, was das für den Aktienmarkt und Investitionsmöglichkeiten bedeutet. Es ist ein Bruch mit der Aussage „Nie wieder!“ aus der Übergangsphase nach der Diktatur. Für uns bedeutet es: Nie wieder Militärpräsenz! Für die Bourgeoisie aber bedeutete es: Nie wieder Klassenkampf! Denn bei der heutigen Armee und jener der Diktatur handelt es sich nicht um zwei verschiedene Armeen. Natürlich sind die konkreten Personen, aus denen sich die Armee zusammensetzt, nicht mehr dieselben. Die militärische Institution ist aber intakt geblieben, sie repräsentiert die Kontinuität zwischen Diktatur und Demokratie wie auch die Transition. Die Streitkräfte sind straffrei geblieben. Nun

tritt Chile in eine neue Phase. Etwas Merkwürdiges ist geschehen: Die Menschen hatten keine Angst und gingen trotz der militärischen Präsenz und der Ausgangssperre auf die Straße. Bezüglich Selbstverteidigung stehen einem unbewaffneten Volk zwei Lösungen offen, und beide sind genutzt worden: Kreativität und die Massenmobilisierung.

Javier Zuñiga: Was Karina gesagt hat, betrifft eine erste Ebene. Der Rückgriff auf die Streitkräfte ist das äußerste Mittel, das der Bourgeoisie bei einem Aufstand zur Verfügung steht. Die Armee muss als Garant für die bürgerliche Demokratie auftreten. Aber in unserem Fall hat das nichts gebracht und wurde für die Regierung Piñera sogar zum Problem. Das zeigt sich mit der Aufhebung der Ausgangssperre letzten Samstag [26. Oktober]. Sie hat ein neues Szenario eröffnet: Wie wird die Regierung versuchen, die Proteste ohne das Militär zu stoppen? Ein riskanter Schritt, denn was kann die Regierung noch anbieten? Wahrscheinlich wird die Regierungsumbildung dazu dienen, stark umstrittene Figuren der Übergangsphase aus der Christdemokratie zu nominieren. Für die protestierenden Arbeiterinnen und Arbeiter macht das überhaupt keinen Sinn. Wo wird uns dieses Szenario hinführen? Wir sind in einer politischen Krise, aber ist oder wird es eine Krise der Hegemonie, das heißt eine Krise der Fähigkeit der gesamten kapitalistischen Struktur, wieder über alle Bereiche der Gesellschaft die Hegemonie zu erlangen und sich so eine soziale Basis zu verschaffen? Zuerst haben die Kapitalisten versucht, die Krise mithilfe des Militärs zu lösen. Aber jetzt kehrt das Militär in seine Kasernen zurück. Die Gewalt und die Menschenrechtsverletzungen – zu denen es weiterhin kommt – werden an die Öffentlichkeit dringen und kommentiert werden. Das ist für die Kapitalisten eine Herausforderung in Bezug auf die Darstellung der Proteste. So wird es für sie noch schwieriger, die Proteste in der kommenden politischen Phase einzudämmen. Damit könnten grundlegende Fragen an die Oberfläche kommen.

Karina Nohales: Die offiziellen Zahlen sprechen von ungefähr 20 Toten. Vermutlich werden wir von weiteren erfahren. Das Nationale Institut für Menschenrechte wird untersuchen, wie es zu den Todesfällen bei den Bränden gekommen ist. Es gab auch Fälle von sexueller Gewalt. Anders als in der Zeit der Diktatur können wir jetzt durchsetzen, dass solche Gewalttaten anerkannt werden. Unter der Diktatur wurde die sexuelle Gewalt unsichtbar gemacht. Dank der Arbeit der Feministinnen wird nun anerkannt, dass es sich nicht um Exzesse handelt, sondern um eine

Form der Repression, insbesondere gegen Frauen, um eine Art der körperlichen Disziplinierung. In den vergangenen Tagen haben Polizisten – nicht Soldaten – einen jungen Mann gefoltert. Sie haben ihn vergewaltigt und gezwungen, öffentlich zu erklären, er sei homosexuell. Dabei handelt es sich nicht um einen Exzess, sondern um eine Gewalttat der Repressionskräfte, die eine politische Dimension hat. Die Menschenrechtsverletzungen werden mittlerweile auf verschiedenen Ebenen thematisiert. Im Süden wurde ein Jugendlicher getötet. Sein Vater sagte, dafür sei jener Mann verantwortlich, der erklärt hat, dass wir uns im Krieg befinden, und der das Militär auf die Straße geschickt hat. Die Verantwortung für die Gewalttaten liegt nicht nur bei den Soldaten, sondern vor allem bei Piñera. Deshalb verlangen wir auch seinen Rücktritt.

Alex G.: Piñera hat ein Paket von Sozial- und Wirtschaftsreformen angekündigt. Was sind das für Maßnahmen? Was haltet ihr davon?

Karina Nohales: Dieses Maßnahmenpaket wurde am Dienstag, den 22. Oktober angekündigt. Piñera ist ein Geschäftsmann. Mein erster Eindruck war, dass er sich wie ein Arbeitgeber in Tarifverhandlungen verhält. Er macht demagogische Angebote, so als handle es sich um eine Firma und nicht um die Gesellschaft. Siebzig Prozent der Maßnahmen betreffen die Renten, denn Piñera weiß, dass dies einer der wichtigsten Konfliktpunkte ist. Danach kommen die Themen Gesundheit und Löhne. Er hat vorgeschlagen, die medizinische Versorgung zu verbessern, indem die Medikamente – das heißt die Privatunternehmen, die darüber verfügen – subventioniert werden. Auch ein Mindesteinkommen will er garantieren, indem er die Unternehmen mit öffentlichen Mitteln subventioniert: Wenn Angestellte weniger als den Mindestlohn erhalten, soll der Staat die Differenz zahlen. Auch die Rentenerhöhung will er bewerkstelligen, ohne die Verwaltungen der Pensionsfonds, bei denen es sich um Finanzinstitute handelt, anzutasten. So vertieft Piñera die Pinochet-Verfassung mit ihrer Logik der Subventionierung privater Unternehmen. Alle pfeifen auf diese Maßnahmen.

Javier Zuñiga: Zuerst einmal ist zu sagen, dass die sozialen Netzwerke eine wichtige Rolle spielen, wenn es darum geht, politische Botschaften zu verbreiten, zu Demonstrationen aufzurufen oder sich zu organisieren. Als Piñera sein Maßnahmenpaket ankündigte, kam die Reaktion in den Netzwerken postwendend: nicht glauben und ablehnen! Deshalb war die Kundgebung von letztem Freitag auch die

größte in der Geschichte Chiles: Ihre politische Botschaft lautet, dass die Ankündigung dieses Gesetzespakets für das Volk nichts bringt. Sie hatte keine demobilisierende Wirkung und erlaubte der Regierung nicht, einen Teil der Bewegung zurückzugewinnen. Die Vorschläge wurden nicht als Maßnahme zur Verbesserung der Lebensbedingungen wahrgenommen, sondern als Manöver, als PR-Coup. Ich war heute bei einem Treffen, an dem eine über 60-jährige Frau zu Piñeras Rede sagte: „Sie hat nichts bewirkt, weil wir aufgewacht sind.“

Alex G.: Welches Fazit zieht ihr nach den Generalstreiktagen der letzten Woche? Gibt es Sektoren, die den Streik fortführen?

Karina Nohales: In Chile kam es bisher nur selten zum Generalstreik, und schon gar nicht seit der Rückkehr zur Demokratie. Die Protesttage zwischen 1983 und 1986 begannen mit Aufrufen zum Generalstreik. Weil aber die Arbeiterklasse in der Diktatur nicht aktiv werden konnte, entwickelte sich daraus ein nationaler Protest. Wie schon die Feministische Koordination für den 8. März (CF8M) sagte: Streik war ein verbotenes Wort, seine Bedeutung unbekannt. Dank der feministischen Bewegung ist die Thematik des Generalstreiks als Kampfmethod der Arbeiterklasse wieder aufgekommen. Die CF8M hat dem breit gestützten Bündnis Unidad Social (Soziale Einheit), dem sie auch angehört, den Vorschlag gemacht, auf Montag, den 21. Oktober, zum Generalstreik aufzurufen. Der Gewerkschaftsbund CUT antwortete, er sei nicht vorbereitet und halte dieses Vorhaben angesichts der Ausgangssperre für verantwortungslos. Wir haben dann entschieden, am Sonntag den Aufruf gemeinsam mit den Schülerorganisationen und weiteren Menschenrechtsgruppen zu lancieren. Am Tag darauf hielten die Gewerkschaftsorganisationen der Unidad Social eine Versammlung ab, um für Mittwoch zum Generalstreik aufzurufen. Wir wissen nicht, ob es ohne den Druck vonseiten der Jungen und der Feminist*innen zu diesem Aufruf gekommen wäre. Am Montag, den 21. Oktober streikten die Hafendarbeiter*innen von rund zwanzig chilenischen Häfen sowie die Angestellten von Escondida, der größten privaten Kupfermine der Welt. Das ist beachtlich. Es ist aber schwierig abzuschätzen, welchen Einfluss der Streik wirklich hatte, denn eigentlich war alles gelähmt. Die Industriegewerkschaften berichteten, dass die geöffneten Unternehmen zu 30 Prozent funktionierten. Die meisten blieben geschlossen, weil die Transportmittel ausfielen. Aber der Streik stellt in Chile wieder eine mögliche Vorgehensweise dar. Für nächsten Mittwoch wird erneut zum Gene-

ralstreik aufgerufen. Wir werden dann besser sehen, ob es tatsächlich klappt.

Javier Zuñiga: Die gesamte Arbeiterschaft war schon seit mindestens Freitag, den 18. Oktober mobilisiert und stiftete mit Barrikaden, „Cacerolazos“ (Topfkonzerte) und dem Wunsch, den öffentlichen Raum zu besetzen, ihre eigene Identität. Ab diesem Zeitpunkt wurden ständig spontane Aufrufe in Umlauf gesetzt. Ob zu einem Streik aufgerufen wird oder nicht, hängt damit zusammen, ob es bereits einen Aufstand gibt. Die Menschen waren auf der Straße, bevor der Aufruf lanciert wurde. Bei den Vorbereitungen für den Aufruf zum feministischen Generalstreik am 8. März 2019 war das anders: Die Arbeit der feministischen Genossinnen bestand darin, diese für die produktive Arbeit bedeutende Aktion vorzubereiten und sie in der reproduktiven Arbeit zu verankern, mit Versammlungen, vorgängigen Beratungen usw. Der Unterschied besteht also darin, dass die aktuellen Aufrufe in einer Phase erfolgen, in der die Ereignisse bereits im Gang sind. Welche Rolle spielt der Aufruf zum Streik, wenn die Massen bereits mobilisiert sind? Meiner Meinung nach ergibt sich hier eine Dialektik zwischen Spontaneität und Bewegungsausrichtung, wie Gramsci sagt. Die Funktion des Streiks besteht darin, der Mobilisierung einen Sinn zu geben. Dieses Vorgehen wird von einem großen Teil der gesellschaftspolitischen Organisationen unterstützt – allerdings bedeutet dies nicht, sich „an die Spitze zu stellen“, wie es einige Sektoren wünschen. Das subjektive Empfinden der Wut und der Mobilisierung kann nicht verordnet werden, aber man kann dazu beitragen, ihnen Orientierung zu verleihen. Dank des Streikaufrufs wird es möglich, die Vielzahl der laufenden Proteste zu bündeln. Diese politische Phase lässt sich mit einer antineoliberalen Perspektive verbinden – das zeigen zumindest die Volksversammlungen. Das könnte einen neuen gesellschaftlichen Handlungsrahmen eröffnen. Der Streik wird von den protestierenden Massen wieder als Werkzeug anerkannt. Wenn er erfolgreich ist, wird ihn die Bewegung als taktisches Mittel zur Bündelung der Kräfte nutzen. Der Streik wird dann keine Selbstbestätigung der Arbeiterklasse sein, sondern ein Mittel, das sich der Bewegung anbietet. Wenn in den strategischen Wirtschaftsbereichen gestreikt wird, führt diese Methode dazu, dass man sich entsprechend dem Streik organisiert. Er wird dann wieder ein Handlungsinstrument für die gesamte Arbeiterklasse und nicht nur für die organisierten Gewerkschaften.

Alex G.: Das Bündnis Unidad Social scheint die Bewegung anzuführen oder mindestens zu be-

einflussen. Was schlägt diese Richtung vor? Wie verbindet sie sich mit den Protesten?

Javier Zuñiga: Unidad Social ist ein legitimer Bezugspunkt. In der Versammlung, in der ich war, erkennen die Leute beispielsweise die Notwendigkeit an, sich auf genereller Ebene Ansprechpersonen zu geben. Unidad Social ist ein komplexes Netzwerk von Organisationen. Meiner Meinung nach gibt es darin drei Strömungen:

Erstens, ein Bereich, der sich aus den großen Gewerkschaften und traditionellen sozialen Bewegungen zusammensetzt: die CUT, die No+AFP-Bewegung [für ein staatliches Rentensystem], ein Teil der Gewerkschaft für kommunale Gesundheit (Confusam), die Lehrgewerkschaft (Colegio de profesores), die Gewerkschaft der Angestellten des universitären Gesundheitswesens (Fenpruss), die Gewerkschaft der Finanzbeamten (Anef). Sie markieren eine bestimmte Ausrichtung in diesem Zusammenschluss. Dieser Sektor strebt danach, die Bewegung zu führen, sich an ihre Spitze zu setzen, anstatt sich ihr zur Verfügung zu stellen, Vorschläge zu unterbreiten, Forderungen zu sammeln usw.

Der zweite Bereich besteht aus feministischen, ökologischen, Studenten- und Menschenrechtsgruppen sowie den „pobladores“ (BewohnerInnen von ärmeren Vierteln am Stadtrand), die nicht in die traditionelle Gewerkschaftslogik passen. Wir sind nicht einverstanden mit der Situationsbeurteilung dieser Gewerkschaftsorganisationen, denn wir sind der Meinung, dass ein wichtiger Moment der Infragestellung des neoliberalen Regimes stattfindet. Wir müssen dem gewachsen sein und dürfen uns daher nicht auf berufsgruppenspezifischen Forderungen konzentrieren. Deshalb muss die Situation offen gehalten und die Bevölkerung in Form von Räten (Cabildos) und Basisversammlungen einbezogen werden. Unser Ziel ist es nicht, Verhandlungen zu verhindern – die werden sicherlich stattfinden –, sondern einen Prozess der Politisierung einzuleiten, der auf Kritik an der politischen Ordnung basiert. Es ist nicht mehr möglich, so zu leben wie vor einem Monat. Wir verstehen daher den Vorschlag einer verfassungsgebenden Versammlung als ein dynamisches Element, um die politische Beteiligung der Bevölkerung zu ermöglichen.

Schließlich gibt es noch einen dritten, weniger strukturierten Bereich, der Unidad Social als Dach für die Koordination und Leitung von Protesten sieht.

Unidad Social ist also ein von der Bevölkerung relativ gut legitimierter Akteur, obwohl es Unterschiede gibt. Es ist ein konfliktträchtiger Raum, der es ermöglicht, populäre Organisationen zusammenzubringen.

Karina Nohales: Meiner persönlichen Analyse zufolge ist seit den letzten Präsidentschaftswahlen ein neuer Oppositionsblock (Frente amplio, FA) entstanden und die ehemaligen Regierungsblöcke – Nueva Mayoría (neue Mehrheit), Concertación (Zusammenschluss; zwei Koalitionen, die die Sozialistische Partei, die Christdemokratie, die Kommunistische Partei, sozialliberale Organisationen und das Zentrum umfassen) – wurden zerstört, als sie in Opposition gingen. Deshalb müssen wir einen neuen Oppositionsblock bilden. Die Kommunistische Partei verfolgt am offensivsten das Ziel, sich an die Spitze eines neuen Oppositionsbündnisses zu setzen. So zwang beispielsweise der Vorschlag zur Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden die gesamte Opposition, die KP zu unterstützen, sie konnte also Erfolge verbuchen. Es gelingt der KP, die Christdemokratie allmählich aus dem Oppositionsbündnis auszuschließen, was ihre Rolle klar herausstellt.

Ausgehend davon also dieses Vordringen, von dem wir sprechen. Und die KP verfolgt das, was ihr im Parlament gelungen ist, aber durch den CUT. Der CUT hat sich nach der Gründung von Unidad Social angeschlossen und schnell die Leitung übernommen. Daraufhin haben sich viele andere Organisationen dieser Struktur angeschlossen, die auf Initiative von No+AFP entstanden ist, während das CF8M, das von Anfang an Teil von Unidad Social war, beschlossen hat, sich kritisch zu beteiligen. Tatsächlich wird diese Struktur als Zusammenschluss der Leitungen der Organisationen unter Führung konservativer Gewerkschaftsteile wahrgenommen. Letztere verstehen den Klassenkampf nur in seiner gewerkschaftlichen Form, Ökologie und Feminismus gelten als untergeordnet. Wir haben diese Kritik klar formuliert.

Unidad Social hat schließlich zum Generalstreik aufgerufen. Aber das Konzept eines Generalstreiks ist für den CUT anders als für CF8M. Für die CUT und andere Gewerkschaftsorganisationen sollte mit dem Streik unsere Ernsthaftigkeit demonstriert werden, weshalb sie Disziplin forderten und unsere Fähigkeit zur Führung zeigen wollten – als ob der Ungehorsam der Arbeiterklasse nicht ernst zu nehmen wäre! Schließlich wurde eine große Demonstration für den 23. Oktober vorgeschlagen, was als der Situation gar nicht angemessen erscheinen konnte. Auch offen demobilisierende Maßnahmen wurden vorgeschlagen. Der Generalstreik wird von diesen Gruppen als punktueller Moment und Chance verstanden, ihre Führungen in der Bewegung zu verankern. Der Feminismus versteht den Generalstreik als einen Prozess, in dem sich die Arbeiterklasse – mit Frauen und Minderheiten geschlechtlicher Eigendefinition und sexueller Orientierung an der Spitze – organisieren und darüber nachdenken

kann, welches Leben sie will und wie sie es organisieren will. Im engeren Sinne sind wir Feministinnen der Meinung, dass es keinen Generalstreik gab, weil die Pflegearbeit nicht eingestellt wurde. Streiken bedeutet nicht nur, die Arbeit einzustellen, sondern auch viel nachzudenken. Kurz gesagt, sprechen wir also von zwei Vorstellungen von Generalstreik: einer kreativen und einer dirigistischen. Diese Vorstellungen sind in diesen Tagen auf den Tisch gelegt worden.

Alex G.: Was ist das Verhältnis zwischen Unidad Social und der institutionellen Linken? Was tut und schlägt Letztere vor, insbesondere im Parlament?

Karina Nohales: Meine persönliche Meinung, die aber auch von anderen Genossinnen in der letzten CF8M-Versammlung geteilt wird, ist, dass die Opposition durch die Aufrechterhaltung der parlamentarischen Tätigkeit die Exekutive in die Lage versetzt hat, handlungsfähig zu bleiben. Unidad Social hat den Vorschlag eines Streiks der Legislative gemacht, aber das wurde nicht aufgegriffen. So wurde beispielsweise der Plan zur Arbeitszeitverkürzung auf 40 Wochenstunden während des Ausnahmezustands beschlossen, als Soldaten in den Straßen standen. Im FA, der bei den letzten Präsidentschaftswahlen entstanden ist, gab es keine Einigung zwischen den verschiedenen Sektoren. Diejenigen, die die parlamentarische Tätigkeit aufrechterhalten wollten, wollten auf diese Weise die Demokratie bewahren. Aber die Opposition ermöglicht es so, alle von Piñera vorgeschlagenen Maßnahmen im Ausnahmezustand zu erlassen und die Regierung damit zu unterstützen. Die Regierung schlug irgendwann ein Treffen mit den Oppositionsparteien vor. Die Christdemokratie (DC), die Radikale Partei und die Partei für Demokratie haben teilgenommen. SP, KP und FA haben nicht teilgenommen. Die Demokratische Revolution (ein Hauptteil des FA) wollte zuerst teilnehmen. Das ist schlimm. Jetzt will die KP Piñera im Namen der Verfassung von 1980 anklagen ... und FA ist einverstanden!

Javier Zuñiga: Die Rolle der KP war wichtig, sie kündigte sofort an, dass sie nicht an der von Piñera einberufenen Sitzung teilnehmen würde. Da die wichtige politische Erfahrung der KP anerkannt wird, hat sie Einfluss auf die gesamte Palette der Oppositionsparteien, was ihr ermöglicht, sich von der Christdemokratie abzuheben und Druck auf SP und FA auszuüben. Die Bewegung hätte einem Treffen der Oppositionsparteien mit Piñera jedenfalls nicht zugestimmt. Sie wären also auf Ablehnung gestoßen. Die KP hat das verstanden. Darüber hinaus erkannte die KP die Unidad Social

als legitimen Akteur und die Zivilgesellschaft als Mittelpunkt des Dialogs an. Gleichzeitig hat ein Prozess um Anerkennung in Bezug auf die Legitimität und Gesprächspartner von Unidad Social begonnen. Ein Teil der Opposition übt permanent Druck in Bezug auf die Verfassung aus.

Der Unidad Social gehören Aktivist*innen von FA, KP und Teilen der SP an, aber man kann nicht sagen, dass diese Front von den Parteien geführt ist. Gegenwärtig lassen weder die Bewegung noch die interne Dynamik von Unidad Social zu, dass diese Gruppen die Führung übernehmen. Dies hat einen wesentlichen Grund: Die Mobilisierung, an der Unidad teilnimmt, ist unkoordiniert, aber mit der Arbeiterklasse als Akteur entstanden und fordert die gesamte Gesellschaft heraus. Dies verändert die Art und Weise, wie Politik gemacht wird. Die Tatsache, dass sich die Arbeiterklasse zu Wort meldet, bedeutet jedoch nicht, dass sie sich selbst organisiert und ein Bewusstsein „für sich“ erwirbt, es gibt nur Keime von Organisation und Kampf, die in diese Richtung gehen, auch wenn sie wachsen. Da die Klasse als Akteur auftritt, kann Unidad Social zu ihrer politischen Neuzusammensetzung beitragen, vorausgesetzt, sie denkt nicht nur an den Dialog mit der Regierung oder begrenzte versöhnliche berufsspezifische Forderungen.

Alex G.: In diesen Tagen der Revolte erschienen die Leute mit gelben Westen. José Antonio Kast, eine Figur der chilenischen extremen Rechten, forderte sie auf, am vergangenen Sonntag zu demonstrieren. Kann in dieser Situation eine reaktionäre soziale Basis entstehen?

Karina Nohales: Die Medien präsentierten die ersten Tage des Aufstands zunächst als Plünderung durch Kriminelle. Dies hat zu einem Gefühl der Unsicherheit geführt. So sind in Wohnvierteln Gruppen von Gelbwesten, bewaffnet mit Stöcken und anderen Haushaltsgegenständen entstanden, um Diebstahl zu vermeiden und ihre Häuser zu verteidigen. Bald forderte die extreme Rechte diese gelben Westen auf, an einer Demonstration am 27. Oktober im Namen des Rechts auf Leben in Frieden teilzunehmen – und versuchte, Victor Jaras Lied *El derecho de vivir en paz* aufzugreifen, das während der Ausgangssperre zu einer Volkshymne wurde. Dies sorgte für Verwirrung. Aber am Freitag, dem 25. Oktober, nach der großen Demonstration, beschloss die extreme Rechte, ihre Demonstration abzusagen. Vielleicht wäre die Demonstration am Freitag, dem 25. Oktober, nicht so erfolgreich gewesen, wenn nicht so viele Soldaten auf den Straßen gewesen wären und die Regierung nicht weiter nur davon gesprochen hätte, dass es sich nur um Diebe han-

delt, die kleine Geschäfte plündern. Aber aufgrund unserer Geschichte provoziert es ein Gefühl gegen die Armee, wenn diese auf der Straße eingesetzt wird. Die Militärpräsenz auf den Straßen weckt traumatische Erinnerungen.

Es mag Optimismus sein, aber ich denke, das chilenische Volk ist nicht rechts. Ohne die Soldaten auf den Straßen hätte es mehr rechte Gelbwesten geben können, denn die extreme Rechte ist geschickt. Aber sie wurde überrollt. Das Gerede über Diebstahl und Unsicherheit dauerte zwei bis drei Tage. Als die Regierung leiser auftrat in Bezug auf die Aussage, dass „wir uns im Krieg befinden“, verlagerten sich die Medien vom Diebstahl auf Terror. Schreckliche Videos von Repression tauchten auf, mit Soldaten, die auf Menschen schießen und in Häuser eindringen, was zu verstehen gab, dass „sie einen töten werden, wenn man auf die Straße geht“. Diese Darstellung hat nicht funktioniert. Nach der Großdemonstration haben die Medien also ihren Diskurs erneut geändert und versichert, die Menschen seien friedlich sind machten Hoffnung auf eine bessere Zukunft, weil die Behörden sie hörten. Piñera sagte, es sei schön, zu sehen, wie Familien demonstrieren ... während die Leute ihn zum Rücktritt aufforderten.

Javier Zuñiga: Teile der Rechten, Gendarmen und Soldaten versuchten, die Menschen, die Angst hatten, für sich einzunehmen. Es gab ein Gefühl der Paranoia und Hysterie, und die extreme Rechte versuchte, davon zu profitieren. Sie will einen unternehmensfreundlichen Ausgang und setzt auf die Teile der Werktätigen, die sich unmittelbar nach Frieden und Ruhe sehnen, um sie gegen die Teile auszuspielen, die auf Mobilisierung setzen und verstehen, dass es der richtige Zeitpunkt ist, um Forderungen zu stellen. Die Großdemonstration vom vergangenen Freitag hat die vermeintliche Harmonie zwischen der extremen Rechten und einem Teil der Bevölkerung außer Kraft gesetzt. Diese Gelbwesten waren nicht unbedingt für eine stärker militarisierte Lösung, aber auch nicht für José Antonio Kast (der bei den letzten Präsidentschaftswahlen 8 % der Stimmen gewann und in mancher Hinsicht Bolsonaro ähnelt). Viele wollten nur still sein. In meinem Stadtteil in Puente Alto – eine Gemeinde am Rand der Stadt – feierten die Gelbwesten das Ereignis vom Freitag mit einem Barbecue und populärer und linker Musik. Nachdem die Medien versucht hatten, die reaktionärsten Aspekte der Umwälzungen, denen wir beiwohnten, zu übertreiben, hat uns diese Demonstration als Klasse wieder zusammengebracht. Kast hat einen Sicherheitsdiskurs, der arme Menschen ansprechen und auf Resonanz stoßen konnte, aber sein Wirtschaftsprogramm hält am Neoliberalismus fest, der die Ur-

sache für das Unbehagen ist, das wir erleben. Das schränkt seine Pläne radikal ein. Er kann keine Lösung anbieten für diese Mobilisierung gegen die neoliberale Lebensweise und die damit verbundene Misere, die unerträglich geworden ist. Darüber hinaus verweist das Aufkommen der Gelbwesten auf ein reales Problem mit organisierten Banden in den abgelegenen Arbeitervierteln, die Drogen handeln und Verbrechen begehen, die die Arbeiterklasse betreffen. Gegen sie richten sich die Gelbwesten. Sie sind eine echte Bedrohung. Dies bedeutet in keiner Weise Unterstützung für die Regierung oder für Kast oder die Repression.

Alex G.: Die Kampfformen und Schlagworte, die die größte Wirkung zu haben scheinen, sind – neben dem Generalstreik – die regionalen Versammlungen und die verfassungsgebende Versammlung. Wie sieht die Realität der regionalen Versammlungen derzeit aus? Welche Selbstorganisationsprozesse entwickeln sich? Wie sind diese Slogans entstanden – spontan oder aus der Erfahrung der Kämpfe der letzten Jahre?

Javier Zuñiga: Es ist eine Art Mischung aus der Einberufung von regionalen Versammlungen durch eine Vielzahl von Posts in sozialen Netzwerken – man kann sie also „selbst einberufen“ nennen – und der Tatsache, dass sich die Menschen an U-Bahn-Stationen und anderen öffentlichen Orten versammelt haben, wo gesungen und beraten wird, wo kulturelle Aktivitäten organisiert werden etc. Das ist ein spontanes Phänomen. Gleichzeitig haben Aktivistengruppen das schnell aufgegriffen und diesen Treffen eine bewusste Richtung gegeben, indem sie zur Abhaltung von regionalen Versammlungen aufrufen. Diese sind aus taktischer Sicht in mehrerer Hinsicht wichtig.

Erstens finden Versammlungen in vielen Regionen statt oder werden organisiert. Ich habe bereits ähnliche Prozesse von Selbsttätigkeit erlebt, aber nie mit solchen Themen und noch weniger in diesem Maßstab. Die Basisversammlungen müssen sich einer verfassungsgebenden Versammlung zuwenden. Es ist ein legitimer Mechanismus zur Änderung der Verfassung, aber dieses Ziel allein reicht offensichtlich nicht aus. Einige politische Strömungen sprechen von einer neuen Verfassung, einem neuen Parlament. Es ist nicht das, worüber wir reden, sondern etwas anderes. Wir haben der verfassungsgebenden Versammlung das Adjektiv „populär“ (Volks-) hinzugefügt, um zu bekräftigen, wer der Souverän in diesem Prozess ist. Die verfassungsgebende Versammlung kann die politische Szenerie erschüttern und verändern. Die

Infragestellung der politischen Ordnung ermöglicht eine partizipative Demokratie, in der die Arbeiterklasse zu einem bedeutenden, wesentlichen Akteur wird.

Zweitens entsteht durch die regionalen Versammlungen ein Sediment, ein soziales Gefüge, das nicht verschwinden wird, auch wenn die Intensität der Mobilisierung irgendwann nachlassen kann. Es ist eine gemeinsame Erfahrung als Klasse, eine historische Organisationserfahrung, die die Aufrechterhaltung einer Gegenmacht gegenüber dem Parlament, den Institutionen des kapitalistischen Staates ermöglichen kann, wenn sie andere Werte in den Wohnvierteln der Arbeiterklasse und andere Formen der Selbstorganisation entwickelt. Ich betone aber, dass die verfassungsgebende Versammlung möglicherweise in der Lage ist, die politische Szenerie in eine antineoliberale Richtung zu bewegen. Derzeit werden das gesamte Bildungsmodell, die Verwaltung natürlicher Rohstoffe, der Renten, der Finanzschulden usw. ungewöhnlich scharf infrage gestellt. Daher bedarf es eines radikalen Zusammenspiels von verfassungsgebender Versammlung und stimulierendem Programm. Das zumindest läuft zurzeit in den verschiedenen Regionen. Einige politische Sektoren, die sich an die Spitze der Bewegung stellen wollen, haben das allerdings nicht verstanden.

Karina Nohales: Das sind strategische Fragen. Die Realität der Versammlungen ist, dass sie sektoriert sind und vor den U-Bahn-Stationen der entsprechenden Wohnviertel begonnen haben, also diejenigen zusammenbringen, die im gleichen Gebiet leben. Sie sind entstanden, weil Aktivist*innen vom ersten Tag an dabei waren und weil sie notwendig waren. Die Leute haben sich im Protest kennengelernt, sind sich näher gekommen, haben miteinander gesprochen und Fragen gestellt. Die aktuelle Herausforderung ist so umfassend allgemein, dass konkrete Forderungen nicht im Mittelpunkt stehen. Die Menschen haben sich im Kampf kennengelernt und versuchen zu verstehen, gegen was wir kämpfen und wie wir uns das vorstellen könnten, was wir wollen. Das klingt sehr einfach, aber für mich ist es bereits ein konstitutiver Moment, nicht im Sinne einer Änderung der Verfassung. Die Arbeiterklasse ist dabei, sich in diesem Prozess zu konstituieren. Es ist schwierig, ein allgemeines Bild für das ganze Land zu haben, was Versammlungen, Demonstrationen und Unterdrückung betrifft, da die Situation sehr bewegt ist und keine einzige Organisation die Fähigkeit hat, alles zu erfassen. Dies ist eine Explosion, die am Rande traditioneller Organisationen stattfindet.

CF8M und die Bewegung für Wasser und Land (MAT) haben diese Versammlungen initiiert. Sie wurden geschaf-

fen, um die Versorgung bei Geschäftsschließungen sicherzustellen, angesichts von Repression und Plünderungen die Sicherheit zu gewährleisten und die Mobilisierung zu unterstützen. Die Forderungen lauten, dass das Militär geht, dass Piñera und der Innenminister zurücktreten und eine verfassungsgebende Versammlung in Aussicht gestellt wird. Nichts davon ist völlig spontan, aber es ist unmöglich, wirklich zu wissen, welche bisherigen Erfahrungen mit Organisation, Propaganda und Mobilisierung entscheidend waren. Sicher ist, dass es 30 Jahre lang Teile der Bevölkerung gab, die organisiert waren, gekämpft haben – manchmal sehr isoliert. Die No+AFP-Bewegung ist leicht zu erkennen, da sie massiv und sehr neu war. Der letztjährige 8. März auch. Verfassungsgebende Versammlungen versuchen, eine neue Verfassung auszuarbeiten, und jede Verfassung befasst sich mit der Frage, wie die politische Macht gebildet wird. Dies ist in Chile wichtig, denn die Verfassung von Pinochet ist in ihrem Zweck eindeutig. Was vorgeschlagen wird, ist nicht, zum vorherigen institutionellen Rahmen zurückzukehren, denn das würde bedeuten, den Weg der Arbeiterparteien durch die Institutionen wieder zu eröffnen, wie das bei der Unidad Popular der Fall war. Entscheidender für das heutige Chile ist aber der Staatsstreich von 1973 und nicht die Verfassung von 1980. Die Diskussion über die Frage der Verfassung ist daher für die Bourgeoisie nicht einfach, da wieder die Gefahr besteht, dass ihre Gegner politisch eingreifen. Ein unwiderruflicher Moment beginnt, in dem es nicht mehr möglich ist, die politischen Probleme der Arbeiterklasse zu ignorieren und auszulassen. Heutzutage hat die andere Seite Angst.

Auf institutioneller Ebene ist eine neue Verfassung ein zentrales Thema. Es besteht kein Zweifel, dass sie geändert werden muss, aber es ist wichtig, die Notwendigkeit einer neuen Verfassung nicht als wesentlichstes Problem zu betrachten, wie es von vielen Strömungen vorgeschlagen wird, denn damit wird eine antikapitalistische Perspektive vermieden. Was in Chile zum Ausdruck kommt, ist der Klassenkampf, den es auch vor der Pinochet-Verfassung gab. Die aufgeworfenen Probleme beginnen oder enden nicht mit einer Verfassung. Wir müssen vorsichtig sein, wie mit der verfassungsgebenden Versammlung umgegangen wird. Einerseits kann sie einen politischen Moment abschließen, Rechte garantieren, aber ich würde sie nicht als entscheidende Basis für die aktuelle Lage bezeichnen.

Javier Zuñiga: Einverstanden. Vor 1973 stand das Land nicht besser da als heute. Eine solche Darstellung wäre zumindest unangemessen. In der Unidad Social taucht

das Thema der Verfassung auf, aber es rüttelt uns nicht auf und ist nicht Gegenstand einer die Politik strukturierenden Diskussion. Aktuell ist es dringlicher, uns zu fragen, wie wir uns mobilisieren. Beispielsweise war in unseren ökologisch-sozialen Organisationen vorher nicht die verfassungsgebende Versammlung Thema, sondern die Frage, wie wir unsere sozialen und ökologischen Rechte angesichts der plündernden Unternehmen wahren können. Die bestehenden Konflikte veranlassten uns, entsprechend dem Klassenkampf dazu beizutragen, dass sich die Arbeiterklasse organisiert, um sich selbst zu erhalten. Die verfassungsgebende Versammlung birgt in diesem Sinne das Risiko eines sehr formalen Verständnisses von Politik, als ändere eine andere Verfassung schon das Land. Die momentane Lage bietet die einzigartige Chance, dass die Arbeiterklasse die Verantwortung für einen politisch erfolgreichen Verfassungsprozess übernimmt. Gleichzeitig organisieren sich aber auch die gegnerischen sozialen Klassen, sodass es mir falsch erscheint, auszublenden, dass die verfassungsgebende Versammlung Teil des Klassenkampfes ist. Wir – der antikapitalistische, feministische und ökosozialistische Sektor – wollen in diesem Zusammenhang zumindest darauf aufmerksam machen, dass es sich um Klassenkampf handelt und nicht um formelle, abstrakte Diskussionen über die besten Wege zur Verfassungsreform.

Karina Nohales: Es gibt Bereiche der ehemaligen Concertación und der Rechten, die sich der Notwendigkeit einer neuen Verfassung gegenüber geöffnet haben, aber keine verfassungsgebende Versammlung wollen. Die Frage wird zu einem breiteren Querschnittsthema.

Alex G.: Vor welchen Herausforderungen steht die antikapitalistische, feministische und ökosozialistische Linke?

Karina Nohales: Im Moment denke ich, dass die Herausforderung für die Arbeiterklasse – die in einem Kontext gehandelt hat, in dem sie keine Parteien hat und ihre organische Stärke gering ist – darin besteht, von der Basis ausgehende politische Aktivitäten zu haben. Das geschieht mehr oder weniger seit 2005. Es wird schwieriger werden, wenn wir uns nicht organisatorisch vorbereiten, mit einem Schwerpunkt, der nicht mehr sektoriell bleiben darf: Die gewerkschaftliche, feministische, renten- und sozial-ökologische Bewegung zu stärken, genügt nicht mehr. Wir brauchen eine allgemeine Perspektive, weil wir in einer Situation sind, in der das allgemeine System infrage gestellt ist. Was gegenwärtig passiert, muss richtig dargestellt werden, und

die linken politischen Organisationen müssen das aufgreifen und ebenfalls gestärkt werden. Andernfalls wird es schwierig sein, eine Alternative zu entwickeln.

Javier Zuñiga: Dieser historische Moment erlaubt es bestehenden Organisationen, sich auf diese historische Dynamik zu stützen, die die Politik strukturiert. Es ist keine Frage des fehlenden Willens, aber kleinere Organisationen sind nicht in der Lage, in dieser Situation angemessen zu reagieren und sich relevant auszubreiten. Das gilt auch für den FA, obwohl es sich um eine aus diversen Strömungen zusammengesetzte Organisation handelt. Bisher war der FA aber zu sehr auf Wahlen und politische Arbeit in den Institutionen ausgerichtet und hat in den aktuellen Ereignissen seinen Platz nicht wirklich gefunden. Ich frage mich also, wie sich die Organisationen selbst ändern können, um sich in den neuen politischen Feldern zu verankern, die sich gerade öffnen.

Was wir zumindest tun können, ist, unsere Organisationen umzugestalten, neue Netzwerke aufzubauen, um mitzumachen und Teil der sich abzeichnenden Politisierungsprozesse der Bevölkerung zu sein. Ich setze auf Einigung der linken Organisationen und derjenigen, die neu entstehen werden. Wir müssen auf diese Dynamik achten und zur Entwicklung antikapitalistischer, feministischer und ökosozialistischer Perspektiven in ihnen beitragen. Zudem müssen wir uns für Neuzusammensetzung politischer Organisationen und neue Formen der Politisierung einsetzen etc. Das gibt viel zu tun und die Zeit drängt, aber wir dürfen nicht aus den Augen verlieren, schon jetzt über neue Organisationsformen nachzudenken.

28. Oktober 2019

■■■■■■■■■■ **Karina Nohales** ist eine Aktivistin der Feministischen Koordination 8. März (CF8M). **Javier Zuñiga** ist Aktivist der Bewegung für Wasser und Land (MAT). Beide sind aktiv in Unidad Social, einem breiten Bündnis, das zum Generalstreik aufgerufen hat und sich als von der Bewegung legitimer Akteur versteht. Alex G., der dieses Interview geführt und ins Französische übersetzt hat, ist Aktivist der Neuen Antikapitalistischen Partei (NPA, Frankreich) und Mitglied der Vierten Internationale.

■ *Übersetzung aus dem Französischen: Birgit Althaler*

MAUERFALL 1989 IN BERLIN

Es gab Alternativen zur kapitalistischen Restauration

Gefangen zwischen einer Krise und der von ihnen ausgehenden Repression waren die Einparteienregime zwar zum Untergang verurteilt, aber aus den Trümmern der Berliner Mauer hätten durchaus einige Alternativen entstehen können. Der Weg in den Neoliberalismus war nicht zwangsläufig vorgezeichnet und angesichts der Klimakrise müssen erst recht neue Wege beschritten werden. **Le Courier des Balcans (CdB)** hat am 9. November **Catherine Samary** zu diesem Thema interviewt.

CdB: Der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 und der darauf folgende rapide Zerfall des „realen Sozialismus“ scheinen alle überrascht zu haben, auch den Westen. War dieser Zusammenbruch vorhersehbar?

Catherine Samary: Der Fall der Mauer und das Ende der Einparteiensysteme waren viel „einfacher“ zu vollziehen als der Systemwandel. Durch ihre repressive Politik waren diese Regime alles andere als populär und provozierten machtvolle Mobilisierungen unter der Bevölkerung und mitunter offene Konfrontationen gegen die Diktatur, wie etwa die Charta 77 in der Tschechoslowakei infolge der sowjetischen Intervention von 1968. Die Einführung des politischen Pluralismus in Form neuer Parteien war jedoch auch eine Entscheidung einiger ehemaliger Mitglieder der Einheitspartei, die versuchten, dadurch ihre früheren Privilegien zu wahren. Insofern kam es in vielerlei Hinsicht auch nicht zu einem regelrechten Zusammenbruch dieser Systeme, sondern vielmehr zu einem „Recycling“ ihrer Eliten unter neuen Vorzeichen. Zudem war das Ende des Einparteiensystems nicht notwendigerweise zugleich das Ende des Sozialismus, sogar das Gegenteil war vorstellbar.

Die Forderung nach Demokratie, die von diesen Bewegungen gegen Zensur und Diktatur ausging, war

keineswegs ein Votum für den Kapitalismus oder die parlamentarische Demokratie als erstrebenswertes Ideal. Es gab auch andere Wege. Angefangen bei den Arbeiterräten in Polen oder Ungarn 1956 über den Juni 1968 in Jugoslawien oder den Prager Frühling in der Tschechoslowakei bis hin zur Entstehung der unabhängigen Massengewerkschaft Solidarność 1980 wurde immer wieder die Forderung nach Demokratie, die als unabdingbare Voraussetzung zur Festigung eines sozialistischen Systems gesehen und in neuen Formen gedacht wurde, aufs Tapet gehoben und brachte das ganze System ins Wanken.

Diese Mobilisierungen gingen bei Weitem nicht bloß von den „Dissidenten“ aus, sondern von der sozialen Basis der Regime unter den Arbeiter*innen und Intellektuellen, egal ob Mitglieder der Staatsparteien oder der offiziellen Gewerkschaften oder nicht. Die Forderung nach Demokratie durchzog die Industrie- und die Dienstleistungsbetriebe und das öffentliche Leben schlechthin. Die neoliberalen Ökonomen und Politiker hingegen versuchten die grundlegenden wirtschaftlichen Aspekte aus jedweder Debatte um eine politische Demokratie auszublenden. Letztendlich ist es immer einfacher, „gegen“ das Bestehende zu kämpfen, als „für“ ein neues Modell einzutreten. Auch Vaclav Havel gab zu, nachdem er von einer „samtenen Revolution“ an die Macht getragen worden war, dass

die Charta 77 über kein Programm verfügte, außer der Forderung nach einem Rechtsstaat und nach Grundrechten. Ebenso wenig waren der Fall der Berliner Mauer und das Ende des Honecker-Regimes automatisch gleichbedeutend mit der Aufgabe der sozialistischen Ideale.

Daran erinnerte der Historiker und Aktivist der ostdeutschen Linken Bernd Gehrke auf einem Kolloquium des Senats zur Präsentation der Sondernummer der Wochenzeitung *Politis* zum Mauerfall. Bis 1990 – und bis Kohls Angebot zur Währungsunion zur Annexion der DDR – waren die sozialistischen Ideale in Ostdeutschland vorherrschend. Darüber hinaus muss analysiert werden, wie die verborgenen, aber durchaus konkreten Szenarien der kapitalistischen Restauration aussahen: Wie kann man Privatisierungen durchführen und dabei soziale Aufstände vermeiden? Der Wechsel der Eigentumsverhältnisse blieb immer undurchschaubar und führte zu einer jahrelangen Systemkrise, die den Rückgang der Lebenserwartung und einen erheblichen Anstieg der sozialen Ungleichheit zur Folge hatte. Diese war nach Einschätzung der Weltbank schlimmer als die wirtschaftliche Depression der Zwischenkriegszeit. Ein Schwarzbuch dieses Zusammenbruchs muss erst noch geschrieben werden.

Welche Faktoren haben aus heutiger Sicht zu diesem Zusammenbruch geführt und warum ereignete er sich just zu diesem Zeitpunkt?

Wir müssen die Ereignisse von 1989–1991 im Zusammenhang mit ihrer widersprüchlichen Dynamik betrachten, statt sie bloß linear zu sehen. Auf der einen Seite entschied sich Michail Gorbatschow, der seit 1985 in Moskau an der Macht war, dafür, nicht zu intervenieren. Damit vollzog er eine entscheidende Wende gegenüber der Vorgehensweise 1956 in Ungarn oder 1968 in der Tschechoslowakei und wovor sich auch noch 1980 Solidarność gefürchtet hatte. Er akzeptierte den Fall der Mauer und verurteilte ausdrücklich die Repression gegen die Protestbewegung gegen das Honecker-Regime. Gorbatschows Ziel war es, eine deutsche Vereinigung zu erreichen, dergestalt, dass eine „friedliche Koexistenz“ der Systeme entstünde und die beiden Militärpakte des Kalten Krieges aufgelöst würden, und perspektivisch ein „Gemeinsames Europa“ geschaffen würde – also ziemlich das Gegenteil dessen, was sich dann daraus entwickelt hat. Die Vereinigung entsprang der Entscheidung einer anderen Hauptperson in diesem Geschehen, dem Kanzler Kohl, aber es gab darüber keineswegs einen Konsens unter den Westmächten und sie war keinesfalls unvermeidbar.

Wie lassen sich diese Entscheidungen von Gorbatschow und seine letzte Zustimmung zur Vereinigung und gar zum Beitritt des vereinigten Deutschland zur NATO erklären?

Entgegen den Annahmen, die Cornelius Castoriadis in seinem nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan von 1979 erschienenen Buch *Devant la guerre* (1981) dargelegt hat, hat sich nicht die UdSSR infolge militärischer und politischer Überlegenheit durchgesetzt sondern die USA. In den 1970er Jahren standen die USA vor einer strukturellen Krise, die sowohl die kapitalistische Wirtschaft (Profitrate) als auch die Gesellschaftsordnung betraf, indem schwarze, feministische, sexuelle und kulturelle Protestbewegungen entstanden und besonders die Antikriegsbewegungen zugleich mit den Befreiungsbewegungen in den Kolonien die imperialistische Weltordnung erschütterten.

Wie stark die Furcht vor der „kommunistischen Bedrohung“ war, die durch Fidel Castros Schulterchluss mit der Sowjetunion und der in Chile durch Salvador Allendes Wahl ausgelösten (antikapitalistischen) Dynamik genährt wurde, zeigten der blutige Militärputsch in Chile und die Ermordung führender Vertreter*innen der Dritte-Welt-Bewegung, der antirassistischen Bewegung der Farbigen oder von Kommunisten wie Che Guevara. Aber auch die neoliberale Wende steht in diesem Kontext: Der Ende der 1970er Jahre wieder aufgeflamte Rüstungswettbewerb lieferte Ronald Reagan die Gelegenheit, die UdSSR unter Druck zu setzen und wieder eine militärische und technologische Überlegenheit und folglich eine Vormachtstellung der USA herzustellen sowie die Wirtschaft anzukurbeln. Insofern war die neoliberale Wende zutiefst militaristisch geprägt, zerschlug aber zugleich die sozialen Errungenschaften des New Deal.

Vor diesem Hintergrund ist der Aufstieg von Michail Gorbatschow an die Regierungsmacht 1985 zu sehen. Er stand genauso vor der politischen und wirtschaftlichen Katastrophe des „afghanischen Desasters“ wie zuvor die USA mit ihrem „vietnamesischen Desaster“, musste aber zugleich mit den negativen wirtschaftlichen Folgen des Wettrüstens fertig werden. Infolge der bürokratischen Planung schlugen sich die technologischen Errungenschaften des militärisch-industriellen Komplexes nicht in der zivilen Industrie nieder und die Militärausgaben führten zu einer Verknappung der fälligen Investitionen in die Infrastruktur und in die veralteten Industrieanlagen sowie in die unzureichenden öffentlichen Dienstleistungen.

Erstmals seit Ende der 1970er Jahre nahm das Entwicklungsgefälle zwischen der UdSSR und den kapitalistischen Ländern wieder zu, statt sich zu verringern. Folglich war Gorbatschow gezwungen, eine radikale militärische und wirtschaftliche Kehrtwendung zu vollziehen, was den Rückzug aus Afghanistan, aber auch die Aufgabe jeder interventionistischen Politik in den „Bruderländern“ zur Folge hatte. Für Kuba und andere fernab gelegene alliierte Länder war dies ein Schock, für die osteuropäischen Länder hingegen ein wahrer Befreiungsschlag.

Durch diese nach außen gerichteten Maßnahmen zugunsten einer „friedlichen Koexistenz“ mit dem Kapitalismus wollte Gorbatschow seine prioritären Ziele im Innern des Landes erreichen, nämlich die Perestroika (Umbau) als Wideranknüpfung an die in den 1960er Jahren begonnenen Reformen der bürokratischen Planwirtschaft und die Glasnost (Transparenz), mit der die Zensur (die der Verhinderung einer Diskussion über die Misswirtschaft gedient hatte) abgeschafft wurde, um darüber die „Bürokratie zu entbürokratisieren“. Im Zuge dieser neuerlichen „Aufbruchstimmung“ entstanden damals zahlreiche informelle Strukturen in sämtlichen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

Das bestehende System jedoch wurde damit nicht glaubwürdiger im Sinne eines wirklich demokratischen Sozialismus. Aber dennoch ging es keineswegs darum, den Kapitalismus wieder einzuführen und die UdSSR durch die Reformen aufzulösen, sondern vielmehr die Union neu zu begründen. Für Gorbatschow war Deutschland der strategische Knotenpunkt in diesem Kalkül: Er wollte die sowjetischen Truppen nach Hause holen und dafür eine finanzielle Gegenleistung von der BRD erhalten oder gar von einem vereinigten Deutschland innerhalb der NATO.

Jugoslawien war kein Mitglied des Warschauer Paktes. Wie hat es auf den Fall der Mauer reagiert?

Jugoslawien war damals als Gesellschaft und Nation gespalten und das Land steckte wegen seiner Außenverschuldung in der Krise. Zudem zeugten eine Hyperinflation wie auch die sprunghafte Zunahme der Streiks – die zunehmend politisch motiviert waren und sich gegen die Verfassung von 1974 richteten, die wiederum eher nationalistischen Tendenzen statt der Umsetzung der Arbeiterselbstverwaltung Vorschub leistete – vom fehlenden Zusammenhalt des Landes. Der IWF versuchte seinerseits, die rechtlichen Bestimmungen zur Selbstverwaltung auf Ebene des Gesamtstaats zu unterminieren, um stattdessen mehr „Marktlogik“ zu implementieren. So unterstütz-

te er etwa die Regierung von Ante Marković, die die Außenverschuldung durch eine am Washington-Konsens orientierte neoliberale Schocktherapie in den Griff kriegen wollte.

Gleichzeitig mit dem Fall der Mauer wurde die Selbstverwaltung ausgeschaltet, sowohl durch die massenhafte Ausgabe von Belegschaftsaktien als auch durch die staatliche Verselbständigung der Teilrepubliken. Viele kritische Intellektuelle, die der letzten Regierung (Gesamtjugoslawiens) unter Marković nahestanden oder die nationalistischen Tendenzen ablehnten, waren zugleich von den Arbeitskämpfen abgeschnitten und verfolgt, keine sozialistischen Zielsetzungen. Ihre Hoffnung lag darin, dass die damals auf den Grundlagen der EWG entstehende EU die Zerfallstendenzen in Jugoslawien stoppen würde. Diese aber wurden durch die Logik wirtschaftlicher Konkurrenz im Zuge der Privatisierungen noch befördert, da das Gefälle zwischen den Teilrepubliken weiter zunahm.

Die jugoslawische Krise repräsentierte anfänglich die erste Bewährungsprobe und zugleich das erste Versagen der EU-Außenpolitik. Statt eine Lösung für diese Krise liefern zu können, benahm sich die EU als Brandstifter und forcierte sogar den Zerfall Jugoslawiens noch über das Maß hinaus, das von deutscher Seite angestrebt worden war. Die USA wiederum nutzten das Fiasko, um die NATO wieder voranzubringen und zu erweitern.

Jugoslawien verkörperte einen „anderen“ Sozialismus mit „neuen Wegen“, auf die sich auch andere Experimente wie der „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ in der Tschechoslowakei 1968 berufien. Warum sind all diese Ansätze gescheitert? Gab es gangbare Alternativen zur neoliberalen Roskur?

Man kann Geschichte nicht begreifen, indem man hin- und hernimmt, dass ihr Verlauf der einzig mögliche war. Es gibt stets Alternativen und Wahlmöglichkeiten. Die Erfolgsaussichten sind nicht vorgegeben, sondern ändern sich rasch in den kritischen Phasen. Die antikapitalistischen Kämpfe sind von Parteien geführt worden, die einerseits Befreiung und Fortschritt brachten, andererseits aber auch bürokratischen und zentralistischen Anwendungen unterworfen waren. Auch das hat dazu geführt, dass diese Systeme dem inneren und äußeren Druck des Kapitalismus nur bedingt widerstehen konnten.

Andererseits gab es in den Revolutionen des 20. Jahrhunderts und gibt es noch immer kein Einvernehmen

darüber, was der Markt, das Geld und die politischen und gewerkschaftlichen Institutionen in einem sozialistischen Modell für eine Rolle spielen. Aber angesichts der sich häufenden Finanz- und Banken Krisen im Kapitalismus und der Unfähigkeit des Marktes, auf die gesellschafts- und umweltpolitischen Herausforderungen zu reagieren, besteht Anlass zur Hoffnung: Die ganze Welt steht vor dem dringenden Gebot, die wirtschaftlichen Entscheidungen bewusst und auf der Basis demokratischer und somit egalitärer Prozesse zu treffen und somit die Bedingungen für Ausbeutung und sexistische, rassistische und homophobe Unterdrückung zu hinterfragen.

Auf welcher Grundlage sollen politische, soziale und ökologische Alternativen wieder entstehen? Kann die Linke 30 Jahre nach dem Mauerfall in den postsozialistischen Ländern aus ihrer Asche wieder auferstehen, und wenn ja, auf welcher Grundlage?

Gleiche Rechte für alle und damit auch das Recht auf eine würdevolle und verantwortungsbewusste Arbeit und Lebensweise, bewusster Umgang mit den Gemeingütern, (noch zu findende) demokratische Entscheidungsmechanismen darüber, worin diese Rechte und Gemeingüter bestehen und wie Effizienz beurteilt werden kann – darin bestehen die konkreten Grundlagen, die auf die lokalen bis hin zu den weltweiten Gegebenheiten angepasst werden müssen. Dies bedeutet auch, dass die Finanzinstrumente (Geld, Haushalt, Finanzmärkte) der Befriedigung der sozialen Rechte und Bedürfnisse untergeordnet werden müssen, was auch das dringende Erfordernis einschließt, „das Klima und nicht das System (zu) retten“. Damit sind wir bei der Frage nach den Beziehungen zwischen den Menschen in den Organisationen, Initiativen und Bewegungen, die heute für die Emanzipation der Menschheit eintreten: Auf welcher Ebene können die menschlichen Gesellschaften die Kontrolle über ihre Entscheidungen und ihr Leben wiedererlangen und ihre Umwelt, ihre Rechte und ihre Zukunft sichern?

Sind wir dazu verdammt, die neoliberale Globalisierung hinzunehmen, um vor Nationalismus oder fremdenfeindlichem, sexistischem und homophobem „Populismus“ bewahrt zu werden? Die Widerstandsbewegungen müssen untereinander verzahnt werden, um erfolgreich zu sein, von der lokalen über die nationale bis hin zur kontinentalen und globalen Ebene. Die Souveränität des Volkes ist nicht nationalistisch und braucht keine „populistischen“ Männer der Vorsehung, die sich zu Vertretern eines

ethnisch definierten Volkes aufschwingen und dabei die sozialen und politischen Widersprüche und die Konflikte zwischen den Geschlechtern und zwischen und innerhalb der Klassen ausblenden. Die Gegensätze liegen heute nicht mehr nur zwischen Süden und Norden, sondern auch innerhalb dieser Pole, und die große Masse der ehemaligen „Ostblockländer“ muss hinnehmen, dass sie für Sozial- und Fiskaldumping erhalten müssen, um als „modern“ zu gelten. In einer detaillierten Studie über die ehemaligen DDR-Bürger*innen, die sich von der deutschen Einheit ein besseres Leben versprochen hatten, kommt Myriam Désert zu der Schlussfolgerung: „Der Postsozialismus ist nicht gleich aus der Asche des Sozialismus entstanden, sondern er muss erst noch erfunden werden, wenn die Spaltung der Welt überwunden ist.“

■ Übersetzung: MiWe



STAATSTREICH ODER VOLKSAUFSTAND?

Gab es einen Militärputsch gegen eine Volksregierung oder rebellierte die Gesellschaft gegen ein autoritär angehauchtes Regime? Der Fall von Evo Morales, den sich kurz zuvor noch nicht einmal seine Gegner vorstellen konnten, verdient eine nähere Betrachtung abseits ideologischer Klischees.

■ **Pablo Stefanoni und Fernando Molina**

Beginnen wir mit dem Ende dieser Geschichte oder zumindest ihrem vorläufigen Ergebnis: Am Abend des 10. November defilierte der führende Oppositionspolitiker der Region Santa Cruz, Luis Fernando Camacho, mit einem Polizeiauto durch die Straßen von La Paz, eskortiert von meuternden Polizisten und gefeiert von den Teilen der Bevölkerung, die Evo Morales feindlich gesinnt waren. Was gerade passiert war, war eine Konterrevolution von Bürger*innen und Polizeikräften, die den bolivianischen Präsidenten aus der Regierung verjagte. Morales flüchtete dann nach Chapare, seine Heimatregion und Zentrum des Kokaanbaus, wo seine politische Karriere begonnen hatte, bevor er dann am 12. November nach Mexiko ausflog.

Am Ende dieser Ereignisse, an deren Beginn eine Bewegung stand, die eine Stichwahl nach dem unübersichtlichen und umstrittenen ersten Wahlgang vom 20. Oktober forderte, „empfahl“ der Oberbefehlshaber der Streitkräfte dem Präsidenten den Rücktritt.

Es trifft wohl zu, dass es in mehreren Bereichen der Gesellschaft, darunter auch ehemaligen MAS-Hochburgen, seit einigen Jahren aus den verschiedensten und zum Teil recht gegensätzlichen Gründen rumorte. Aber niemand hatte einen solchen Aufstand gegen Evo Morales erwartet. Innerhalb von drei Wochen jedoch schaffte es die Opposition, die Straßen zu erobern, und zwar mit sehr viel mehr Nachdruck als die Wählerbasis von Morales, die nach fast 14 Jahren MAS-Regierung einen großen Teil ihrer Mobilisierungsfähigkeit eingeübt

hatte. Der Staat hatte nämlich die sozialen Bewegungen und Basisorganisationen als gesellschaftlichen Träger des gesellschaftlichen Wandels – „proceso de cambio“, wie es die Anhänger*innen von Morales nennen – weitgehend abgelöst und durch seinen bürokratischen Apparat ersetzt.

Nach nur wenigen Stunden fiel die bis dahin solideste bolivianische Regierung des 20. Jahrhunderts auseinander und mehrere ihrer ehemaligen Funktionäre suchten Zuflucht in verschiedenen Botschaften. Minister traten zurück und klagten, dass ihre Häuser attackiert und niedergebrannt worden waren, während die Opposition die drei bei den Auseinandersetzungen zwischen den gegnerischen Lagern in der Bevölkerung ums Leben Gekommenen als Märtyrer des Aufstands gegen die sogenannte Diktatur stilisierten. Noch am selben Tag, dem 10. November, erklärten Evo Morales und sein Vizepräsident Álvaro García Linera offiziell ihren Rücktritt, wobei sie sich als Opfer eines Staatsstreichs bezeichneten.

Die Vertreibung der Elite

Die in den 1990er Jahren gegründete MAS (Movimiento al Socialismo, Bewegung zum Sozialismus) war immer eine zutiefst bäuerliche und nicht so sehr indigene Partei im engeren Sinn gewesen, was sich auch sichtbar in der Regierung unter Morales niederschlug. In den Städten hingegen konnte sie sich nur sehr bedingt durchsetzen, als etwa 2005 Teile der städtischen Mittelschichten angesichts der damals tiefgreifenden Krise des Landes den Neubeginn unter „indigenen“ Vorzeichen akzeptierten.

In den Folgejahren hielt sich diese Unterstützung noch wegen der ausgezeichneten Wirtschaftsbilanz der Regierung, die auf einem nationalstaatlichen Entwicklungskonzept beruhte, flankiert von einer orthodoxen Haushalts- und Finanzpolitik, die von den internationalen Institutionen wie Weltbank und IWF stets gelobt wurde. Als der ehemalige „Cocalero“ sich jedoch mit institutionellen Manövern an die Regierungsmacht zu klammern versuchte, kamen die alten rassistischen Züge dieser städtischen Mittelschichten, die sich obendrein von der Teilhabe an der Regierungsmacht ausgeschlossen fühlten, wieder zum Vorschein und trieben sie zum Protest auf die Straßen.

Tatsächlich hatten die traditionellen Mittelschichten und auch der „blancoide“ Teil der Bevölkerung, als welchen man i. A. in Bolivien diejenigen bezeichnet, die sich als „Weiße“ betrachten, von dem „proceso de cambio“ wenig profitiert. Zwar gab es keine soziale Deklassierung oder Zwangsenteignungen, aber einen deutlichen Verlust an Macht, wo doch in diesem Land die Kontakte zum Staatsapparat entscheidend für sozialen Status, Einfluss und Vermögen sind.

In diesem Sinn lassen sich die von Morales initiierten Veränderungen als eine politische – und nicht so sehr sozialökonomische – Revolution gegen die Eliten begreifen: Die alten politischen Eliten wurden kaltgestellt und weitgehend durch neue, plebejischen und indigenen Ursprungs ersetzt. Diese Dynamik hat die „bürokratische Klasse“, die vor der MAS den Staatsapparat innehatte, um ihre Pfründe und Privilegien gebracht. Nach zehn Jahren, in denen sie sich mit über 60 % der Stimmen bei den Wahlen an der Macht halten konnte, hat sich die MAS hingegen fest in diesem Staatsapparat etabliert.

Die Regierung Morales erschien gleichsam als Sieg der Politik über die Technokratie. Während im Neoliberalismus den „Technokraten“ das Recht eingeräumt wird, ihre Vorstellungen gegenüber der Bevölkerung als Ganze durchzusetzen, sollte im „proceso de cambio“ das Volk in Bolivien anstelle der Technokraten bestimmen, ohne freilich in der Wirtschaftspolitik bestimmte Grenzen zu überschreiten. Also wurden politische Maßnahmen ergriffen, die der ganzen Bevölkerung zugute kommen und die verschiedenen sozialen Bewegungen gleichberechtigt in verantwortliche Positionen einbinden sollten, statt diese nach technischen Kriterien zu besetzen und somit die Eliten an der Macht zu halten.

In der Verwaltung wurden Neueinstellungen und Wiederbesetzungen nicht mehr systematisch an „verdiente“

Kräfte vergeben, zumindest was den formalen Anschein angeht. Zudem hat die neue plebejische bürokratische Elite weitgehend darauf verzichtet, Universitätsabsolventen als kulturelle „Nachhilfe“ zu rekrutieren, weil dies ihnen entbehrlich erschien. Dies erklärt die Frustration der Mittelschichten und besonders der Akademiker*innen, die sich soziale und wirtschaftliche Vorteile ungeachtet ihrer eigentlichen Qualifikation versprechen.

Hinzu kommt, dass die Regierung Morales bei der Lösung der Probleme und Erfordernisse des Landes zunehmend auf staatliche Mittel gesetzt hat. Hier bedarf es einer genauen Begriffsklärung. Die stellenweise sozialistische Rhetorik der MAS darf hier nicht wörtlich genommen werden, auch wenn ihre heftigsten Feinde sich inzwischen damit rühmen, eine „kommunistische Diktatur“ gestürzt zu haben, von der in Bolivien nicht die geringste Rede sein konnte. De facto erlebte die Marktwirtschaft unter Morales einen nie dagewesenen Aufschwung, der gezeichnet war vom boomenden Konsum der unteren und mittleren Schichten, dem Aufschwung der Finanzwirtschaft und Nobelkarossen und Luxusrestaurants, die wie Pilze aus dem Boden geschossen sind.

Neben der bereits erwähnten Haushaltsdisziplin und dem wirtschaftlichen Pragmatismus, mittels derer Morales sowohl die Armut eindämmen als auch ein anhaltendes Wirtschaftswachstum und eine niedrige Inflationsrate erzielen konnte – also das Gegenteil dessen, was das verbündete Venezuela erzielt hat – lagen die Charakteristika der „Economics“ in der Kombination aus einer starken staatlichen Kontrolle über die „strategischen“ Sektoren wie Gas und Elektrizität und einer Allianz mit dem Großkapital in der einheimischen (Agrar)industrie, dem Großhandel und der Finanzwirtschaft sowie einem „friedlichen Nebeneinander“ mit der Masse der kleinen Handwerks- und Handelsbetriebe, die über 60 % der Lohnabhängigen beschäftigen, aber kaum die Arbeitsgesetze und Steuerverordnungen einhalten.

De facto gab es also einen politischen Nichtangriffspakt und eine taktische Komplizenschaft zwischen dem „proceso de cambio“ und der Großbourgeoisie oder den Oberschichten (deren Interessen nie ernsthaft infrage gestellt worden sind). Hingegen führten die selektiven staatlichen Eingriffe in bestimmte Wirtschaftssektoren oftmals dazu, die von den traditionellen Mittelschichten geführten kleinen und mittleren Betriebe zu vernachlässigen oder gar mit ihnen über Kreuz zu geraten. Insofern gab es ständige Reibereien zwischen der Regierungspolitik und den „blancoiden“, nicht genossenschaftlichen Unternehmens-

zweigen, wohingegen der indigen und plebejisch geprägte „Volkskapitalismus“ von seinen Verbindungen mit den politischen Machthabern und manchen von deren wirtschaftlichen Maßnahmen profitierte.

Auch auf sozialer Ebene führte eine Reihe von Maßnahmen der Regierung zu einer gewissen Umverteilung der Reichtümer entlang der „Ethnien“ zu Lasten der Weißen. Auch wenn sie keine Agrarreform durchgeführt hat, hat die Regierung öffentliche Ländereien an die armen Familien umverteilt. Auch von ihrer Infrastruktur- und Sozialpolitik haben die Unterschichten profitiert. Durch die Aufwertung der Geschichte und der Kultur der indigenen Bevölkerung hat die Bildungspolitik dazu geführt, deren Stellenwert zu stärken. Zugleich aber wurde das öffentliche Erziehungs- und Bildungswesen vernachlässigt und den weißen Mittelschichten das Monopol über die privaten höheren Schulen überlassen.

Diese Diskrepanz zwischen einem höheren Bildungserwerb und dessen Anerkennung durch die Politik (mit entsprechender Honorierung) hat wiederum auch dazu beigetragen, die Frustration der alten Eliten zu mehren, die einerseits ihre Vertretung im Staatsapparat schwinden sah und andererseits erleben musste, wie ihre herkömmlichen Privilegien entwertet wurden. Der Golfclub verlor sozusagen einen Gutteil seiner Bedeutung als Hort der Reproduktion von Macht und Ansehen.

Lange schon wiesen zahlreiche Untersuchungen auf die wachsende Entfremdung zwischen den Mittelschichten und dem Präsidenten hin. Dabei ging es weniger um seine Politik, die vielmehr hohe Zustimmungswerte erfuhr, als um den Weiterbestand der politischen Hegemonie der neuen plebejischen Eliten. Die Beharrlichkeit von Morales, partout zur Wiederwahl antreten zu wollen¹ und dabei auch das Ergebnis der Volksabstimmung zu übergehen, hat am Ende dazu geführt, dass die Mittelschichten in den Aufruhr getrieben wurden. Außerdem hatte der „proceso de cambio“ in keiner Hinsicht die Macht der „Mikropotentaten“, die im gesamten bolivianischen Staatswesen präsent sind, und ebenso wenig den Missbrauch der öffentlichen Mittel für parteiliche Zwecke zurückgedrängt. Beamte wurden für die Wahlkampagnen oder darüber hinaus für politische Zwecke der MAS eingespannt, was den ideologischen Pluralismus und die Unparteilichkeit bis in die unteren Ränge der Beamtschaft beeinträchtigt hat.

Angestauter Unmut entlädt sich

In Bolivien ist die Abneigung gegen Amtswiederholung nahezu in die DNS eingeschrieben. Selbst Victor Paz

Estenssoro, der Dirigent der Nationalen Revolution von 1952, konnte keine zwei aufeinander folgende Mandate ausüben. Ursächlich dafür ist eine Mischung aus einer Art von tief verwurzelt dem republikanischen Reflex in der Gesellschaft und dem prosaischeren Verlangen nach einer schnelleren und reibungsloseren Rotation des politischen Personals. Wenn sich ein Mandatsträger erst einmal an der Staatsspitze „festgesetzt“ hat, ist den „Aspiranten“ der Zugang verwehrt. Daneben stehen alle Volksparteien, die an die Regierung gelangen, vor demselben Problem: Der bolivianische Staat ist schwach, aber zugleich liefert er eines der raren Mittel zum sozialen Aufstieg. Zudem gibt es mehr Bewerber als verfügbare Posten, was unvermeidlich Frustrationen beschert.

Außerdem ist Bolivien das Paradies der „Äquivalenzlogik“, die dem argentinischen Politologen Ernesto Laclau² so wichtig ist: Sobald sich die Lage verschlechtert und die Regierung als schwach gilt, erleben wir eine wild und rasch wachsende Bündelung der unterschiedlichsten Forderungen, Aufwallungen und Frustrationen, die in einem armen Land stets zahlreich vorhanden und mit zahlreichen Mängeln behaftet sind.

Genau dies ist auch diesmal passiert. Die Rebellionen mehrerer Polizeieinheiten, die ausschlaggebend für die sich überschlagende Abfolge der Ereignisse waren, brachten den alten Groll der Truppe gegen die Hierarchie zum Ausdruck, der durch wirtschaftliche Ungleichheit und Machtmissbrauch genährt wird. Eine derartige Meuterei unter der Polizei gab es schon 2003, während der Präsidentschaft von Gonzalo Sánchez de Lozada, und 2012.

Die mythenumwobene Bergarbeiterstadt Potosi, deren Bevölkerung von Arbeiter*innen indigenen Ursprungs dominiert wird und insofern bisher eine Hochburg der MAS war, steht seit mehreren Jahren im Clinch mit Morales. Viele ihrer Bewohner*innen haben sich der Rebellion angeschlossen, weil sie von dem Gefühl umgetrieben werden, dass ihnen – genau wie in der Kolonialzeit – ihre Reichtümer unter der Erde – gestern Gold und Zinn, heute Lithium – genommen werden und sie selbst wegen der Gleichgültigkeit oder der Korruption der herrschenden Regierung zur Armut verdammt sind. Das gleiche ist mit allen Abweichlern unter den einst der MAS nahestehenden sozialen Organisationen passiert: den Kokabauern in der subtropischen Bergregion Yungas, Teilen der „Roten Ponchos“ (lokale Aymara-Führer, die sich von der Regierungspartei abgewandt haben), Bergarbeitern, Fuhrleuten etc.

Hinzu kommt eine korporatistische Mentalität, die den lokalen oder sektoriellen Forderungen mehr Gewicht

beimisst als den übergreifenden ideologischen Erfordernissen und Interessen. Insofern ergeben sich komplett unerwartete Allianzen, wie etwa zwischen der indigenen und plebejischen Hochburg Potosi und Santa Cruz, das stolz auf seine „weiße“ Identität als Unternehmerregion ist.³ Noch während der Krise 2008 standen sich diese beiden Provinzmetropolen in heftig verfeindeten Lagern gegenüber, als die Regierung Morales erstmals mit den Wirtschaftseliten aus dem östlichen Flachland aneinandergeriet und diese auf freiem Feld besiegte. Anschließend kam es zu einer überraschenden Annäherung an die Regierung, gar zu einem Idyll, das durch den Wirtschaftsaufschwung entfacht wurde.

Nachdem die traditionelle Opposition – namentlich erwähnt seien Tuto Quiroga, Samuel Doria Medina oder der ehemaligen Präsident Carlos Mesa, Spitzenkandidat der Opposition bei den Wahlen vom 20. Oktober – Jahre lang (wahl)politisch bedeutungslos war, tauchte inmitten dieses vielgestaltigen und ambivalenten Aufstands ein neuer „charismatischer“ Führer in Gestalt von Fernando Camacho auf. Noch bis vor wenigen Wochen außerhalb von Santa Cruz ein unbeschriebenes Blatt, hatte sich dieser 40 Jahre alte Geschäftsmann anfänglich als jugendliche und radikalere Alternative zu den alten Regionalfürsten profiliert. Diese galten aufgrund ihrer Niederlage 2008 und ihres offensichtlichen Versöhnungskurses gegenüber Morales als „kastriert“.

Der „Macho Camacho“ wurde also der neue Führer des Bürgerkomitees von Santa Cruz, der die aktiven Kräfte der Region zusammenführt und ihre Interessen vertritt, eine autonomistische Position vertritt und den Hegemonieanspruch der lokalen Privatwirtschaft ins Feld führt. In der Hitze der Wahl- und Nachwahlperiode im Oktober und Anfang November konnte sich Camacho angesichts der Schwäche der moderaten Opposition und des farblosen und unentschlossenen Images von Mesa als Hauptwidersacher des „Diktators“ in Szene setzen, unter Einsatz von viel Testosteron und der Berufung auf die Bibel. Er entwarf ein „Abdankungsschreiben“, das Morales auf seine Anordnung hin unterschreiben sollte und begab sich unter großem Geleit nach La Paz, wo er zunächst von den Regierunganhängern auf den Straßen zurückgeschlagen wurde. Dies hinderte ihn nicht daran, am Sonntag in das verlassene Gebäude des Palacio Quemado, des ehemaligen Regierungssitzes, der 2018 in die kürzlich erbaute Casa Grande del Pueblo verlegt worden war, einzudringen – mit der Bibel in der einen und seinem Schreiben in der anderen Hand – dort auf die Knie zu fallen und den

Himmel anzurufen, auf dass „Gott in den Präsidentenpalast zurückkäme“.

Trotz dieser reaktionären Theatralik, die unwillkürlich an den erschreckenden Aufstieg von Jair Bolsonaro in Brasilien denken lässt, verstand es Camacho, ein Bündnis mit den abtrünnigen Aymara-Führern (den oben erwähnten „Roten Ponchos“) zu schmieden, und ließ sich mit den indigenen Frauen des Hochlandes in der traditionellen Tracht der Bewohner und mit den Kokabauern, die gegen Morales waren, fotografieren. Dabei schwor er, kein Rassist zu sein, und übte sich in Distanz zu dem gängigen Bild von Santa Cruz als weißes Separatistennest. Außerdem konnte er durch seinen Schulterchluss mit Marco Pumari, dem Sohn eines Bergarbeiters und Vorsitzenden des Bürgerkomitees von Potosi, sein Profil auf nationaler Ebene schärfen und sich zumindest vorerst als Idol für Tausende von protestierenden Städtern, ob in Zivil oder in Polizeiuniform, präsentieren.

Dadurch ist es ihm, obwohl er nie für ein politisches Mandat kandidiert hat, faktisch gelungen, den Präsidentschaftskandidaten Carlos Mesa von der Bühne zu verdrängen. Dieser war durch die sich überschlagenden Ereignisse gezwungen, eine radikalere Gangart einzuschlagen, freilich ohne sonderliche Überzeugung und ohne sonderliche Aussichten, von dem konservativsten Flügel der Opposition akzeptiert zu werden, für den er als „Pfeife“ gilt.

Diese vorläufige Betrachtung der Umstände, die die „Ära Morales“ (zumindest vorerst) beendet haben, wäre unvollständig, wenn wir die Rolle der bolivianischen Armee übergehen würden. Viele Linke sahen sich dadurch veranlasst, von einem „Militärputsch“ zu reden (manche verstiegen sich gar zu einem Vergleich mit Pinochet), wohingegen die Intervention der Militärs einem sehr viel komplexeren Muster gehorcht hat und auch von Zufällen bestimmt war, die sich aus dem Crescendo der Ereignisse ergaben.

Dabei war die Armee mit keiner einzigen Einheit an den Auseinandersetzungen beteiligt und gehörte zu den letzten unter allen Institutionen und Organisationen, die den Rücktritt von Morales gefordert haben, noch später als der legendäre Gewerkschaftsverband COB (der freilich nicht mehr die große Rolle wie früher spielt) oder einige Bergarbeitergewerkschaften. Es ist sogar recht wahrscheinlich, dass sich die Militärbefehlshaber erst dazu durchgerungen haben, als die Dinge schon gelaufen waren, und dass sie nur die zwei Optionen hatten, entweder Morales den Rücktritt nahelegen oder die meuternde Polizei – wie schon einmal (2003) geschehen, was damals zu schwe-

ren Zusammenstößen zwischen diesen beiden Kräften geführt hatte – und die aufständische Zivilbevölkerung blutig zu unterdrücken.

Es war auch lediglich einmal aus Bolivien zu vernehmen, dass Morales die Militärs als mitverantwortlich für den Putsch bezeichnet hat, ohne freilich auf dieser Version zu beharren. Wahr ist vielmehr, dass er ohne die Erlaubnis der Armee das Land nicht hätte verlassen können, da ansonsten das mexikanische Flugzeug zu seiner Evakuierung gar nicht in Chapare hätte landen dürfen. Zudem hat er während des gesamten Hickhacks um die Wahlen nicht einmal die Militärs als Hauptfeind apostrophiert.

Tatsächlich waren die Beziehungen zwischen der MAS und den Streitkräften während der gesamten vierzehnjährigen Regierungszeit eher gut, manchmal gar exzellent gewesen. Die Militärs hatten etliche materielle Begünstigungen und obendrein öffentliche Ämter erhalten. So war bspw. der bolivianische Botschafter in Paris ein Karriereoffizier. Auch waren sie in die Sozialpolitik involviert und stimmten mit der Regierung hinsichtlich der nationalistischen Orientierung weitgehend überein – auch wenn man davon ausgehen kann, dass einige von ihnen eher mit Zurückhaltung die Bestrebungen quittierten, eine „antiimperialistische“ Schulungsstätte für das Militär einzurichten, oder den regierungsamtlichen (freilich eher schlampig und oberflächlich umgesetzten) Gebrauch von mehr oder weniger von Fidel Castro inspirierten Symbole wenig goutierten.

Wenn sie denn „Komplizen“ beim Sturz von Morales waren, dann eher durch Unterlassung. Darüber hinaus zeigt dieses herzliche Verhältnis auf Augenhöhe zwischen der Regierung und der Armee und deren anschließende Reaktion auf die Ereignisse von Oktober und November sehr gut, wie absurd es ist, die MAS-Regierung als „Diktatur“ zu bezeichnen.

Das Pendel schlägt zurück

Der bolivianische marxistische Soziologe René Zavaleta hat sein Land dereinst als „das Frankreich Südamerikas“ bezeichnet, also als eine Nation, in der die Politik regelmäßig und spontan in dem klassischen Gegensatzpaar von Revolution und Konterrevolution ihren Ausdruck findet. Die Ära Morales jedoch mit über zehn Jahren Stabilität schien diese Behauptung zu widerlegen. Bekanntlich ist es dem indigenen Präsidenten seit 2008 gelungen, die alten neoliberalen und regional-patriotischen Eliten, die ihn nicht als Präsidenten haben wollten, zunächst ruhigzustellen und dann einzubinden und so eine stabile Vorherr-

schaft zu etablieren, die von anhaltendem Wirtschaftswachstum, Optimismus und überwiegender Akzeptanz der Regierungspolitik geprägt war. Der florierende Binnenmarkt profitierte von hohen Investitionen, die durch die ungewöhnlich hohen Einnahmen aus dem Rohstoffexport finanziert wurden, und auch die sozialen Indikatoren zeigten deutlich nach oben.

Aber wieder einmal mehr setzte sich der Widerwille gegen die Amtswiederholung und die Lust am Aufstand durch, bloß diesmal in der gefährlichen Mischung mit einer konservativen und konterrevolutionären Bewegung. Im Gegensatz zu Gonzalo Sánchez de Lozada im Jahr 2003 schickte Evo Morales nicht die Armee auf die Straßen, sondern setzte auf die Mobilisierung der MAS-Basis. Diese blieb allerdings deutlich unterhalb der Erwartungen, auch wenn in den sozialen Netzwerken und den Medien über die angeblichen „MAS-Horden“ schwadroniert wurde, nicht frei von rassistischen Untertönen, auch wenn man nicht mehr soweit ging, offen von „Bauernhorden“ oder „Indianerhorden“ zu sprechen.

Der Bericht der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) über das Wahlergebnis, der auf Ungereimtheiten und Manipulationen bei der Wahl hindeutet, erschütterte das Selbstvertrauen der Regierungspartei, das zudem die Unterstützung sowohl auf den Straßen als auch in den sozialen Netzwerken verloren zu haben schien. Paradoxe Weise wurde dieses von der Regierung akzeptierte „Audit“, das die Lage hätte beruhigen können, von der Opposition abgelehnt, die den uruguayischen Generalsekretär der OAS Luis Almagro – ehemaliger Außenminister von José Mujica, zugleich aber eingeschworener Feind von Nicolas Maduro und Hassfigur der bolivianischen Linken – als Kryptolinken und Verbündeten von Evo Morales betrachtete, weil er die umstrittene Kandidatur des bolivianischen Präsidenten gebilligt und sehr herzliche Beziehungen zu ihm unterhalten hatte.

Wohl gemerkt hat sich die OAS gegen „jede verfassungswidrige Lösung der Situation“ ausgesprochen, was natürlich unterschiedlich interpretiert werden kann. Zudem hat sich Almagro am 13. November von Morales distanziert, indem er erklärte, dass der eigentliche Staatsstreich der am 20. Oktober begangene Wahlbetrug gewesen sei.

Eine der Quellen der bolivianischen Aufständigkeit ist der Hang zum „starken Mann“ (caudillismo) verbunden mit dem Fehlen stabiler politischer Institutionen. Es dominiert die Logik eines „Nullsummenspiels“, die keinen Aufschub duldet: Entweder „wir gewinnen alles oder

verlieren alles“, ohne dass jemals versucht wird, Teilerfolge anzuhäufen oder Teilniederlagen zu verkraften und dabei nach vorn zu blicken. Evo Morales konnte diese „politische Kultur“ nicht neutralisieren, weshalb er versuchte, sich um jeden Preis an die Macht zu klammern, bevor er dem Chaos erlag.

Aber die Opposition war nicht besser und ihr inkohärentes Vorgehen führte dazu, dass ein neuer und diesmal rechter „caudillo“ empor kam, der potentiell viel gefährlicher ist. Offen ist, welche politische Zukunft Camacho vor sich hat, aber seine „historische Mission“ hat er bereits erfüllt: Die Mobilisierung der Mittelschichten und bestimmter Teile der städtischen Unterschichten hat der historischen Ausnahmeerscheinung einer „Bauernregierung“ in Bolivien ein Ende bereitet. Es verwundert nicht, dass nach dem Sturz von Morales Randalierer und sogar Polizisten „whipalas“ abbrannten, die bunt-karierte Fahne der Indigenen, die praktisch das zweite nationale Emblem des Landes unter der MAS-Regierung geworden war.⁴

Bolivien ist nicht nur das Land der Aufstände, es ist auch das Land der „Neugründungen“. Denn nur die Aussicht auf eine „Neugründung“ schafft es, die heterogenen Kräfte, die für einen Aufstand auf die Straße gegangen sind, zu vereinen und den sozialen und politischen Einfluss der Verlierer zu neutralisieren. Die „Neugründung“ geht einher mit einer ebenso bedeutsamen „schöpferischen Zerstörung“ staatlicher und politischer Institutionen, die es ermöglicht, einen neuen Zyklus von politischen und wirtschaftlichen Erwartungen zu initiieren, die an die „Besetzung von Plätzen der Macht“ durch die neuen Gewinner geknüpft sind.

Paradox ist, dass sich Bolivien mit jeder „Neugründung“ kaum verändert, vor allem in Bezug auf die politische Kultur. Der Ball ist jetzt im Lager der Konservativen. Es bleibt abzuwarten, ob es der zersplitterten Opposition gegen Evo Morales gelingen wird, einen neuen Machtblock zu errichten und eine nationalistisch-revolutionäre Tradition dauerhaft zu neutralisieren, die tief in Bolivien verwurzelt ist und deren zeitgenössischer Ausdruck die MAS war, wobei sie eine sehr eigentümliche, mal widersprüchliche, mal produktive Mischung aus Radikalität und Pragmatismus verkörperte, die im Ausland oftmals komplett falsch verstanden wurde.

■ Übersetzung: MiWe

Aus: <https://blogs.mediapart.fr/pablo-stefanoni/blog/141119/bolivie-comment-evo-est-tombe>

■ **Pablo Stefanoni** ist ein argentinischer Schriftsteller und Historiker, der jahrelang in La Paz gelebt und gearbeitet hat. Er ist Chefredakteur der lateinamerikanischen Zeitschrift *Nueva Sociedad*. **Fernando Molina** ist ein bolivianischer Journalist und Schriftsteller, der u. a. für die spanische Tageszeitung *El País* schreibt und Autor mehrerer Werke über Geschichte und Politik Boliviens ist.

1 Etwas über ein Jahr nach seiner letzten Wiederwahl berief Morales im Februar 2016 ein Referendum über eine Verfassungsänderung ein, das eine unbegrenzte Wiederwahl des Staatspräsidenten erlauben sollte. Dieser Vorschlag wurde von 51,3 % der Wähler*innen abgewiesen. Daraufhin warf der Präsident den Wähler*innen vor, den „Lügen“ der Medien und der Rechten erlegen zu sein, und den neuen Mittelschichten, ihre plebejische Herkunft „verraten“ zu haben, und legte Berufung beim Verfassungsgericht ein, das weitgehend von der Regierung kontrolliert wurde. Dieses erlaubte Morales letztendlich, wieder zu kandidieren, indem es sich auf eine höchst einzigartige Auslegung der internationalen Verträge berief, wonach es jedem Bürger unbedingt erlaubt sein müsse, zu wählen und gewählt zu werden.

2 Ernesto Laclau, *On Populist Reason*. Verso Books, London 2005

3 „In Santa Cruz sind wir weiß und sprechen Englisch“, meinte einmal eine lokale Schönheitskönigin.

4 Allerdings muss gesagt werden, dass die Polizei und auch Camacho persönlich anderntags öffentlich diese Fahne der Indigenen wieder „rehabilitierten“, weil sie zweifellos Angst vor der massiven Empörung – begleitet von Protestaufrufen – der indigenen Bevölkerung über diese Provokation hatten. Dies zeigt auch eindrücklich, wie sehr die Verhältnisse und auch die Kräfteverhältnisse (ob real oder bloß in der Wahrnehmung) im Fluss sind.

GEGEN DEN PUTSCH IN BOLIVIEN

Erklärung des Büros der Vierten Internationale

Dies ist nicht der Zeitpunkt für Fehldeutungen. Bolivien leidet unter einem brutalen und gewaltsamen „coup d'état“ (Staatsstreich), der von einer rassistischen, extremen Rechten organisiert wird, die in den letzten Monaten in dem Andenland begonnen hat, politischen Raum und sozialen Rückhalt zurückzugewinnen. Wir verurteilen diesen Putsch und erklären unsere volle Solidarität mit dem bolivianischen Volk!

Anfang der 2000er Jahre haben die bolivianischen Sozialbewegungen auf dem Land und in den Städten unter der Führung indigener Bauern einen langen und mühsamen Kampf gegen neoliberale Maßnahmen geführt, welche durch die Privatisierung von allem, einschließlich von Wasser, die extreme Armut des Landes zugespitzt hatten. Nach und nach bildete sich im Andenland ein anti-neoliberaler Konsens und die Rechte verlor an Boden. Dann trat Evo Morales an der Spitze der MAS als Wahlalternative zum Regime auf. Es gab einen pulsierenden, lebendigen und intensiven Mobilisierungs- und Diskussionsprozess, der Morales und García Linera 2006 an die Macht brachte. Die Geschichte Boliviens war im Wandel begriffen und es wurde eine konstituierende Versammlung unter indigener Präsenz und Tatkraft gebildet, die die Verfassung entwarf, die Bolivien in einen plurinationalen Staat verwandeln sollte. Im Jahr 2008 versuchte die extreme Rechte, die hauptsächlich aus oligarchischen weißen Landbesitzern bestand, den Putsch, indem sie die Verabschiedung der neuen Verfassung blockierte. Der Druck und die Mobilisierung der Bevölkerung waren jedoch immens, und so wurde die Verfassung 2009 verkündet. Der intensive Konflikt um die Hegemonie kam zum Erliegen und unter Führung der MAS begann eine Periode größerer Stabilität.

Vor dem Hintergrund des günstigen internationalen wirtschaftlichen und politischen Umfelds legte Bolivien die Grundlagen für wirtschaftliche Stabilität – mit Wachstum, gerechterer Einkommensverteilung und Armutsbekämpfung. Diese waren von der internationalen Krise des Jahres 2008, die so viele negative Folgen für die Welt und

für Lateinamerika hatte, kaum betroffen. Während der Regierungsjahre von Evo hat Bolivien seine Staatsstruktur umgewandelt, um die Teilhabe indigener Völker zu erweitern, sein BIP vervierfacht, die extreme Armut von 35,2 % auf 15,2 % reduziert und war das am schnellsten wachsende Land in der Region. Aber allmählich, sowohl wegen der strukturellen Grenzen des Landes als auch aufgrund von Fehlmanagement, begann der sogenannte Veränderungsprozess an seine Grenzen zu stoßen. Das Spannungsverhältnis zwischen dem in Reden immer wieder herausgestellten Wohlergehen und einem developmentpolitischen und extraktivistischen Projekt führte bereits 2012 zu schweren Krisen in der Regierung und zum Verlust der Unterstützung durch ihre Basis. Hinzu kam erschwerend, dass aufgrund der Schwierigkeit bei der Erneuerung der Führung im Laufe der Zeit die zusätzliche Schwierigkeit entstand, diesen Prozess nachhaltig abzusichern.

In Bolivien erlaubt die neue Verfassung (die 2009 während der ersten Amtszeit von Evo verkündet wurde) nur eine Wiederwahl. Es wurde jedoch davon ausgegangen, dass Evos erste Amtszeit, die nach der vorherigen Verfassung zustande kam, nicht mitgerechnet werde. Er wurde dieser Interpretation zufolge 2009 „zum ersten Mal nach der neuen Verfassung gewählt“. 2014 wurde er für eine zweite Amtszeit wiedergewählt. Theoretisch konnte er nun nicht mehr kandidieren. Angesichts der Schwierigkeit, die Führung zu erneuern, schlug die MAS ein Referendum vor, um zu entscheiden, ob er es erneut versuchen könne. 2016 unterlag Evo bei der Abstimmung, seine Kandidatur wurde verhindert. Er legte Berufung beim Obersten Gerichtshof ein und ließ seinen Antrag genehmigen. Unter diesen Reibungsverlusten kandidierte er 2019 gegen Carlos Mesa, eine der Bastionen des Neoliberalismus, der 2005 durch soziale Mobilisierungen besiegt worden war. Evo gewann die erste Runde der Wahlen in einem schlecht durchgeführten und verwirrenden Prozess, und die Opposition warf ihm Betrug vor. Die OAS, die sich politisch auf Seiten der Rechten stellte, schlug Neuwahlen vor. Unter

Druck akzeptierte Evo Morales. Aber die extreme Rechte holte zu einem unheilvollen Schlag aus.

Die 2008 besiegte bolivianische extreme Rechte kehrte mit aller Kraft in einer für sie günstigen internationalen Konstellation zurück, mit Trump als Präsident der Vereinigten Staaten und Bolsonaro als Regierungschef in Brasilien. Angeführt von Fernando Camacho, einem christlichen Fundamentalisten, gelang es ihr allmählich, das Militär vom Putsch zu überzeugen, und das entschied den Prozess.

Es besteht kein Zweifel daran, dass die mehrdeutigen Äußerungen von Evo Morales, García Linera und der MAS, die den bolivianischen Veränderungsprozess geleitet haben, zur Schaffung von Bedingungen der sozialen Unzufriedenheit und zur Konstruktion „demokratischer“ Argumente für die putschende Rechte beigetragen haben. Der Putsch fand jedoch nicht wegen der Fehler der Regierung von Evo statt, sondern um ihren Errungenschaften und ihrem symbolischen Stellenwert entgegenzuwirken: soziale Teilhabe, Autonomie und Emanzipation so vieler indigener Völker, Abbau von Ungleichheiten und Armut.

Der Rücktritt des Präsidenten wurde mit gewaltsamen Mitteln erzwungen, mit der Verbrennung von Häusern von Angehörigen und Sympathisant*innen, Vergewaltigung und öffentlicher Demütigung. Auch nach dem Rücktritt geht die Gewalt weiter und alle Anhänger*innen von Evo Morales sind bedroht. Es gibt Berichte über gewaltsames „Verschwindenlassen“ und willkürliche Inhaftierungen. Es ist ein klassischer „coup d’etat“, mit einer Koalition von Polizei, Militär und Bürgerkomitees.

Evo Morales und seine Mitstreiter haben es nicht verdient, verhaftet oder verfolgt zu werden. Die bolivianische Bevölkerung hat historisch zu viel gelitten. Wir wollen und werden dazu beitragen, dass sie die Kraft schöpfen, ihr Land zurückzugewinnen. Alle Solidarität mit dem bolivianischen Volk, alle Solidarität mit Evo Morales und seinen Genoss*innen, alle Solidarität mit Bolivien. Möge der Wind, der den Staatsstreich brachte, nicht lange anhalten und das bolivianische Volk das Land wiedererlangen. Der Kampf endet nie!

No pasarán! (Sie werden nicht durchkommen!)

14. November 2019

■ *Übersetzung aus dem Englischen: K.S.*

GEBALLTE WUT

Ein Jahr nach der Entstehung der Gelbwestenbewegung befindet sich Macron erneut in der Defensive. Der Widerstand gegen die Einschnitte in der Rentenversicherung wird getragen von einer zunehmenden Verdrossenheit über den „Präsidenten der Reichen“ und sein Ruf als „furchtloser“ Reformier steht auf dem Spiel.

■ Léon Crémieux

■ Vor einem Jahr, im November 2018, war es die über Nacht entstandene Gelbwestenbewegung, die die Kreisverkehre und Straßen der Städte im ganzen Land besetzte. Auslöser war damals zunächst die neue Benzinsteuer der Regierung, aber schon bald ging es um die Erhöhung der Kaufkraft, insbesondere des Mindestlohns, gegen eine von und für die Reichen geführte Gesellschaft, für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und für ein demokratisches System, in dem auch die einfache Bevölkerung mitreden kann. Die Regierung Macron war plötzlich mit der ganzen Erbitterung konfrontiert, die sich durch die Sparpolitik seit den 1980er Jahren aufgestaut hatte.

Diese Erbitterung hatte bei den Präsidentschaftswahlen 2017 zum Zerfall der beiden Parteien – der gaullistischen Republikaner (LR) und der sozialdemokratischen PS – geführt, die das System seit den 1960er Jahren regiert hatten. Nachdem er die Regierungsgeschäfte übernommen hatte, glaubte Macron, freie Bahn zu haben, um das kapitalistische System mit der ganzen Arroganz und Unverfrorenheit der herrschenden Klasse mit grundlegenden Reformen überziehen zu können, die auf eine Stärkung des Staates und eine neoliberale Wirtschaftspolitik zum Wohle der kapitalistischen Konzerne hinausliefen. Wo seine Vorgängerregierungen noch gescheitert waren, glaubte er – wie einst Thatcher – sich als furchtloser Reformier über jeglichen Widerstand der Gesellschaft hinwegsetzen zu können, um mit den Nachbarstaaten in puncto Sozialabbau und Einschränkung des Arbeitsrechts gleichzuziehen.

Gleich nach seiner Wahl erließ er im Herbst 2017 fünf Verordnungen zum Arbeitsrecht, denen die Gewerkschaften nur wenig entgegenzusetzen vermochten. Dabei ging es einmal um die Schwächung der betrieblichen Vertretungsorgane, indem die Zahl der Instanzen halbiert wurde. Zum anderen wurde das Tarifrecht ausgehebelt, indem Branchentarifverträge hinter betriebliche Vereinbarungen zurücktreten mussten und so dem Sozialdumping Vorschub geleistet wurde. Auch Entlassungen wurden erleichtert, indem das gerichtliche Einspruchsrecht der Beschäftigten eingeschränkt wurde.

Einige Monate später waren im Frühjahr 2018 das Eisenbahnerstatut und die Rechtsform der Staatsbahn SNCF an der Reihe. Die Staatsbahn wird 2020 in mehrere Aktiengesellschaften umgewandelt und das Streckennetz dem Wettbewerb geöffnet, indem mehrere tausend Streckenkilometer stillgelegt werden sollen. Das über einhundert Jahre alte Eisenbahnerstatut gilt nicht mehr für Neueinstellungen ab dem 1. Januar 2020, die damit ihre Arbeitsplatzgarantie und ihr Recht auf einen wegen der schweren Arbeitsbedingungen vorgezogenen Ruhestand mit 52 Jahren für Lokführer und mit 57 Jahren für das sitzende Personal verlieren. Durch die Taktik des Gewerkschaftsbündnisses von CGT, FO und UNSA, drei Monate lang bloß punktuell an jeweils zwei Tagen pro Woche zu streiken und die folgenden fünf Tage zu arbeiten, wurde die starke Kampfbereitschaft zerschlagen, ohne Macron in Bedrängnis zu bringen.

Von seinen Erfolgen gestärkt machte sich Macron im Herbst 2019 an die Arbeitslosenversicherung, indem er den Anspruch auf Arbeitslosengeld erschwerte. Hinzu kamen Einschnitte im staatlichen Bildungswesen, indem die beiden letzten Jahre der Sekundarstufe „reformiert“ und die soziale Auslese bei der Zulassung zu den Universitäten noch verschärft wurden.

Hinzu kam, dass die französische Gewerkschaftsbewegung im Großen und Ganzen die Augen davor verschloss, dass es sich bei dem Aufkommen der Gelbwestenbewegung im Herbst 2018 um einen regelrechten Aufstand der einfachen Bevölkerung handelte. Insofern war sie außerstande, von Beginn an auf einen Schulterchluss hinzuwirken, um somit eine durchschlagende Bewegung gegen die soziale Ungerechtigkeit und die Sparpolitik zu organisieren. Diese Distanzierung wurde zwar von den kämpferischsten Gewerkschaftskreisen in der Folge durchbrochen, hinterließ aber dennoch bei der Regierung den Eindruck, dass nicht nur im Parlament, sondern auch die außerparlamentarische Opposition unfähig sei, sich auf einen gemeinsamen Widerstand gegen den neoliberalen Umbau zu verständigen.

Die Schlussfolgerung daraus für Macron und seine Regierung war, dass er nunmehr eine Baustelle in Angriff nehmen könnte, die immer wieder von den französischen Kapitalist*innen aufgeschoben worden war, nämlich das 1945 geschaffene Rentensystem zu unterhöhlen.

Die französische Arbeiterklasse hat in jahrzehntelangen Kämpfen ein Kräfteverhältnis herstellen können, das noch immer erlaubt, dass die öffentlichen Ausgaben bei 56 % des BIP liegen. Die öffentlichen Sozialausgaben betragen in Frankreich 31,2 % des BIP, der höchste Wert aller OECD-Länder (der Durchschnitt liegt bei 20,1 %), auch wenn sie seit 2016 um fast einen Prozentpunkt gefallen sind. Der Hauptanteil daran entfällt auf das Renten- (13,9 %) und das Gesundheitssystem (8,7 %), was Frankreich trotz der wiederholten Einschnitte in diesen beiden Systemen einen Spitzenplatz in Europa verschafft.

In den OECD-Ländern liegen die öffentlichen Ausgaben für das Rentensystem bei durchschnittlich 7,5 % des BIP, im Spanischen Staat bei 11 %, in Deutschland bei 10,1 %, in Großbritannien und der Schweiz bei 6,5 % und in Holland bei 5,4 %. In den letztgenannten Ländern können davon nur die Rentner*innen ein auskömmliches Dasein führen, die eine private oder betriebliche Zusatzversicherung haben.

Infolge dieser hohen Sozialausgaben des Staates rangiert Frankreich mit 82,7 Lebensjahren gemein-

sam mit Spanien und Italien an Europas Spitze, was die Lebenserwartung angeht. Auch wenn laut Eurostat in Frankreich eine Million Rentner*innen unterhalb der Armutsschwelle leben, so sind doch lediglich 7 % der Rentner*innen von Armut bedroht, haben also ein Einkommen von weniger als 60 % des mittleren Einkommens, wohingegen es in Deutschland und Großbritannien 19 % sind.

Folglich liegt Frankreich noch zurück, was das Ausmaß des Sozialabbaus in den großen europäischen Ländern angeht. Genau an diesem Sozialsystem will Macron nun frontal ansetzen, wo all seine Vorgänger mit ihren Angriffen gescheitert sind. Sein Schema ist simpel, nämlich den Anteil der Staatsausgaben für die Renten auf dem gegenwärtigen Stand, also unter 14 % zu halten, während die Zahl der Rentner*innen bis 2050 um jährlich 1,5 % zunimmt. Mathematisch würde dies bedeuten, dass dieselbe Menge Geld auf eine wachsende Zahl von Rentner*innen verteilt wird, damit also die Renten sinken und die Rentner*innen verarmen.

Für dieses Ziel hat die Regierung ein Vorhaben vorgelegt, das alle gegenwärtigen Rentensysteme beseitigt, da diese wegen der „Sonderregelungen“ ungerecht und ungleich seien und Milliarden verschlingen würden. Gegenwärtig gehören über 84 % der Berufstätigen i. W. zwei Rentenkassen an:

- der der 19 Millionen privatwirtschaftlich Beschäftigten, die beim Renteneintritt 50 % ihres vorigen Gehalts durch eine öffentliche, umlagenfinanzierte Rentenkasse erhalten und deren Rente nach Beitragsjahren berechnet wird, und zusätzlich ca. 20 % durch ein landesweites Zusatzversorgungssystem (ARRCO-AGIRC), das auf einem Punktesystem basiert;
- der der 4 Millionen Beamten des Staates und der lokalen Behörden, die direkt vom Staat und durch eine Rentenkasse der lokalen Behörden finanziert wird.

In diesen beiden Rentenkassen wird das ausschlaggebende vorige Gehalt zwar nicht identisch berechnet, ergibt aber ähnliche Bezüge, die zwischen 72 und 74 % liegen.

Neben diesen beiden gehören etwa 500 000 Beschäftigte einem Dutzend berufsständischer Kassen an, die oftmals schon vor dem Zweiten Weltkrieg geschaffen worden sind: Eisenbahner, Beschäftigte der Gas- und Elektrizitätsversorger, Notarschreiber, Mitarbeiter der Pariser Verkehrsbetriebe, Tänzer der Pariser Staatsoper etc. Alle diese umlagenfinanzierten Kassen gewähren

garantierte Leistungen, wonach ein Beschäftigter weiß, wie hoch gemäß seiner beruflichen Laufbahn seine Rente sein wird. Dem gegenüber stehen die punktebasierten Kassen mit garantierten Beiträgen, bei denen man nur die Beitragshöhe, aber nicht die Rentenhöhe kennt. Über 3,4 Millionen Erwerbstätige sind nicht lohnabhängig und haben entweder keine oder eine völlig unabhängige Rentenversicherung als Vorsorge.

Das Regierungsvorhaben zielt auf eine einzige Rentenkasse nach einem Punktesystem, die alle anderen ersetzen soll, ob für Lohnabhängige oder Selbständige, ob Basis- oder Zusatzversorgung. Argumentiert wird, dass „ein Euro Beitrag für Alle dasselbe Recht auf Rente schaffen soll“. In diesem System weiß niemand, was seine Punkte beim Renteneintritt wert sind und noch nicht einmal, was sie von einem Jahr aufs andere wert sind.

Schweden hat in den 1990er Jahren ein solches System mit „festen Beiträgen“ eingeführt, um den Anteil der Renten am BIP zu senken. Für Macron ist dies ein nachahmenswertes Beispiel. Die schwedischen Rentner*innen erleben, wie das Rentenniveau alljährlich sinkt und besonders Frauen gravierend benachteiligt werden.

Um die Dringlichkeit ihres Reformvorhabens zu unterstreichen, musste die Regierung die Situation dramatisieren. Also startete sie eine große Propagandakampagne unter Beihilfe aller großen Medien, um „die Profiteure eines Rentensystems am Abgrund“ anzuprangern. Damit wollte Macron vergessen machen, was er noch selbst im Wahlkampf 2017 vertreten hatte: „Nach mehr als 20 Jahren laufender Reformen ist die Rentenfrage kein finanzielles Problem mehr ... Erstmals seit Jahrzehnten erlauben die finanziellen Aussichten, der Zukunft mit angemessener Gelassenheit entgegen zu sehen.“

Um nun für Wirbel und Hektik zu sorgen, hat die Regierung ausdrücklich einen neuen Bericht beim paritätisch besetzten strategischen Rentenrat COR angefordert. Dieses Organ hatte im letzten Juni einen Bericht herausgegeben, der in keiner Weise beunruhigend war und verzeichnete (wie auch zuvor Macron), dass das Rentenniveau leider infolge der seit 1993 erfolgten Einschnitte künftig sinken werde und das Versorgungssystem in keiner Weise gefährdet sei.

Der im November erschienene neue Bericht des COR geht von einem möglichen Defizit von 17 Milliarden Euro bei einem Gesamtbudget von über 300 Milliarden aus, wobei die Kommission allerdings veranlasst wurde, starke Kürzungen der staatlichen Zahlungen bis 2015 zu berücksichtigen. Regierung und Medien stürzten sich regelrecht

auf dieses hypothetische Defizit, als würden die Kosten dadurch explodieren.

Das Problem liegt bloß darin, dass Macrons Reformprojekt unter der lohnabhängigen und auch nicht-lohnabhängigen Bevölkerung auf rapide zunehmenden Widerwillen stößt. Denn in der Vorbereitungsphase dieses Vorhabens und nach Gesprächen mit skeptischen Gewerkschafts- und Berufsverbänden wurde im Juli von J. P. Delevoye, dem [inzwischen wegen Interessenskollision in Kritik geratenen] Leiter der Rentenkommission, ein Bericht veröffentlicht. Bei dessen Lektüre wurde den einzelnen Berufsgruppen – ob Rechtsanwälte, Flugpersonal, Eisenbahner, Lehrer oder Beschäftigte der Gas- und Elektrizitätswerke – zunehmend deutlich, dass sie nur verlieren können. Zudem wurden die Behauptungen der Regierung, wonach die Reform besonders den armen Rentner*innen und den Frauen Vorteile brächte, umgehend durch mehrere Studien zerpfückt. In Wahrheit werden durch das Punktesystem die Niedriglöhner und diejenigen, deren Erwerbsbiographie oft mit Unterbrechungen verläuft – Frauen und prekär Beschäftigte – besonders benachteiligt.

Die Berufsgruppen, die von berufsspezifischen Sonderregelungen profitieren (Eisenbahner oder Feuerwehrleute), haben rasch kapiert, dass mit dem Entwurf sämtliche aufgrund ihrer erschwerten Arbeitsbedingungen gewährten Vorteile entfielen. Sogar die Polizisten haben der Regierung mit Streik gedroht.

Der Transportsektor geht voran

Seit dem 5. September mobilisieren fünf Gewerkschaften der Pariser Verkehrsbetriebe RATP (FO, UNSA, CGC, SUD und Solidaires) in einem Aufruf zu einem unbefristeten [d. h., dass jeden Tag über die Fortführung (reconduction) des Streiks entschieden wird] Streik ab dem 5. Dezember. Um nicht erneut eine Niederlage einstecken zu müssen und die Lehren aus dem gescheiterten Streik von 2018 zu ziehen, haben SUD Rail und UNSA – gefolgt von FO und CGT – zugleich ab dem 5. Dezember zu einem unbefristeten Streik bei der SNCF gegen das Reformvorhaben aufgerufen. Selbst die Branchengewerkschaft der CFDT hat für den 5. Dezember zum Streik bei der SNCF aufgerufen.

Neben den Streikaufrufen in der Energieversorgung und in allen öffentlichen Diensten haben die Anwaltsgewerkschaften und die Jugendorganisationen zu Streiks und Demonstrationen aufgerufen. Sogar die Polizeigewerkschaften haben eine „symbolische Schließung der Dienst-

stellen“ angekündigt. Der landesweite Aufruf für den 5. Dezember wurde von einer branchenübergreifenden Koordination aller Gewerkschaftsverbände mit Ausnahme der CFDT und der CFTC getragen.

Im Vertrauen auf ihre bisherigen Erfolge hoffte die Regierung, dass der 5. Dezember als Sturm im Wasserglas ausfallen würde, den man zwar hinnehmen muss, der aber vorbeigeht – halt ein Streiktag der Verkehrsbeschäftigten zum Erhalt ihrer Sonderregeln bei der Rente. Diese Illusion ist rasch verfliegen: Mit 800 000 Teilnehmer*innen laut Polizei und 1,5 Millionen laut CGT waren die Streiks und Demonstrationen genauso stark wie in den besten Zeiten und erinnerten an den erfolgreichen Streik gegen die Rentenreform von 1995. Und es waren am 5. Dezember mehr Demonstrant*innen auf den Straßen als bei den ersten Demonstrationen am 24. November.

Die Zahl der Streikenden bei der SNCF war mit 90 % ausgefallener Züge besonders eindrucksvoll und in Paris verkehrten lediglich die elektronisch gesteuerten Métrolinien. Auch bei den Lehrer*innen lag die Beteiligung bei 70 % in der ersten und zweiten Sekundarstufe, da auch dort rasch ruchbar wurde, dass sie zu den großen Verlierer*innen dieser Reform gehören. Vor allem aber ging die Regierung nicht davon aus, dass die Eisenbahner überall für die Fortführung des Streiks bis einschließlich 9. Dezember stimmen und damit die frühere Streiktaktik der Gewerkschaften über den Haufen werfen würden.

Um die Wogen zu glätten, wollte der Premierminister anderntags an mehreren Fronten zugleich gegenzusteuern, indem er versuchte,

- die gegenwärtigen Nutznießer der Sonderregelungen davon zu überzeugen, dass sie nicht „sofort“ von der Reform betroffen seien;
- den Polizisten zu versichern, dass man ihre „Privilegien“ nicht antasten würde, da sie „jeden Tag ihr Leben riskieren“;
- den Lehrer*innen zu versichern, dass 2021 (!) ihre Bezüge erhöht würden, damit sie keine Rentenkürzung erleiden müssten.

Problematisch ist, dass die Regierung noch immer nicht [d. h. bis zum 7. Dezember] ihr Reformvorhaben konkret auf den Tisch gelegt hat, um abzuwarten, ob der 5. Dezember sich als Sturm im Wasserglas entpuppen würde und sie somit nicht zu Zugeständnissen gezwungen würden. Nun wollen sie damit bis zum 11. Dezember warten in der Hoffnung, dass unter den Lehrer*innen die Streiks abebben,

der öffentliche Verkehr wieder anläuft und sich nicht noch weitere Branchen den Streiks anschließen. [Dieses Kalkül ging nicht auf. Sogar die regierungsfreundliche CFDT sah nach der Vorstellung der genauen Reformpläne durch den Premier „eine rote Linie überschritten“ und schloss sich den Protesten an.]

In allen Berufszweigen haben die aktiven Kräfte verstanden, dass es jetzt um ein wirkliches Kräftemessen geht und dass man nicht für die Taube auf dem Dach den Spatz aus der Hand geben darf, sondern den Streik über den Transportsektor hinaus ausweiten muss. Nunmehr muss es darum gehen, alle Berufszweige für dieselbe Forderung zu gewinnen, nämlich die Rücknahme des Rentenreformvorhabens. Die Gewerkschaftsführungen von CGT und FO wurden durch den Druck ihrer Basis gezwungen, gemeinsam mit Solidaires und FSU zu weiteren Streiks und Demonstrationen am 10. Dezember aufzurufen. Die tägliche Verlängerung des Streiks bei der RATP und der SNCF [inzwischen bis nach Weihnachten] entlang der branchenübergreifenden Streiktermine muss die Fortsetzung des Streiks im öffentlichen Dienst und die Ausdehnung auf die Privatwirtschaft, die am 5. Dezember auf den Demonstrationen gut vertreten war, ermöglichen.

Ungeachtet des weiteren Fortgangs der Bewegung macht sich die wachsende Kampfbereitschaft der letzten Monate bezahlt. Seit einem Jahr treiben die Gelbwesten die gesamte soziale Bewegung voran mit einer Vielzahl von dynamischen und kämpferischen Demonstrationen, die sich angenehm von den früheren „Latschdemos“ abheben. Zudem ist es dieser Bewegung als einziger gelungen, direkte Zugeständnisse seitens der Regierung zu erhalten: Nach kaum einem Monat haben die spontanen Demonstrationen und speziell die landesweiten Proteste am 1. Dezember 2018 bewirkt, dass die Regierung 10 Milliarden Euro locker gemacht und damit der sozialen Bewegung erst Auftrieb verschafft hat. Dies hat freilich dem Beharren dieser Bewegung auf ihre Forderungen keinen Abbruch getan.

Daneben machen sämtliche Sparten in den Krankenhäusern und besonders in den Notdiensten seit einem Jahr mobil und haben am 14. November im ganzen Land für ihre Forderungen demonstriert – allein in Paris waren es 10 000 Teilnehmer*innen – ohne dass die Regierung imstande gewesen wäre, dem ein Ende zu setzen. Auch in den Gymnasien und Universitäten brodelte es seit Wochen, indem die Betroffenen gegen die Verschlechterung ihrer Studienbedingungen protestieren. Einen dramatischen Akzent hat diese Bewegung durch die versuchte Selbst-

verbrennung eines Studenten am 8. November in Lyon – Anas K. – erhalten.

Auch die Klimabewegung und die Proteste gegen die Gewalt gegenüber Frauen haben wiederholt ihren Schulterchluss gefunden. In den letzten Monaten sind die neuen Generationen aufgewacht und aus den verschiedenen Ecken zusammengekommen und gerade die jungen Menschen und besonders die jungen Frauen gehen auf die Straßen. Diese noch in der Findungsform begriffene soziale Bewegung zeigt eine politische Dynamik, die uns Ältere an die 1990er Jahre denken lässt, wo die Bewegungen für die Frauenrechte, gegen den Rassismus, für bezahlbare Wohnungen und für die Rechte der Arbeitslosen seit an Seit marschierten. Dies war damals der Auftakt für die Antiglobalisierungsbewegung.

Im Unterschied zu damals, ist es – und zwar nicht nur in Frankreich – sehr schwer, diese sozialen Bewegungen unter einer gemeinsamen und vorwärtsgerichteten politischen Perspektive zusammenzuschließen.

Die Sozialdemokratie und die rechten Republikaner übergehen die aktuelle Bewegung mit größtem Still-schweigen. Sie hoffen zwar, dass Macron durch eine Niederlage geschwächt wird, sind aber gleichzeitig natürlich mit seiner Reform einverstanden. Der Rassemblement National übt sich im selben Spagat wie bei der Gelbwestenbewegung: Einerseits will er die Unzufriedenheit unter der Bevölkerung für sich kapitalisieren, andererseits muss er darüber hinwegtäuschen, dass er dasselbe Programm vertritt wie Macron.

Die Kräfte links der PS haben in den letzten Monaten wiederholt gemeinsame Aufrufe verfasst, sei es gegen die autoritäre Sicherheitspolitik, gegen die Islamophobie oder für die Solidarität mit der Protestbewegung gegen die Rentenreform. Bei all diesen auf Einheit zielenden Initiativen war die NPA mittendrin.

Dennoch sind wir noch weit entfernt von einer gemeinsamen Gegenoffensive auf antikapitalistischer Grundlage, die auch nur im Feuer der sozialen Bewegungen entstehen kann und nicht durch irgendein wahlpolitisches Konstrukt. Vielleicht wird sich die Gelegenheit finden, unter den zahlreichen Initiativen im Rahmen der gegenwärtigen Protestbewegung, also im Zentrum der Mobilisierung, Fortschritte in dieser Richtung zu machen. Die Rentenbewegung stellt die Systemfrage unmittelbar: In welcher Gesellschaft wollen wir leben, nämlich frei von Ausbeutung und Unterdrückung und in einer demokratisch organisierten Gesellschaft, die für die Befriedigung unserer Bedürfnisse da ist. Ob es

Fortschritte in diese Richtung geben wird, hängt von der Stärke dieser Bewegung in den kommenden Tagen und Wochen ab.

7. Dezember 2019

■ *Übersetzung: MiWe*



Alle ohne Fahrschein bitte!

Die Eisenbahngewerkschaft Sud Rail hat vorgeschlagen, den Streik zu führen, indem keine Fahrscheine mehr kontrolliert werden. Allerdings könnten heftige Sanktionen drohen, so ablehnend, wie die SNCF darauf reagiert hat.

■ Sophie Chapelle

„An Weihnachten die Züge zu blockieren, passt nicht zu den Traditionen der Eisenbahner“, tönte Wirtschaftsminister Bruno Lemaire. Je näher die Weihnachtsferien rückten, desto mehr versuchte die Regierung, die Öffentlichkeit gegen die Streiks gegen die Rentenreform einzunehmen.

Dabei verschwieg sie bewusst, dass von Gewerkschaften, namentlich Sud Rail, vor Beginn des Streiks am 5. Dezember vorgeschlagen worden war, in Form eines „Nulltarifs“ zu streiken. „Konkret würde dies bedeuten, dass die Züge normal verkehren, aber die Passagiere kostenlos fahren und nicht kontrolliert werden“, erklärte Sud Rail. Damit wären die Nutzer in den Kampf involviert, wären aber in ihrer Bewegungsfreiheit nicht eingeschränkt. Und die Streikgegner in Presse und Politik könnten nicht mehr hetzen, dass die Nutzer „in Geiselnhaft genommen“ würden.

Bereits 2009 hatte Sud Rail mit Unterstützung eines Fahrgastverbandes so einen Vorschlag gemacht. Damals stützte sie sich auf eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte von 2007, der einen solchen Streik, der von den öffentlich Bediensteten einer mautpflichtigen Brücke in der Türkei geführt wurde, für rechtens erklärt hat.¹ In Frankreich gilt es als schweres und sanktionswürdiges Vergehen, am Arbeitsplatz anwesend zu sein, ohne seinen Verpflichtungen nachzukommen, für die man bezahlt wird. 1989 hatten Kontrolleure den sogenannten „Kartenlocherstreik“ durchgeführt, d. h. ihren Dienst versehen und für Sicherheit und Auskünfte an die Passagiere gesorgt, aber nicht die Fahrscheine kontrolliert. Dafür waren sie mit Lohnabzügen schwer sanktioniert worden. Fünf Jahre später hat das Kassationsgericht diese Sanktionen für nichtig erklärt.² Dennoch ist durch diesen Beschluss nicht der unrechtmäßige Charakter dieser Aktionsform infrage gestellt worden.

Während Sud Rail weiterhin für diese Vorgehensweise plädiert, wendet sich die SNCF-Führung dagegen: „Eine

Fahrkarte entspricht einem Beförderungsvertrag. Wenn es einen Zugunfall gibt, berechtigt der Fahrschein zu Schadensersatz“. Der Gewerkschaftssekretär B. Poncet schlägt daher vor, „einen Fahrschein zu Null Euro auszugeben, damit erreichen wir alle mit unserem Kampf. In einer idealen Welt stünden die Kontrollschranken den Fahrgästen offen.“

Selbst der Regionalvorsitzende der LR [Les Républicains] in Hauts-de-France, X. Bertrand ereiferte sich vor einem Jahr gegen die Haltung der SNCF. „Sie sollen aufhören, uns mit diesen versicherungsrechtlichen Vorwänden zu nerven! Es reicht, wenn Pepy (der damalige Chef der SNCF) betriebsintern verfügt, dass die Kontrolleure, die das tun, nicht belangt werden. Damit ist die Sache erledigt. Wenn man will, dann kann man auch!“

Für die SNCF würde eine solche Streikform auch „Unfallrisiken für die Fahrgäste“ provozieren, weil ein möglicher Ansturm auf die kostenlosen Züge zur Überfüllung führen könnte. Die jüngsten Bilder von den Pariser Nahverkehrszügen zeigten jedoch, dass es im Gegenteil auch einen Ansturm auf die wenigen Züge gab, die noch verkehrten. „Die SNCF will, dass die Verbraucher unter den Streiks leiden“, meint Sud Rail dazu.

Indessen ruft das Gewerkschaftsbündnis aus CGT, FO, FSU, Solidaires, UNEF, MNL, FIDL und UNL „alle Lohnabhängigen und Jugendlichen dazu auf, den Streik fortzusetzen und zu intensivieren, bis hin zum unbefristeten Streik, wenn die Beschäftigten dies beschließen“, und zwar vom 19. Dezember bis zum Ende des Jahres. „Ohne die Rücknahme der Reform gibt es keinen Waffenstillstand.“

Aus: bastamag [<https://tinyurl.com/rnqqz4q>]

■ Übersetzung MiWe

1 Der EGMR urteilte, dass dieses Vorgehen „als eine kollektive Aktion im Rahmen der Ausübung gewerkschaftlicher Rechte gesehen werden könne“. Das Vorgehen seitens der türkischen Justiz und Verwaltungsbehörden dagegen, sind als „Eingriff gegen die Koalitionsfreiheit“ zu werten.

2 Das Kassationsgericht war der Ansicht, dass die Lohnabzüge, die das Eisenbahnunternehmen wegen des Streiks an den Eisenbahnern vorgenommen hat, „eine unrechtmäßige pekuniäre Sanktion“ darstellten. Die Eisenbahner haben nicht gestreikt, „da sie ihre Arbeit nicht eingestellt haben, auch wenn sie als Einzelne mangelhaft gearbeitet haben“.